



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 106. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 7. Juli 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung

Seite

- Stefan Kaller, BMI, Abteilungsleiter ÖS
(Beweisbeschluss Z-126)

4

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Stefan Kaller (Anlage 1) wurden in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Bernd Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Andreas, Dr. Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Fischer, Sebastian D. Puglisi, Livia
SPD	Heyer, Christian Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Wassermann, Friedrich Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Scheele, Jürgen, Dr. Wehrhahn, Sebastian
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Brunst, Phillip, Dr. Kämmerer, Marie Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Jurna, Tassilo Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Landesvertretung Hessen	Steinbach, Arvid



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.05 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich eröffne die 106. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit, die Vertreter der Presse sowie unseren ersten Zeugen darf ich ganz herzlich an dieser Stelle begrüßen. Ich freue mich, dass doch viele bekannte Gesichter heute wieder da sind, und freue mich dann auch über eine gute Berichterstattung durch die Medienvertreter, die Presse und alle, die an diesem Ausschuss teilhaben wollen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der heutigen Tagesordnung** auf:

- Stefan Kaller, BMI, Abteilungsleiter ÖS (Beweisbeschluss Z-126)
- Gabriele Löwnau, BfDI, Referatsleiterin 22 (Beweisbeschluss Z-102)

Der Beweisbeschluss Z-126 stammt vom 12.05.2016 und der Beweisbeschluss Z-102 vom 15.10.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung des Zeugen Herrn Kaller vom BMI. Die angekündigte Zeugin Frau Löwnau ist erkrankt und kann heute nicht vernommen werden.

Zunächst wird der Zeuge öffentlich vernommen. Im Anschluss findet dann gegebenenfalls die nichtöffentliche oder eingestufte Vernehmung statt.

Vernehmung des Zeugen Stefan Kaller

Ich darf Sie, Herr Kaller, ganz herzlich noch mal begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind, Herr Kaller. Sie haben den Erhalt der Ladung am 23. Juni 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, falls dies aus Ihrer Sicht notwendig ist. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kaller, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr



Nur zur dienstlichen Verwendung

aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortführen kann, um Ihnen dann die entsprechenden Fragen zu stellen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. - Guten Tag, Herr Vorsitzender! Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Stefan Kaller. Ich bin 57 Jahre alt. Ich bin Beamter im Bundesinnenministerium und nehme dort die Funktion des Abteilungsleiters Öffentliche Sicherheit

wahr. Ladungsfähig über: Bundesinnenministerium Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wie ich es gerade gesagt habe, möchte ich Ihnen zunächst die Möglichkeit für ein Eingangsstatement geben, also nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit geben, im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung vorzutragen, ohne von Fragen unterbrochen zu werden, wenn Sie dies wünschen. - Wünschen Sie dies?

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Vielen Dank. - Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, dem Ausschuss vorab einige Hinweise zu geben, wie ich mit dem Untersuchungsgegenstand aus meiner Sicht und Erinnerung befasst war.

Ich bin seit Januar 2012 Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium. Die Snowden-Veröffentlichungen fielen also in diese Zeit. Davor war ich vier Jahre lang Unterabteilungsleiter für den Bereich Verfassungsschutz. In den Jahren 2003 bis 2005 war ich Referatsleiter für Grundsatzfragen des Verfassungsschutzes und auch der Spionageabwehr. Vor diesem Hintergrund werde ich Ihnen vor allem etwas zu dem Komplex „Spionageabwehr“ sagen können. Meine Zeit als Pressesprecher von Bundesinnenminister Schäuble dürfte hier nicht von Relevanz sein.

Auch wenn ich seit über 15 Jahren mit Fragen der Spionageabwehr beschäftigt bin, hat mich der Umfang der Snowden-Veröffentlichungen überrascht. Was den Inhalt der Veröffentlichungen hingegen angeht, bin ich nicht verwundert; denn sie bestätigen im Grundsatz das, was alle Fachleute längst vermuteten.

Nach dem 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Behördenstruktur, vor allen Dingen Sicherheitsbehörden-



Nur zur dienstlichen Verwendung

struktur, extrem reformiert, umgebaut, neu organisiert und auch sehr stark ausgebaut. Ein Teil dieser Bemühungen war natürlich auch die NSA, in die - das ist Zeitungswissen - erhebliche Geldbeträge bis heute geflossen sind, um sie leistungsstark zu machen. Die USA haben heute mit der NSA einen ausgesprochen leistungsstarken SIGINT-Dienst. Die mit den Snowden-Veröffentlichungen verbundenen konkreten Spionagevorwürfe gegen Deutschland sind für mich auch bis heute noch nicht belegt im Sinne eines juristischen Beweises. Sie erscheinen mir in ihrer Gesamtheit allerdings mehr als plausibel.

Die Snowden-Veröffentlichungen hat das Bundesinnenministerium von Anfang an sehr ernst genommen und verschiedene Aufklärungsbemühungen eingeleitet. Noch im Juli 2013 reisten der damalige Bundesinnenminister Dr. Friedrich und eine deutsche Expertengruppe in die USA, um die Aufklärung voranzutreiben. Das BMI, meine Abteilung, wandte sich an die Botschaften der USA und Großbritanniens mit detaillierten Fragenkatalogen. Andere Bereiche des BMI nahmen Kontakt auf zu US-Providern mit deutscher Niederlassung, die an Prism beteiligt gewesen sein sollen, und zu dem Betreiber des Internetknotens DE-CIX in Frankfurt.

Auch organisatorisch haben wir reagiert. Um eine sachgerechte ministerielle Bearbeitung der Snowden-Veröffentlichungen zu gewährleisten, habe ich im August 2013 eine referatsübergreifende Projektgruppe eingerichtet in meiner Abteilung, in der die Kompetenzen der verschiedenen Fachreferate gebündelt wurden. Die Projektgruppe hat einen fortlaufenden Bericht gefertigt - der liegt Ihnen als Material vor; der letzte stammt, so glaube ich, vom Juni 2014 - zur Dokumentation der öffentlichen Vorwurfslage und zu den von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen. Sicherergestellt wurde damit auch eine sachgerechte Bedienung der parlamentarischen Anfragen.

Die inhaltliche Aufarbeitung und Bewertung der Snowden-Dokumente konnte allerdings nur im Geschäftsbereich erfolgen. Auch damit wurde unverzüglich begonnen. Noch im Juli 2013 richtete das Bundesamt für Verfassungsschutz eine abteilungsübergreifende Sonderauswertung ein, die

sogenannte SAW TAD. Das bedeutet: „Sonderauswertung Technische Aufklärung durch US-amerikanische, britische und französische Nachrichtendienste mit Bezug zu Deutschland“.

Zu den Ergebnissen der SAW, also dieser Sonderauswertung: Die meisten Vorwürfe von Snowden wurden zwar als plausibel eingestuft, ein konkreter Nachweis konnte aber nicht erbracht werden. Dies hängt meines Erachtens zusammen mit der Art der Spionagevorwürfe und den auf das Inland begrenzten Kompetenzen des BfV als Inlandsnachrichtendienst. So sind die meisten Formen von SIGINT-Spionage - also, das ist technische Aufklärung im Gegensatz zu HUMINT, womit wir menschliche Quellen bezeichnen - regelmäßig nicht detektierbar. Wird diese dann auch noch vom Ausland aus gegen Deutschland betrieben, sind dem BfV de facto die Hände gebunden. Gleichwohl hat das BMI auf die Erkenntnisse der Sonderauswertung reagiert und die Spionageabwehr insgesamt neu ausgerichtet. Diese Neuausrichtung ist in der Presse unter dem Begriff „360-Grad-Blick“ bekannt geworden. Ich kann das später noch näher erläutern, was genau darunter zu verstehen ist.

Es ist nicht so, dass die Spionageabwehr vor der Veröffentlichung von Snowden-Dokumenten die Dienste der sogenannten Five-Eyes-Staaten überhaupt nicht im Blick gehabt hätte. Aber aufgrund der geschilderten Erkenntnisse der SAW war auch klar: Künftig ist intensiver und differenzierter auch auf Nachrichtendienste befreundeter Staaten zu schauen.

Hierzu wurden unter anderem folgende Punkte beschlossen: Sicherstellung einer Sockelbearbeitung sämtlicher Staaten mit nachrichtendienstlichen Aktivitäten gegen Deutschland, Intensivierung von Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich von Wirtschaft, Politik und Behörden, Verstärkung der Cyberbearbeitung, um gegenüber der qualitativ und quantitativ steigenden Zahl von elektronischen nachrichtendienstlichen Angriffen adäquat gerüstet zu sein.

Die Veröffentlichungen der Snowden-Dokumente haben auch zu ressortübergreifenden neuen Maßnahmen geführt. Hierfür steht die Modifizierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

des sogenannten DOCPER-Verfahrens - DOCPER bedeutet Department of Defense Contractor Personnel Office -, also des Verfahrens, mit dem US-Unternehmen, die für die US-Streitkräfte in Deutschland tätig sind - die sogenannten Contractors -, privilegiert werden. Vor den Snowden-Veröffentlichungen führte das Auswärtige Amt lediglich eine Plausibilitätsprüfung durch und schaute, ob die getätigten US-Angaben schlüssig waren. Nachgeprüft wurde nicht. Post Snowden wurde das Verfahren erheblich modifiziert; bloßes Vertrauen auf die US-Angaben sollte nicht mehr ausreichend sein. Vielmehr wird heute auch unter anderem geprüft, ob Erkenntnisse der Bundesregierung gegen eine Privilegierung von bestimmten US-Unternehmen sprechen. Bei dieser Prüfung ist über das Bundesinnenministerium auch die Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz eingebunden, das sogenannte Nihil-obstat-Verfahren. „Nihil obstat“ heißt: Es steht dem nichts entgegen.

Eingehen möchte ich auch kurz auf den konkreten Spionagevorwurf der Überwachung des Mobiltelefons von Frau Bundeskanzlerin. Einen konkreten Nachweis eines Abhörens durch einen SIGINT-Nachrichtendienst können wir nicht erbringen. Wir müssen leider hinnehmen, dass passiv durchgeführte Überwachungsmaßnahmen technisch nicht nachweisbar sind. Daran ändern auch die seit den 90er-Jahren stattfindenden regelmäßigen Umflüge in Bezug auf Botschaftsgebäude nichts. Sichtbar werden so zwar die Antennen und Aufbauten auf den Botschaftsdächern, die ein Abhörisiko für örtliche Handygespräche wahrscheinlich machen; nur der konkrete Nachweis des Abhörens kann damit nicht erbracht werden. Entsprechend stellte auch der Generalbundesanwalt das von ihm eröffnete Ermittlungsverfahren mangels Nachweisbarkeit ein.

Auch wenn kein konkreter Nachweis des Abhörens vorliegt, habe ich zusammen mit meinem Kollegen Schallbruch den Verdacht zum Anlass genommen, konkrete Handlungsvorschläge für die Sicherheit der Regierungskommunikation zu formulieren. Damit befinde ich mich in dem sogenannten Komplex Berlin-Mitte, mit dem ich nach meiner Erinnerung schon vor vielen Jahren als Referatsleiter für Spionageabwehr Berührung

hatte. Schon in den Jahren 2003, 2004 - also deutlich vor Snowden - wurde auf die Gefahren des Abhörens aus Botschaftsgebäuden hingewiesen. Die räumliche Nähe von Parlament und Regierung zu den Botschaften wurde als Gefahrenquelle für eine sichere Kommunikation im politischen Bereich identifiziert. Hierüber wurden alle Beteiligten hinreichend informiert und um Beachtung präventiver Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel die Nutzung von Kryptotelefonen, intensiv geworben.

Gleiches gilt auch mit Blick auf die Wirtschaftsspionage. Das Bundesamt spricht seit vielen Jahren mit Unternehmen, um diese entsprechend zu sensibilisieren. Im Fokus stehen hier allerdings nicht die sogenannten Five-Eyes-Staaten. Ich habe nach meiner Erinnerung in allen meinen Funktionen keine Erkenntnisse über gegen unser Land gerichtete Wirtschaftsspionage der USA gehabt. Wirtschaftsspionage in diesem Sinne bedeutet Ausforschung von Unternehmen durch fremde Nachrichtendienste, um heimischen Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Das ist nicht ganz unwichtig.

Ich weiß, dass hier im Untersuchungsausschuss auch die vermeintliche Beteiligung deutscher Stellen an gezielten Tötungen durch Kampfdroheneinsätze Thema ist. Im Zentrum steht offenbar die Frage der Geolokalisierbarkeit mittels Mobilfunknummern im afghanisch-pakistani-schen Raum.

Ich kann zu diesem Themenfeld kaum Auskunft geben. Vor meiner Zeit als Abteilungsleiter war ich mit der Thematik aufgrund meines damaligen Aufgabenzuschnitts fachlich nicht befasst. Aber auch seit ich Abteilungsleiter bin - und das bin ich, wie gesagt, seit Januar 2012 -, war ich mit dem Thema nach meiner Erinnerung im Wesentlichen lediglich im Kontext parlamentarischer Befassungen und Pressemeldungen befasst, nicht aber mit konkreten Datenübermittlungen an die sogenannten Five Eyes. Und hierzu bestand auch keine Notwendigkeit. Alle Datenübermittlungen - so haben es mir meine Mitarbeiter versichert - finden auf gesetzlicher Grundlage statt und sind für eine Geolokalisierung selbst nicht geeignet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Das Bundesinnenministerium hat schon deutlich vor den Snowden-Veröffentlichungen vor den Gefahren der sicheren Kommunikation [sic!] im Regierungs- und Parlamentsviertel Berlin-Mitte aufgrund eines möglichen Abhörens aus Botschaftsgebäuden gewarnt und sensibilisiert. Auf die Veröffentlichung der Snowden-Dokumente wurde seitens BMI hinreichend und umfassend reagiert. Die fehlende Nachweisbarkeit der grundsätzlich als plausibel einzustufenden Vorwürfe liegt an der Art der technischen Spionage und der Möglichkeit, gegen Deutschland gerichtete Maßnahmen extraterritorial durchzuführen. - Das beendet meine Ausführungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktionen, da ich zu Anfang keine Fragen stellen werde - auch mit Blick auf die Uhr -, und beginnen dann in der Reihenfolge: CDU/CSU, die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Es bestehen für die Fraktionen Zeitkontingente. CDU/CSU hat 27 Minuten, die SPD 17 Minuten; die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben jeweils acht Minuten. Und, wie gesagt, in der ersten Runde beginnt die Fraktion der CDU/CSU mit Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Kaller! - Sie hatten ja schon ausgeführt, dass Sie in Ihrem beruflichen Werdegang ja schon viele Jahre mit dem Bereich „Spionageabwehr“ vertraut sind, und haben ja auch ausgeführt, dass in Fachkreisen man eigentlich, was den Inhalt der Snowden-Enthüllungen angeht, nicht überrascht war bzw. die Vermutung schon lange hatte, dass man eher vom Umfang überrascht war. Wir haben jetzt schon in den Zeugenbefragungen den Eindruck gewinnen können, dass weder das BfV oder das BMI von dem wenigsten, was dann auch immer in den Zeitungen stand und ja auch zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses geführt hat, tatsächlich eine Ahnung hatten. Ist der Eindruck richtig? Und woran lag das, dass es so war? An den knappen Ressourcen oder einfach, weil man die Amerikaner und die Briten weniger im Fokus hatte?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, Sie haben mich richtig wiedergegeben. In der Tat hatten bis Snowden

weder BMI noch BfV noch - soweit ich persönliche Wahrnehmungen hatte auch in Gesprächen oder Kontakten - - anderen Leuten - - eine Vorstellung davon, in welchem Umfang und mit welcher technischen Fertigkeit die Vereinigten Staaten in der Lage sind, Kommunikationen zu überwachen. Und überhaupt keinen Gedanken gab es daran, dass hier unter Umständen auch deutsch-bezügliche Kommunikationen ein Teil jedenfalls dieser Überwachungen sein könnten.

Woran lag es? Die Antwort ist ganz einfach: Es gab keine Hinweise darauf, dass die Amerikaner ihre Fähigkeiten in einer solchen Art und Weise einsetzen, dass auch Bezüge zu deutschen Bürgern oder deutschen Kommunikationsteilnehmern herausgenommen würden. Es ist manchmal sehr banal, aber hier ist es so: Wenn Sie keinen Hinweis haben oder jedenfalls eine Vermutung oder irgendeinen, sagen wir mal, Anfasser, dann entwickeln Sie den Gedanken nicht. Dahinter steht sicherlich auch, ich sage mal, ein psychologisches Moment. Die Vereinigten Staaten waren und sind für uns Partner, und die Vorstellung - das mag man heute als naiv vielleicht auch bezeichnen; aber ich komme eben aus dieser Vorstellungswelt selbst - ging nicht dahin, dass Deutsche sozusagen als Teilmenge größerer Ströme betroffen sein könnten, sondern die Überlegungen waren: Die richten sich gegen andere Leute, andere Länder. - Das war einfach der Punkt.

Nina Warken (CDU/CSU): Bei dem Punkt der Schwerpunktsetzung für die deutsche Spionageabwehr vor dem NSA-Leak möchte ich bleiben. Man hat sich ja auch schon vor den Veröffentlichungen durchaus mit den Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste in Deutschland befasst, und das BfV hat immer wieder auch presseöffentlich, gegenüber Fachleuten, auch gegenüber der Wirtschaft ja hingewiesen auf Gefahr von Wirtschaftsspionage - teilweise haben Sie das auch aufgeführt - vor allem durch Nachrichtendienste von Staaten wie China oder Russland. In den Verfassungsschutzberichten kann man dazu auch immer wieder lesen. Können Sie noch mal ausführen, auf welche Staaten sich der Blick denn vor Snowden vornehmlich gerichtet hat, und aus welchen Gründen konkret diese Staaten dann im Fokus standen, und ob es für diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Schwerpunktsetzung denn auch irgendeine Vorgabe der Fachaufsicht zum Beispiel gab?

Zeuge Stefan Kaller: Also, die Schwerpunktsetzungen bezogen sich im Grunde genommen immer auf zwei Angriffsrichtungen. Die eine Angriffsrichtung war die Ausforschung der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf politische, militärische, wirtschaftliche, auch kulturelle Angelegenheiten, um Ländern wie China und Russland ein möglichst breites und tiefes Bild unserer Verhältnisse hier zu geben. Diese Länder hatten und haben schlicht ein auch erklärtes strategisches Interesse daran, über unsere Verhältnisse in allen Bereichen möglichst viel zu wissen, und das eben auch mit illegalen Methoden.

Der andere Ansatz der Spionageabwehr bezog sich und bezieht sich dann auf solche Länder, deren Oppositionspolitiker teilweise in Deutschland leben, hier oftmals Asyl haben, und deren Heimatländer nunmehr daran interessiert sind, die sogenannten Oppositionellen, die in Deutschland sind und leben und vielleicht auch politisch agieren, zu kontrollieren.

Also, es gab zwei Richtungen: das eine, sagen wir mal, der wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle, politische Teil und der andere die Beobachtung der Opposition. Beides ist selbstverständlich nicht erlaubt. Beides wird selbstverständlich von der deutschen Spionageabwehr intensiv untersucht. Eine Vorgabe, bestimmte Länder in den Fokus zu nehmen oder bestimmte Länder eben nicht in den Fokus zu nehmen, gab es nicht und gibt es auch nicht.

Wenn das vielleicht von Interesse ist: Als ich 2003 angefangen habe mit der Aufgabe Spionageabwehr, habe ich natürlich sukzessiv die einzelnen Abteilungen im Kölner Bundesamt auch persönlich besucht und habe mich dort vorgestellt und habe ein erstes Gespräch geführt. Und ich weiß noch, wie ich damals bei dem damaligen Leiter der Abteilung 4, also dem Vorgänger von Herrn Dr. Even, war; der war kurz vor dem Ruhestand, also so ein alter Hase aus der Spionageabwehr. Und da haben wir über alles Mögliche gesprochen. Er hat mir auch die Themenfelder

vorge stellt. Und ich meine sogar, ich hätte danach gefragt - naiv, weil ich natürlich mich neu in das Gebiet erst mal hineingetastet habe -: Wie sieht es denn eigentlich mit anderen Ländern aus, mit befreundeten Ländern, mit westlichen Ländern? Passiert da irgendetwas? - Und sinn gemäß hat er mir gesagt: Nein. Da passiert systematisch nichts; aber wenn wir Anfasserefälle haben, Einzelverdachtsfälle, wird denen selbstverständlich auch nachgegangen. - Das ist das, was ich im Eingangsstatement angedeutet habe: 360 Grad - also, ich blicke in alle Richtungen - - Den gab es in dieser Form natürlich damals auch schon.

Aber Schwerpunktbearbeitung, das waren die Länder, bei denen Anhaltspunkte waren für die klassische Spionagetätigkeit im Bundesgebiet. Und welche Verschiebung sich da ergeben hat, da kommen wir vielleicht auch später noch mal zu.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja schon einiges auch zu dem, was man dann neu aufgestellt hat, berichtet. Hat sich denn auch die Personalsituation im Bereich der Spionageabwehr jetzt auch so verbessert, dass man den 360-Grad-Blick auch durchführen kann, dass Sie diese Sockelbeobachtung, die Sie genannt haben, durchführen können und dass man jetzt vielleicht auch besser, wie man es auch noch vor ein paar Jahren hat tun können, wirklich eine systematische Beobachtung auch der westlichen Partnerstaaten machen kann, falls das angezeigt ist?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Also, der Personalbestand in der Abteilung 4 wurde spürbar erhöht. Das Bundesamt ist in diesem Punkt bedarfsgerecht aufgestellt und ausgestattet und kann - - und nimmt tatsächlich diese neue erweiterte Beobachtung auch wahr.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wenn man jetzt von einer systematischen Beobachtung sprechen würde, würden Sie so was für erforderlich halten auch im Blick auf die westlichen Partnerstaaten - - dafür angezeigt?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, also nach den Snowden-Veröffentlichungen gab es ja noch eine Reihe von



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiteren Presseverlautbarungen. Das sind dann ja durchaus immer Medienketten, die entstehen, die dann auch den Blick auf andere westliche Dienste lenken, also das Bild dann noch erweitert haben. Und ja, ich halte das für richtig, dass wir diesen Weg jetzt einschlagen, und zwar aus zwei Gründen:

Erst mal ist es ja tatsächlich möglich, dass wir aus dieser sogenannten Sockelbearbeitung Erkenntnisse und Anhaltspunkte ziehen, die vielleicht tatsächlich bestimmte Tatmuster, Tatabläufe sichtbar machen, wie es das vorher nicht war. Ich glaube durchaus, dass der Ansatz auch methodisch vernünftig ist.

Und ein zweiter Punkt spielt auch eine Rolle - das hat auch wieder etwas, sagen wir mal, mit Psychologie zu tun -: Ich halte schon für richtig, dass wir auch befreundeten Staaten zeigen, dass wir nicht bereit sind, uns das gefallen zu lassen, sondern nunmehr auch umschalten auf eine aktive Abwehrarbeit, auch wenn es keinen konkreten Verdachtsanlass gibt. Ich halte das unter beiden Gesichtspunkten für sehr vernünftig.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber grundsätzlich geht man nach wie vor davon aus, dass zum Beispiel Staaten der Five Eyes oder andere europäische Staaten noch gleichgerichtete Ziele und Interessen haben wie Deutschland, vom Grundsatz her.

Zeuge Stefan Kaller: Klar. Das ist ja das Vertrackte an der Spionage. Natürlich sind wir mit vielen Ländern befreundet - das finde ich immer ein bisschen schräg -, sagen wir mal, durch eine hohe Gemeinsamkeit an Werten und Interessen verbunden; das ist doch völlig klar. Und daran ändert sich auch nichts. Und gleichwohl können wir doch nicht ausschließen, dass einige von diesen Ländern gelegentlich eben doch auch zu dem Spionagemittel greifen. Das ist mir in der Mediendebatte so aufgefallen, als würde sich das ausschließen. Man kann natürlich erklären, dass man es ausschließt; aber wir haben ja jetzt doch die Erfahrung gemacht: Es findet statt.

Ich habe immer, um das so ein bisschen zu verdeutlichen, diesen Widerspruch, selber mal so

das Bild geprägt: Wir spielen ja alle gelegentlich mal mit Freunden Fußball, und das macht dann auch Spaß und ist eine schöne Sache, und trotzdem gibt es mal ein Foul. Dann kriegt man mal einen Tritt hinten in die Hacke, nicht? Das ist dann gar nicht böse gemeint, und das zerstört auch nicht die Freundschaft, und das Spiel geht weiter; aber dass es so etwas gibt, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Ich finde, man muss es undramatisch zur Kenntnis nehmen und sachlich, nichts Riesiges daraus zimmern, aber auch nicht so tun, als gäbe es das nun alles nicht. So, und das ist einfach ein, sagen wir mal, wacher, realitätsnaher Blick auf die Dinge, und das halte ich für vernünftig, nicht?

Nina Warken (CDU/CSU): Ich möchte auf die sogenannte Sonderauswertung zu sprechen kommen, die Sie ja auch schon erwähnt hatten, die nach den ersten Snowden-Enthüllungen ja ins Leben gerufen wurde. Wir haben dazu schon einige Zeugen gehört, die uns auch berichtet haben, dass es eben sehr schwierig sei, die Vorwürfe zu prüfen; das hatten Sie ja auch schon gesagt. Vieles ist zwar plausibel, technisch machbar; aber man kann es eben nicht vorhaltbar verifizieren. - Das kann ich schon auch im Ansatz nachvollziehen; aber irgendwo bleibt doch der Eindruck, dass die Ergebnisse der Aufklärungsarbeit der SAW TAD doch recht mager sind. Würden Sie das auch so beurteilen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Die Aufklärungsergebnisse sind nicht mager. Aber die Ergebnisse sind überschaubar.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann sie nicht
essen!)

- Ich habe Sie nicht verstanden. Man kann sie nicht?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Essen!)

- Essen. Ja, würde ich von abratem. - Dazu, sagen wir mal, zwei Sachen. Ich glaube, dieses ganze



Nur zur dienstlichen Verwendung

Snowden-Thema hat dadurch einen unangenehmen Swing bekommen, dass gerade in der ersten Phase, im Sommer 2013 - das gab ja auch ein bestimmtes Umfeld, in dem das stattfand -, immer verlangt wurde, aufzuklären, und die Bundesregierung auch immer gesagt: Genau darum bemühen wir uns, um Aufklärung. - Und aus diesen - - Dieser Dialog hat sich so als Erwartung festgesetzt in weiten Teilen der Öffentlichkeit und vielleicht auch der Politik. Aber Aufklärbarkeit setzt voraus, dass ich als eigene Behörde oder ermittelnde Stelle tatsächlich auch handfeste Beweise und Einsichten habe. Und in der ganzen damaligen Aufklärungsdiskussion haben manche vielleicht vergessen, dass die NSA keine deutsche Behörde ist, sondern doch eine andere. Und unsere Zugangsmöglichkeiten sind ziemlich beschränkt, und das war jetzt freundlich ausgedrückt. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Es sind eben neue Methoden der Spionage. Ich weiß nicht, was aus den alten Methoden noch so wird in den nächsten Jahren. Aber wir reden hier über elektronische Aufklärung, die mit geografischen Bezügen in das Bundesgebiet, wo ich ja dann jedenfalls mal irgendwas anschauen oder betrachten könnte, im Grunde genommen völlig entrückt sind. Also, das sogenannte entgrenzte Internet begegnet uns hier auch. Es ist physikalisch kaum fixierbar; es ist geografisch kaum einzuzäunen. Es gibt ein paar Punkte, da findet es statt; aber die müssen nicht in Deutschland liegen. Und das alles macht die Aufklärung im Sinne eines technischen Beweises, eines Strengbeweises so schwierig.

Und vor dem Hintergrund, bin ich der Auffassung, hat die SAW ein beachtliches Stück Arbeit geleistet, musste sie sich doch - das bitte ich auch nicht zu vergessen - mit den Erkenntnisquellen begnügen, die Medien selbst der Öffentlichkeit überlassen haben. Wir hatten ja noch nicht einmal Zugriff auf Originaldokumente, geschweige denn auf andere harte Erkenntnismittel. Es war ja von Anfang an eine sehr beschränkte Auswahl von Möglichkeiten. Und vor dem Hintergrund hat die SAW, wie ich finde, eine ausgezeichnete Arbeit abgeliefert.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja gesagt, die Ergebnisse seien aus Ihrer Sicht nicht mager, sondern überschaubar. Können Sie uns denn ein paar belastbare Ergebnisse sagen, die aus Ihrer Sicht durch die Aufklärungsarbeit entstanden sind?

Zeuge Stefan Kaller: Ich nenne mal ein paar Punkte. Zum Beispiel, ein Vorwurf im Zusammenhang mit den Snowden-Dokumenten war ja der, dass die Nutzerdaten großer Internetfirmen, also ich nenne mal Yahoo als eine von ganz vielen, gezielt genutzt und abgegriffen werden können. Das ist eine plausible Überlegung, aber keine Erkenntnis.

Zugriff auf Glasfaserkabel auch in Deutschland wäre ja mal ein physikalischer Anknüpfungspunkt, weil das eine konkrete, belegbare - - ein Medium ist. Der Zugriff auf Kabel insgesamt wird als plausibel erachtet, in Deutschland allerdings als höchst unwahrscheinlich ausgeschlossen. Es wäre technisch und auch rein tatsächlich überhaupt nicht plausibel, sich auf, sagen wir mal, bewohntem und kontrolliertem Hoheitsgebiet derart an Kabeln zu vergreifen, wenn ich es doch in ganz anderen Regionen sehr viel einfacher ohne Entdeckungsrisiko machen könnte.

Nehmen wir den Angriff auf DE-CIX, also den Internetknoten in Frankfurt: Unplausibel. Die Betreiber von DE-CIX haben das geprüft und als nicht zutreffend zurückgewiesen. Ich erinnere - - Ich bin nun kein Techniker, ich habe das auch natürlich nicht alles im Kleinsten verstanden; aber ich erinnere mich schon daran, dass die DE-CIX-Leute oder unsere Techniker - ich weiß es nicht - sinngemäß Folgendes gesagt haben - sinngemäß Folgendes gesagt haben -: Wenn sie an DE-CIX technische Ausleitungen vornehmen und die dann natürlich in erheblichem Umfang, wäre am DE-CIX-Knoten eine solche quasi Doppelausleitung detektierbar. Das hängt zusammen mit Datenflüssen, mit Energieflüssen und -steigerungen, die einem solchen technischen Zusammenhang beiwohnen. So. Solche Feststellungen, objektive technische Feststellungen gab es nicht. Deswegen glaube ich den Betreibern von DE-CIX, dass sie recht haben, und ich unterstütze die Schlussfolgerung des Bundesamtes, dass es solche Eingriffe



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht gibt. Ja, es gibt noch eine Reihe weiterer Prüfpunkte. Es waren, Frau Abgeordnete, insgesamt 21.

Vielleicht genügen Ihnen die Beispiele, die ich jetzt genannt habe, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass es sich um eine vertrauliche Unterlage handelt, um die der Ausschuss jetzt auch, glaube ich, Beweis beschlossen hat. Bin ich jetzt nicht ganz sicher, ob die Ihnen bald komplett vorliegen wird; ich weiß es einfach nicht. Insofern möchte ich den Vortrag an diesem Punkt dazu auch beenden.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten den Abschlussbericht ja jetzt gerade angesprochen. Der Zeuge Wingerath hatte uns ja berichtet, dass im April 2015 eben SAW TAD beendet wurde, es den Bericht gibt, der unserem Ausschuss noch nicht vorliegt. Das Argument ist, er sei außerhalb des Untersuchungszeitraums erstellt worden. Es gibt aber eine Antwort des BMI vom 5. Februar 14 auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Korte, dass die SAW TAD nach Abschluss ihrer Arbeit den zuständigen Stellen und Gremien einen Abschlussbericht hätte vorlegen sollen. Welchen Stellen und Gremien wurden denn dann der Abschlussbericht vorgelegt und wann?

Zeuge Stefan Kaller: Puh. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich könnte mir vorstellen, dass das Parlamentarische Kontrollgremium Kenntnis hatte oder noch erhalten wird. Ich weiß es nicht. Es sind ja hier Mitglieder, vielleicht können die das sagen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist leider untersagt!)

- Bitte? Bitte?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist uns leider verboten!)

- Oh, okay. Ich würde es Ihnen ja erlauben, aber gut. - Also, Sie merken, ich kann auf die Frage jetzt nicht reagieren. Wenn, dann handelt es sich um das Parlamentarische Kontrollgremium.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Dr. Maaßen sagte uns zu der Thematik, dass der Bericht zunächst im BfV bis zur Amtsleitung vorgelegt worden sei, dann hätte man das BMI unterrichtet, und von dort ging es wohl nicht weiter. Und dem Parlamentarischen Kontrollgremium scheint der Bericht jedenfalls nicht präsentiert worden zu sein. So hat sich zumindest der Kollege Hahn in der letzten öffentlichen Zeugenvernehmung eingelassen. Aus welchen Gründen das unterblieben ist, können Sie auch nicht sagen.

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Nicht weil man sagt, es sind zu wenig belastbare Ergebnisse, sondern - -

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe dafür keine Erklärung, Frau Abgeordnete.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten ja schon ausgeführt, dass eben ein Problem der Aufklärungsarbeit war, dass man die Snowden-Dokumente ja nur sukzessive veröffentlicht bekommt von Journalisten, dass man da keine Originaldokumente hat, immer nur einen Ausschnitt der Praktiken der NSA bekannt geworden ist. In dem Zusammenhang hat ja der BfV-Präsident, Dr. Maaßen, am 15. Januar 2014 an das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* ein Schreiben gerichtet. Das liegt dem Ausschuss vor. Herr Dr. Maaßen bittet den *Spiegel* in dem Schreiben darum, die beim *Spiegel* vorhandenen Snowden-Dokumente doch zugänglich zu machen, weil eine unmittelbare Kenntnis der Dokumente eben wichtig sei für eine fundierte Bewertung. Und ich kann den Akten entnehmen, dass Herr Dr. Maaßen Sie dann im Nachgang telefonisch über die Anfrage beim *Spiegel* informiert hat, und Sie wiederum haben dann in einer BMI-internen E-Mail geschrieben, dass Sie dieses - ich zitiere - „ungewöhnliche Verfahren“ gebilligt hätten, und zwar - auch wieder Zitat - „auch im Blick auf den UA“. Wie haben Sie das gemeint?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Ungewöhnliches Verfahren insoweit, dass eine staatliche Behörde, die ja doch unser aller Aufklärungsinteresse vertritt, die Bitte an ein privates Medium richten muss,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bestimmte Dokumente herauszugeben. Das ist nicht unbedingt üblich und normal; aber wenn das Medium nun mal im Besitz dieser Dokumente ist, war das eine richtige und nachvollziehbare Entscheidung.

Und im Blick auf den Untersuchungsausschuss: Klar, ich bin bemüht - und ich nehme mal an, andere Zeugen sind es auch -, selber ein möglichst umfassendes Bild über NSA-Fähigkeiten zu haben, soweit sie Deutschlandbezug aufweisen. Und ich versuche, meinen Betrag zu leisten, diesen Ausschuss in diesem Punkt bestmöglich zu informieren, und das kann ich natürlich nur, wenn ich die Gesamtheit aller Dokumente einmal prüfen lassen kann, ja? So weiß ich nicht, was noch im Fundus ist, was nicht veröffentlicht wurde. Das ist einfach eine, sagen wir mal, Beschränkung von Beweismaterial oder Tatsachenmaterial, und das hat Herr Maaßen völlig richtig angefordert.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie uns bekannt ist, hat der *Spiegel* ja die Bitte um Bereitstellung der Dokumente abgelehnt. Im Antwortschreiben steht, das Anliegen könne zu diesem Zeitpunkt nicht positiv beschieden werden; denn der Bundestag werde wohl einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der aller Voraussicht nach auch die Akten des BfV beiziehen werde. Und zu dieser Begründung des *Spiegels* hat sich dann Dr. Maaßen in seiner Vernehmung am 9. Juni wie folgt geäußert - ich zitiere -:

Bemerkenswert aus meiner Sicht, dass der *Spiegel* Sorge hatte, dass die Snowden-Dokumente dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden könnten.

Wie haben Sie denn die abschlägige Antwort des Nachrichtenmagazins damals aufgefasst? Man scheint ja fast den Eindruck zu bekommen, dass sensible Informationen dann beim Parlament nicht gut aufgehoben sein können.

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich habe mich über Herrn Büchner auch gewundert, aber nicht so richtig, weil so ein paar Strukturen des journalistischen Gewerbes sind mir ja nicht entgangen. Es

ist schon seltsam, dass Medien sich doch dann sehr gerne als Aufklärer gerieren, um uns allen zu helfen durch Informationen, aber dann dem höchsten Souverän, den wir haben, nämlich dem Deutschen Bundestag, der das ja für uns aufklärt, solche Information vorenthalten. Das verstehe ich bis heute nicht. Das macht auf mich keine Logik. Herr Büchner muss sich mir auch nicht erklären. Es ist mir einfach nicht nachvollziehbar. Aber vielleicht gibt es da eine Hilfestellung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz, wenn es da irgendwie eine Geschäftsordnungsanfrage gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich finde, man kann das so nicht stehen lassen, weil der Untersuchungsausschuss hat beim *Spiegel* nicht um die Unterlagen angefragt. Das, finde ich, müssten wir zur - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das müssen wir dann gleich anmerken ... (akustisch unverständlich)

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das müsste man einfach jetzt zu Ihren Ausführungen doch dazusagen. Es hat lediglich Herr Dr. Maaßen angefragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin, das müssten wir - -

Nina Warken (CDU/CSU): Das war die Antwort vom *Spiegel*. Die Antwort des *Spiegels* ist so, wie ich sie vorgelesen habe, und darauf bezieht sich ja meine Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber hier war ja ein Missverständnis, und das würde ich gerne ausge-

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt hat Frau Warken aber das Wort, und gleich können wir das - die Fraktion Die Linke kommt ja gleich dran - auch direkt aufklären, wenn da Aufklärungsbedarf ist. - Frau Kollegin Warken hat weiter Fragerecht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. - Also, die Antwort des *Spiegels* zielte ja darauf ab, dass es einen Untersuchungsausschuss geben werde, der dann die Akten des BfV bezieht und dort dann eben darüber die Dokumente auch bekommen würde.

(Zuruf)

- Nein, das hat der *Spiegel* geschrieben in seiner Antwort. - Und dann darauf zielte eben meine Frage ab, ob hier dann der Eindruck entstanden ist, dass es bei uns eben nicht so gut aufgehoben ist wie bei der Presse. Da muss man, glaube ich, jetzt auch nichts mehr klarstellen.

Aber, Herr Kaller, ist es aus Ihrer Sicht denn nicht notwendig, die Dokumente mal unmittelbar zu bekommen, um dann auch was zur Authentizität belastbar sagen zu können? Auf technische Plausibilität kommt es ja da nicht unbedingt an, aber ob man einfach was zur Echtheit sagen kann.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, also, das habe ich am Anfang schon auch gedacht, dass das wichtig wäre. Mittlerweile sehe ich es etwas anders. Also, ich persönlich habe auch - natürlich beraten durch die Fachleute - an der Authentizität dieser Dokumente keine ernsthaften Zweifel. Also, das werden schon genau die Dokumente sein, die er als Systemadministrator im Zugriffsbereich hatte. Das kann ich jetzt natürlich jetzt nicht wissenschaftlich behaupten; ich spreche einfach von einer fachlichen Annahme. Für uns interessanter wären die vollständigen Dokumente, nicht so sehr die, die es schon in der Presse gibt, nun noch einmal in echt vorliegen zu haben. Auch das ist interessant; aber unser Anliegen war eher, die Vollständigkeit einmal abzuschätzen. Also - -

Nina Warken (CDU/CSU): Es gibt ja bei WikiLeaks noch zahlreiche weitere Dokumente, die wenigstens zum Teil wohl aus weiteren Quellen stammen. Können Sie zur Authentizität dieser

Dokumente was sagen, bzw. wie schätzen Sie die ein? Ebenso?

Zeuge Stefan Kaller: Kann ich nichts zu sagen, Frau Abgeordnete; tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Da die Zeit um ist, kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Es beginnt bei der Fraktion Die Linke Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Kaller, auch von mir herzlich willkommen! - Ich würde gerne das Thema wechseln. Sie hatten es in Ihren Eingangsbemerkungen schon angerissen, die Frage von bewaffneten Drohneneinsätzen. Um überhaupt einzuordnen, inwieweit Sie damit etwas zu tun haben: Kennen Sie den Erlass vom 24. November 2010, sogenannter Romann-Erlass?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, Frau Abgeordnete, den kenne ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie an der Diskussion zu diesem Erlass bzw. seiner Erarbeitung beteiligt?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, war ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): In welcher Form sind Sie mit dem Erlass in Berührung gekommen?

Zeuge Stefan Kaller: Kann ich gerne zu vortragen. Ich habe diese Funktion am 1. November 2012¹ übernommen als Nachfolger von Herrn Schindler. Der ging dann ja zum BND. Ich war bis dahin sein Unterabteilungsleiter und wurde dann sein Nachfolger in der Funktion Abteilungsleiter ÖS und war ab dem Moment auch zuständig für islamistischen Terrorismus. Und ich habe mich dann in einigen Gesprächen Februar/März/April 2012 intensiv mit dem damaligen Referatsleiter Terrorismus, Herrn Dr. Romann, unterhalten. Herr Dr. Romann hat mich in das Thema eingeführt und mir einfach verschiedene Eckpunkte erklärt. Jetzt war es natürlich nicht so,

1) Richtigstellung des Zeugen: "[am 1. Januar 2012...]", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass das für mich nun eine komplett neue Welt war. Als langjährige Aufsicht über den Verfassungsschutzbereich hatte ich natürlich immer auch fachliche Kontakte zu dem Gesamtbereich Beobachtung, und ich habe auch Zeitung gelesen, auch sehr aufmerksam, nicht? Also es war nun nicht eine völlig neue Welt. Aber im Detail, die Übermittlung von Angaben und die kritischen Fragen, die sich daran richten und eben auch diesen Erlass, das hat mir Herr Romann dann in unserem ersten oder zweiten Gespräch einfach mal vorgezeigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann würde ich aber jetzt gerne trotzdem noch mal zu Ihrer Zeit als UAL ÖS III fragen. Also, da waren Sie ja im Grunde auch Aufsicht über den Verfassungsschutz.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da würde mich interessieren, wie Sie damals überprüft haben, dass bei Datenübermittlungen an die USA sowohl Empfangsbescheinigungen angefertigt werden wie auch jeweils ein Nachweis geführt wird, dass der Disclaimer beachtet wird. Wie ist das vonseiten der Rechts- und Fachaufsicht organisiert gewesen?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, Sie sprechen jetzt den § 19 III an, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Stefan Kaller: Also, die Basis - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, vielleicht auch noch ergänzend: Die Prüfung muss ja auch niedergelegt werden. Wie ist die Prüfung dokumentiert worden?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Es ist so: Die Prüfung des § 19 III macht jeder Sachbearbeiter in seinem Zuständigkeitsbereich, nicht? Und ich war damals in der Aufsicht über Links- und Rechtsextremismus und über Spionageabwehr, nicht aber in dem Bereich. Das heißt, die Frage, ob in diesem Bereich die Voraussetzungen, die Sie gerade aus dem Gesetz abgelesen haben - - die musste die

Fachabteilung machen. Das heißt, die Aufsicht - - Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich meine, das BMI hat die Aufsicht. Und wer ist im BMI dann zuständig dafür, dass sowohl die Empfangsbescheinigungen nachgewiesen werden als die Prüfung nach § 19 III als auch der Nachweis, dass der Disclaimer von der Gegenseite abgezeichnet wurde? Wer macht das? Es muss ja auch jemand im BMI machen; es kann ja nicht das BfV alleine tun. Dann brauchen wir keine Rechts- und Fachaufsicht. Dann dürfen die machen, was sie wollen.

Zeuge Stefan Kaller: Also, die Fachaufsicht BMI - - Man muss das dann schon unterscheiden in die jeweiligen zuständigen Abteilungen oder Unterabteilungen oder Referate. Und Sie haben mich ja nach meiner persönlichen Prüfung gefragt, und meine Antwort ist: Ich war in dieser Zeit ja nicht zuständig für die Prüfung von Datenübermittlungen im Zusammenhang mit islamistischem Terrorismus; das war meine Nachbarunterabteilung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stefan Kaller: Nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Die auch bei ÖS III war, -

Zeuge Stefan Kaller: ÖS II.

Martina Renner (DIE LINKE): - ÖS II war. Und wer war dafür personell zuständig?

Zeuge Stefan Kaller: Och, Mensch. Jetzt muss ich mal überlegen. Wer war ÖS II? - Also, es war jedenfalls Herr Dr. Maaßen. Ich sage nicht, dass es die ganze Zeit hindurch Dr. Maaßen war; aber es war jedenfalls eine Zeit lang Dr. Maaßen; denn als ich dann AL ÖS wurde, war Herr Dr. Maaßen dann einer von meinen drei Unterabteilungsleitern.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Also, daraus schließe ich, dass er das war. Aber ich weiß jetzt nicht mehr, wann er da eingerückt ist in die Position, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Und nachdem Sie AL wurden, waren Sie dann bei dieser Kontrolle gegenüber dem BfV beteiligt, inwieweit diese Vorschriften aus § 19 III eingehalten werden, Disclaimer, Empfangsbescheinigung?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Nein, war ich nicht persönlich beteiligt. Das machen Experten im Bundesamt; das macht nicht der Abteilungsleiter ÖS im BMI.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das findet regelmäßig statt, also - -

Zeuge Stefan Kaller: Von mir nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und wer kontrolliert das aufseiten des BMI dann ab 2012?

Zeuge Stefan Kaller: Kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, ob es dort eine aktive, routinemäßige Kontrolle in das Bundesamt gibt. Ich würde das eher ausschließen. Das ist eine wichtige, aber letztendlich prozedural vom Sachbearbeiter und vielleicht vom Referatsleiter im Bundesamt auszuführende Tätigkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie gehen davon aus, dass es zu allen Datenübermittlungen Empfangsbescheinigungen, Prüfungen nach § 19 III usw. gibt. Hatten Sie mal Anlass, dahin gehend Zweifel zu haben als AL?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Also, die Prüfung ist ja nun wirklich eine wichtige Angelegenheit.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie referieren jetzt die ganze Zeit, dass es so eine Art Selbstprüfung gibt im BfV: „Also, die werden das schon richtig machen“, ja?

Zeuge Stefan Kaller: Die machen das richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, so wie bei NSU.

Zeuge Stefan Kaller: Also, den Vergleich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da reden wir gerade im Parallelraum darüber, dass ein V-Mann-Führer so weit aus dem Ruder gelaufen ist, dass er irgendwie Dutzende von Handys zu seinem Spitzel hat. Ich sage nur - -

Zeuge Stefan Kaller: Ja, wir können jetzt auch über Corelli reden. Da bin ich auch gut im Futter, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber ich frage Sie jetzt: Also, Selbstkontrolle reicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre aber nicht Untersuchungsgegenstand.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber es ging ja nur darum, -

Zeuge Stefan Kaller: Ich hatte vier Ausschüsse zu betreuen, also - -

Martina Renner (DIE LINKE): - dass eben ausgeführt wurde, dass man zu BfV Vertrauen haben kann und dass Selbstkontrolle reicht. Und ich finde, es gibt seit mehreren Jahren Anhaltspunkte dahin gehend, dass anscheinend die Selbstkontrolle im BfV nicht reicht.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, dem widerspreche ich, Frau Abgeordnete. Ich muss auch sagen: Wenn es in einer Behörde von 2 800 Leuten bei einer mikroskopischen Überprüfung von Geschäftsabläufen im Einzelfall tatsächlich einmal den Grund gibt, etwas zu beanstanden - das wird vorkommen -, ist das die eine Sache. Aber das lässt keinen Rückschluss darauf zu, dass es sich um eine Behörde handeln könnte, in der ich allgemein Zweifel entwickeln müsste an der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften. Dafür gibt es nicht den geringsten Anlass.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie findet die Prüfung dann statt? Also, wie findet die Kontrolle statt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Das kann ich Ihnen nicht aus konkretem eigenen Erleben sagen, weil ich selber nicht in das Bundesamt fahre und Sachbearbeiter kontrolliere. Aus der allgemeinen Erfahrung der Führung einer Behörde dürfte - ich sage: dürfte; das ist eine Annahme und kein Zeugenwissen - es so sein, dass bei einem Übermittlungsvorgang der jeweilige Sachbearbeiter im Fachreferat des Bundesamtes einen solchen Schriftsatz erstellt, ihn gesetzlich prüft. Ob er ihn nun jedes Mal seinem Vorgesetzten vorlegt oder ob dieser stichprobenmäßig sich solche Vorgänge ansieht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Ja, Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Herr Kaller, auch von unserer Fraktion erst mal guten Tag! - Zunächst einmal: Sie sind jetzt seit 2012 Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit im BMI. Korrigieren Sie mich: Diese Abteilung, das ist die Fachaufsicht für Bundeskriminalamt, aber auch zum Beispiel für das BfV.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, richtig.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie uns kurz mal nur ganz verständlich sagen: Was heißt das, „Fachaufsicht“? Was machen Sie da?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das erkläre ich gerne. Diesen Zustand gibt es ja noch nicht allzu lange. Früher waren die Abteilungen getrennt. Es gab eine Abteilung P, das waren polizeiliche Angelegenheiten, Schwerpunkt BKA, und eine Abteilung IS, Innere Sicherheit - wirkt heute befremdlich diese Abkürzung -, für das Bundesamt für Verfassungsschutz. Wurde vor einigen Jahren zusammengelegt, und in der Tat sind jetzt beide Behörden unter der Leitung eines Abteilungsleiters.

Fachaufsicht bedeutet, auf die zweck- und gesetzmäßige Durchführung des gesetzlichen Auftrags einer Behörde zu achten. Man versteht schnell, dass das zunächst mal ein unendlich weites Themenfeld ist, das von der Aufsichtsbehörde wahrzunehmen ist. Das betrifft natürlich zunächst einmal organisatorische Fragen: Ist die Behörde organisatorisch in ihrer Struktur so aufgestellt, dass sie ihre Aufgaben vernünftig wahrnehmen kann? Das betrifft Geld- und Sachmittel: Sind die Behörden auskömmlich finanziert und personell unterlegt, sodass der Aufgabenbereich in vernünftiger Arbeitstiefe durchgeführt werden kann?

Fachaufsicht vollzieht sich aus dem BMI heraus aus allen Ebenen in die Geschäftsbereichsbehörden hinein. Auch Sachbearbeiter im BMI, die beispielsweise den Bereich organisierte Kriminalität verantworten, lassen sich regelmäßig berichten entweder über bestimmte Verfahren oder über grundsätzliche Fragen, wie OK-Bekämpfung ausgerichtet sein soll. Die Referatsleiter des BMI lassen sich berichten, fordern Berichte an. Alle Beteiligten treffen regelmäßig ihre Mitarbeiter der Geschäftsbereichsbehörden persönlich, also durch Dienstreisen; entweder laden wir nach Berlin ein oder unsere Leute fahren in die Geschäftsbereichsbehörden, egal, Wiesbaden, Köln, natürlich Treptow im islamistischen Bereich. Es gibt Erlasse, in denen die Behörden entweder um konkrete Aufträge oder um allgemeine Verfahrensleitungen angehalten werden, gebeten werden. - Und, ja, das ist, Herr Abgeordneter, vielleicht in Kürze - - Also Schriftlage und persönlicher Kontakt.

Christian Flisek (SPD): Den aktuellen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Maaßen, seit wann kennen Sie den?

Zeuge Stefan Kaller: Ich kenne Herrn Maaßen seit etwa 1993. Ich war damals noch Referent im BMI Bonn viele Jahre und für Fragen des Ausländerrechts - - Und Herr Maaßen war Referent in meinem Nachbarreferat Asylrecht und kam als jüngerer Referent dort hinein, und dort waren wir Büronachbarn und natürlich auch fachlich miteinander verbunden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Mhm. Ist schon ein sehr langer Zeitraum jetzt. - Mich würde jetzt mal interessieren: Wie oft, wenn Sie jetzt als Abteilungsleiter ÖS, der die Fachaufsicht über das BfV hat mit dem gerade umschriebenen Tätigkeitsbereich, treffen Sie und Herr Maaßen aufeinander im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Fachaufsicht?

Zeuge Stefan Kaller: Ich treffe Herrn Maaßen einmal pro Woche in Gegenwart von Frau Staatssekretärin Dr. Haber. Da führen wir ein Sechsaugengespräch. Das dauert immer so etwa 30 Minuten.

Christian Flisek (SPD): Und das ist so ein Format, ein Routineberichtsformat.

Zeuge Stefan Kaller: Genau, ein Jour fixe.

Christian Flisek (SPD): Jour fixe, genau.

Zeuge Stefan Kaller: Genau. Das ist ein Jour fixe.

Christian Flisek (SPD): Dann berichtet Herr Maaßen über Dinge aus seinem Geschäftsbereich, -

Zeuge Stefan Kaller: Genau, er berichtet - -

Christian Flisek (SPD): - und Sie stellen dann auch Fragen, die aus Ihrer Sicht Anlass geben - -

Zeuge Stefan Kaller: Ganz genau.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Stefan Kaller: Genau. Also, Anlass dieses Vorgesprächs ist die Vorbereitung der ND-Lage im Bundeskanzleramt. Ich nehme an, das ist Ihnen bekannt. Jeden Dienstag trifft sie sich. Und Frau Staatssekretärin nutzt die Gelegenheit, in Vorbereitung dieser ND-Lage mit dem Präsidenten zu sprechen, und ich bin dabei.

Christian Flisek (SPD): War die Vorbereitung oder die Nachbereitung des Auftritts von Herrn Maaßen als Zeuge hier im Untersuchungsausschuss Gegenstand von diesen Terminen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie die Einlassungen von Herrn Maaßen hier im Untersuchungsausschuss verfolgt?

Zeuge Stefan Kaller: In der Presse, ja.

Christian Flisek (SPD): Hat ja auch ein Presseecho gefunden.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte Sie fragen: Herr Maaßen hat zumindest Teile der Abgeordneten hier - das sage ich ganz offen und ehrlich - erheblich irritiert.

(Zurufe von Abgeordneten
der CDU/CSU)

- Bitte schön? - Ja, die Union kann ja dann noch mal was ergänzen dazu, wenn sie dran ist. - Herr Maaßen hat zum Beispiel gesagt, er verfüge über Tatsachen, aus denen sich der Rückschluss ergebe, dass Herr Edward Snowden also ein russischer Agent sei. Er hat zwischenzeitlich sogar mal was vom KGB gesprochen - wo mir nicht ganz klar ist, ob der KGB überhaupt noch existent ist -, hat das dann wieder mit anderen Geheimdiensten in Verbindung gebracht. Ich frage Sie daher: Ist Ihnen diesbezüglich etwas bekannt, dass es sich bei Herrn Snowden um einen russischen Agenten handelt?

Zeuge Stefan Kaller: Herr Abgeordneter, ich möchte zunächst einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich den Wortlaut der Aussagen von Herrn Maaßen nicht kenne.

Christian Flisek (SPD): Den kann ich Ihnen notfalls vorhalten.

Zeuge Stefan Kaller: Können Sie machen.

Christian Flisek (SPD): Aber das machen wir erst dann, wenn es wirklich notwendig wäre. Ich glaube jetzt einfach mal, die Frage allein, Herr Kaller, ob Ihnen in der Fachaufsichtsbehörde etwas bekannt ist darüber, ob Herr Snowden ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

russischer Agent ist, das können wir jetzt ohne Vorhalt vielleicht beantworten.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das kann ich Ihnen beantworten: Nein. Solche Tatsachen sind mir nicht bekannt. Ich möchte aber etwas hinzufügen, wenn Sie gestatten.

Christian Flisek (SPD): Gerne.

Zeuge Stefan Kaller: Die Aussage „Agent“, ich sage mal, die müsste man ein bisschen spezifizieren. Das möchte ich aber Herrn Maaßen selber überlassen, wenn er das möchte. Aus meiner Sicht ist es so: Dass Snowden von Anfang an, also bei Aufnahme seiner Tätigkeit für die NSA, eine nachrichtendienstlich gesteuerte Person war, dafür gibt es keine tatsächlichen Anhaltspunkte.

Wie ich sein Verhalten nach seiner Zuflucht-nahme in Moskau beschreibe, ist vielleicht etwas anderes; denn eines ist mir klar, wenn auch nicht belegbar - aber alles nachrichtendienstliche Erfahrungswissen spricht dafür -: Aufenthalt in Russland bekommt man nicht zum Nulltarif, sondern da wird eine Gegenleistung erwartet. Und die Gegenleistung lautet mindestens mal, sich komplett, vollständig, in toto abschöpfen zu lassen über alles, was der zufluchtsuchenden Person irgendwie bekannt ist und was von Interesse für russische Dienste - - Auch dafür habe ich keinen Beweis. Wie auch? Aber mir reicht in diesem Punkt Spionageerfahrung, Fachleutewissen aus, um diese Behauptung zu machen. Ob ich nun unter dem Strich eine solche Person als Spion bezeichnen darf, mag und möchte, soll jeder für sich entscheiden. Das ist kein Terminus technicus, das ist eine politische, eine kulturelle Bewertungsfrage.

Christian Flisek (SPD): Und Sie würden auch sagen, dass das sozusagen eine Einschätzungsprärogative ist, die sozusagen der aktuelle BND-Präsident [sic!] öffentlich kommunizieren kann? Also unter der Voraussetzung, dass - - Er hat sich ja erheblich schwergetan, Tatsachen hier auf Nachfrage - er hat sich zunächst geweigert, Tatsachen zu wiederholen, ja - - Uns allen ist noch erinnerlich, er hat dann um eine Pause gebeten

mitte in einer Vernehmung. Das war zum ersten Mal in zweieinhalb Jahren Untersuchungsausschuss der Fall, ist dann rausgegangen und hat dann wohl ein wenig besonnener versucht, noch mal auf sein Eingangsstatement Bezug zu nehmen. Allerdings ist dann der Begriff von Tatsache, ich sage mal, höchst strittig bei ihm und bei uns gewesen. Also, man hat auf Indizien rekurriert, wie zum Beispiel den Aufenthaltsort - - oder wie Sie jetzt auch zu Recht erwähnen mit der nötigen Vorsicht - das billige ich Ihnen jetzt in Ihrem Statement zu -, dass man sagt, es gibt vielleicht Erfahrungswerte, nachrichtendienstliche Erfahrungswerte, die dafürsprechen oder dagegensprechen. Aber das Statement von ihm war hier schon sehr - - Sein Lieblingswort war immer „insinuiert“. Das war anders insinuiert.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich war nicht dabei, Herr Abgeordneter. Ich nehme das zur Kenntnis, wie Sie mir das hier vortragen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich würde allerdings an der Stelle - weil das beschäftigt uns einfach, ja? - noch mal weitermachen wollen. Insofern auch noch mal in der Funktion als Fachaufsichtsbehörde: *Die Welt* vom 18.06.2016 teilt mit in einem Bericht, dass Herr Maaßen gesagt haben sollte, wenn es nach ihm ginge, dann sollte man im Hof des Bundesamtes - gemeint ist das Bundesamt für Verfassungsschutz - Kreuze aufstellen und ein paar Mitarbeiter drannageln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu vielleicht Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich stelle jetzt zunehmend fest, dass wir uns wirklich sehr weit vom Untersuchungsgegenstand entfernen.

Christian Flisek (SPD): Allzu weit, glaube ich, sind wir da nicht, Herr Akmann. Denn wenn wir dann doch hier uns die Frage stellen, wie eigentlich dieses Bundesamt für Verfassungsschutz funktioniert, inwieweit wir ein Klima innerhalb des Bundesamtes auch unter den Mitarbeitern haben - wir hatten gestern die Amtseinführung des neuen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, wo ja sehr viel Wert auch auf das gute



Nur zur dienstlichen Verwendung

Klima und das Verhältnis innerhalb der Behörde gelegt wurde - und das kann ich auch in jeder Hinsicht nachvollziehen - - aber wo ich mir die Frage stelle hier, wenn solche Aussagen zutreffen, wie es da um das Klima innerhalb einer Behörde bestellt ist, wenn es mal darum geht, nicht so positive Nachrichten, also Nichterfolgsmeldungen, zu kommunizieren. Also, wir haben ja hier doch einen ganzen Zeitraum vor Augen - - und uns die Frage zu stellen: „Können wir sichergehen - -

Wir haben beim Bundesnachrichtendienst erhebliche Organisationsmängel festgestellt, wo Unterabteilungen höchstwichtige Dinge nicht an den Präsidenten, an die Spitze gemeldet haben, alles unter den Teppich gekehrt wurde - - Und ich stelle mir halt die Frage, ob es ähnliche fröhliche Zustände auch beim BfV vielleicht gibt und die unter anderem ihren Ausdruck in der Führungskultur des Präsidenten finden, wenn er tatsächlich mit solchen Äußerungen an die Öffentlichkeit tritt. Und ich stelle Ihnen, Herr Kaller, deswegen die Frage, ob das nicht ein Grund ist, als Fachaufsichtsbehörde mal mit Herrn Präsident Maaßen ein Gespräch zu führen gerade in Bezug auf so etwas.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, Sie sagten gerade richtigerweise „wenn“. Die Äußerung mit dem Kreuz soll, wenn ich das in der Zeitung richtig gelesen habe, aus einem kleinen Kreis herausgetragen worden sein. Dann hat sie ein Journalist verwendet, und dann kam es zu der Veröffentlichung. Also, das ist erst mal sozusagen meine Ableitung, was das angeht.

Ich sehe keinen Anlass dafür, darüber mit Herrn Maaßen zu sprechen, schon gar nicht öffentlich via Ausschuss, und zwar aus folgendem Grund: Wenn er es gesagt hat, muss er sich dafür vor allen Dingen vor seinen Mitarbeitern verantworten. Wenn er es nicht gesagt hat oder so nicht gesagt hat, bedarf es keines Gespräches. Wenn er es gesagt haben sollte in einer, sagen wir mal, besonderen Belastungssituation, dann muss man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen - ohne dass ich solche Aussagen damit rechtfertige, Herr Abgeordneter. Jeder ist mal in Stresssituationen, jeder fühlt sich mal geschützt, und jeder nimmt

mal einen Ausdruck, der, bei Lichte betrachtet, vielleicht nicht der Volltreffer war. Herr Maaßen ist ein außerordentlich erfolgreicher, sehr, sehr guter Präsident seiner Behörde. Ich bin froh, dass wir ihn haben. Ich werde wegen -

Christian Flisek (SPD): Das spricht für Sie, dass - -

Zeuge Stefan Kaller: - solcher Dinge, Herr Abgeordneter, kein Fachaufsichtsgespräch führen.

Christian Flisek (SPD): Nein. Es spricht für Sie, Herr Kaller, dass Sie sich vor Kollegen und Mitarbeiter stellen, was offensichtlich nicht Teil der Führungskultur von anderen ist. Ich habe auch Verständnis dafür, dass Sie das hier nicht öffentlich machen. Deswegen war die Frage auch nicht an Sie gerichtet, ob Sie das jetzt hier kommentieren wollen, sondern die Frage war auf die Vergangenheit bezogen, ob Sie diese Äußerungen als Anlass genommen haben, um mit ihm mal darüber zu sprechen.

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. Also, das beantworten Sie klar mit Nein. Unterstellt, das wäre eine Äußerung, die so zutrifft, die so gefallen ist: Entspricht denn eine solche Äußerung - Sie sind die Fachaufsichtsbehörde - Ihrem Verständnis von Führungskultur bei einer Behörde wie dem Bundesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Stefan Kaller: Also, dazu habe ich mich doch gerade ausreichend geäußert. Kann das gerne noch mal wiederholen.

Christian Flisek (SPD): Gerne. Ja, wiederholen Sie es noch mal.

Zeuge Stefan Kaller: Ich muss nach dem, was ich an Wahrnehmungen habe über diesen Vorgang, davon ausgehen, dass er es vielleicht gesagt hat, vielleicht aber auch nicht, vielleicht auch in einem Kontext, der sich mir überhaupt nicht erschließt. Es könnte auch sein, dass er sich in einer angespannten Situation befand, die ihn dazu hat hinreißen lassen, sich in einer solchen Art und Weise zu äußern. Alles das könnte auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

etwas damit zu tun haben, dass in der Causa Corelli möglicherweise ein Mitarbeiter seines Hauses nicht so agiert hat, wie er es als Präsident erwarten muss. Alles konjunktivisch, Herr Abgeordneter. Aus alledem ziehe ich den Schluss, ich habe Herrn Maaßen fachaufsichtlich darauf nicht hinzuweisen. Er ist intelligent genug, um mit dieser Causa selber klarzukommen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Beim Führungsverhalten von Herrn Maaßen und der Art und Weise, wie er mit den Mitarbeitern seines Hauses verfährt, habe ich keinen Grund, anzunehmen, dass es da ein Problem gibt.

Christian Flisek (SPD): Ja. Wir haben hier den Eindruck, dass Herr Maaßen, wenn man die Äußerungen als Ausdruck von Stress interpretiert, scheinbar permanent oder öfters unter Stress zu stehen scheint.

Ich möchte Sie auch noch mal auf einen Umstand hinweisen, den ich persönlich hier als Parlamentarier für eigentlich den schwerwiegendsten halte; weil Herr Maaßen hat sich in seinem wohlüberlegten - und Sie haben ja darauf hingewiesen, das ist ein herausragender Mitarbeiter, ein herausragender Jurist - und abgewogenen Eingangsstatement daraufhin eingelassen, dass er gesagt hat, es sei eine ganze Menge von Mitarbeitern durch die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses gebunden, es seien zigtausend Seiten aufzubereiten gewesen. Und er hat dann gesagt, das solle jeder einmal gehört haben, wenn in Deutschland demnächst ein Terroranschlag passiert. Sehen Sie als Fachaufsichtsbehörde die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses als nur - und ich rede jetzt von der Belastung, nicht von der Aufklärung, von der Arbeitsbelastung, die dadurch beim Bundesamt für Verfassungsschutz entsteht - - als ein Sicherheitsrisiko für dieses Land?

Zeuge Stefan Kaller: Herr Abgeordneter, ich werde die Äußerungen von Herrn Dr. Maaßen hier nicht kommentieren. Gestatten Sie mir stattdessen, meine eigene Sicht der Dinge darzustellen.

Christian Flisek (SPD): Danach habe ich Sie auch gefragt.

Zeuge Stefan Kaller: Sie mögen dann Ihre Ableitungen machen; aber ich werde es nicht weiter kommentieren.

Christian Flisek (SPD): Na, ich habe Sie ja nach Ihrer eigenen Ein- - Ich habe ja gefragt, ob Sie als - -

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich habe das schon versta- -

Christian Flisek (SPD): Genau. Das war eine ganz klare Frageunterscheidung.

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe das schon alles verstanden.

Christian Flisek (SPD): Ich habe Sie nicht um eine Kommentierung von Herrn Maaßen gebeten.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, werde ich auch nicht tun. Ich erzähle Ihnen mal aus meinem Leben, wie es so läuft. Ich leite nun keine Behörde mit 2 800 Menschen, aber eine Abteilung mit 120 Leuten, und ich habe vier Untersuchungsausschüsse bewältigt oder zu bewältigen. Ich kann Ihnen sagen, das ist eine enorme Belastung, die Abteilung ächzt. Und dass es eine Belastung ist, halte ich auch zumutbar, dass Abgeordnete das zur Kenntnis nehmen. - Das ist mal das eine.

Jetzt mal das andere: Der Deutsche Bundestag ist so wie eine Medaille. Er hat die eine Seite und die andere. Und ich schätze sehr beide Seiten, und die gehören auch zusammen. In keiner Phase, die ich bewusst miterlebt habe, wurden dem Bundesamt für Verfassungsschutz vom Deutschen Bundestag durch Gesetze, durch Geld- und Sachmittel derartige Unterstützungen gewährt wie in den letzten Jahren, insbesondere wie in den letzten drei Jahren. Und da bin ich Ihnen außerordentlich dankbar, auch wenn das nicht immer alle Beteiligten des Deutschen Bundestages mitgetragen haben, aber jedenfalls die Mehrheit. - Das ist nämlich die eine Seite der Medaille. Und das ist mir wichtig, das mal klar auszusprechen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die andere Seite ist Ihr Kontrollauftrag. Den nehmen Sie wahr, und da sind Sie als Souverän völlig frei, wie Sie das machen. Dass das für uns eine Arbeitsbelastung ist, ist völlig klar; denn wir kriegen ja nicht neue Kräfte reingeschoben, die das machen, sondern das müssen wir de facto aus dem Bestand heraus leisten. Das ist eine Belastung, die wir aber hinkriegen. Ich als Abteilungsleiter habe die Aufgabe, ständig - ständig! - mit meinen 120 Mitarbeitern so zu operieren, dass ich meine Aufgaben auch dann ordnungsgemäß wahrnehme, wenn ich Aufgabenspitzen abzuarbeiten habe, die im allgemeinen Personalschlüssel nicht einkalkuliert sind. Das darf man auch nicht ehrlicherweise erwarten. Und von Herrn Dr. Maaßen und allen anderen Präsidenten der Geschäftsbereichsbehörden erwarte ich genau das. Und genau das hat Herr Dr. Maaßen bis heute in einer hervorragenden Art und Weise auch getan. Es ist ihm gelungen, die enormen personellen Belastungen, die Untersuchungsausschussarbeit bringt, zu erfüllen und gleichzeitig die Aufgabengewährleistung seiner Behörde sicherzustellen. Das ist eine enorme Leistung, vor der habe ich viel Respekt.

Der letzte Punkt: Ich hoffe, dass unsere Arbeit so gut ist, dass wir von einem schweren Terroranschlag verschont bleiben. Ich finde es schon seltsam, das argumentativ anzuziehen. Sollte ein Anschlag geschehen, wird zwangsläufig die Frage auftauchen: War er zu verhindern? Der Frage müssen wir uns dann stellen. Sie werden mich fragen. Können Sie auch, ist in Ordnung. Sie werden von mir dann einiges hören, was Vorhersehbarkeiten angeht, Wahrnehmung von Indizien, dem akribischen Nachvollziehen von sichtbaren Spuren, die vorher winzig klein sind, im Ausschuss aber dann riesig groß unter der Lupe usw. Eins werden Sie nicht hören - eins werden Sie nicht hören -: dass ich oder irgendjemand meiner unterstellten Beamten wegen Personalengpass nicht in der Lage war, einen werthaltigen Hinweis konsequent auszufolgern. Das sage ich Ihnen mal zu.

Christian Flisek (SPD): Das ist eine sehr gute Aussage, Herr Kaller, und darauf vertrauen wir auch. Und deswegen hat uns die Aussage des

Präsidenten des Bundesamtes hier in diesem Ausschuss auch sehr irritiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt wechseln dann.

Christian Flisek (SPD): Machen wir dann in der nächsten Runde weiter. Erst mal herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, danke schön. - Wir kommen jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Kaller! - Ich wollte vielleicht an einen Punkt der Fragen von eben noch mal anknüpfen bezüglich Snowden, weil ich das nicht verstanden habe, und vielleicht haben Sie das mal in der Behörde diskutiert. Es ist ja tatsächlich ein Problem, dass ein US-Geheimdienstmitarbeiter da jahrelang jetzt in Moskau sitzen muss. Also, wir haben ja ein großes Interesse daran gehabt, ihn nach Deutschland zu holen. Warum eigentlich die Bundesregierung nicht? Also, ich habe auch nie gehört, dass das BMI irgendwie mal aktiv geworden ist, ihn da aus den Fängen des FSB zu befreien und hier anzubieten: Nach Deutschland kannst du kommen. - Also das BMJ prüft, glaube ich, bis heute. Ist das nicht, also unter Gesichtspunkten der Spionageabwehr, einfach sträflich?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Nein, ist es nicht, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Stefan Kaller: - aus folgendem Grund: Der Mann ist derart schnell und intensiv abgeschöpft worden - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Nein, das ist aber eine nachrichtendienstliche plausible Annahme.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber Sie haben keine Erkenntnisse darüber; Sie sagen das. Also, es wäre zu spät gewesen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, natürlich, ich bin ja nicht im Hotelzimmer dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Es gibt einen Film. Haben Sie den - - Na ja, gut, egal. Also, auf jeden Fall, ich habe das - -

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe viele Filme gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Film, der spielt in diesem Hotelzimmer - noch nicht in Moskau. Ist interessant. Kann man ja vielleicht mal einen Filmabend im BMI machen. - Ich wollte aber zu ganz anderen Dingen fragen, Herr Kaller, weil ich das so verstehe, dass Sie seit 2000 im BMI da erst in diesem Referat P 1 waren und seit 2003 im Grunde mit Spionageabwehr befasst sind. Und da wollte ich Sie jetzt mal vorweg fragen: Haben Sie mal was von Echelon gehört?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, gehört, gelesen, aber keine eigene dienstliche Befassung gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das war kein Thema in der Spionageabteilung des Bundesinnenministeriums.

Zeuge Stefan Kaller: Also, für Stefan Kaller als Referatsleiter nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Haben Sie etwas mitbekommen von dem Umstand, dass sich die amerikanischen Dienste für den Glasfaserknotenpunkt in Frankfurt interessiert haben?

Zeuge Stefan Kaller: Mhm. Ja, das war doch Teil der Snowden-Enthüllungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber ich meine, vorher. Also, es hat ja - das haben Sie ja vielleicht - -

Zeuge Stefan Kaller: Ach so. Ja, in der alten Zeit, meinen Sie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, eben seit 2003, das war nämlich - - Da haben Sie gerade angefangen, und da fing das an, nach der Aktenlage, die wir haben, Thema zu werden.

Zeuge Stefan Kaller: Alles klar, jetzt verstehe ich Sie. Also, eins der ersten Themen, mit denen ich 2003 in Kontakt kam, war in der Tat das Thema Berlin-Mitte. Allerdings hat das nach meiner Erinnerung - ich habe jetzt die alten Vorgänge nicht wieder ausgegraben vor diesem Ausschuss - nichts mit Glasfaser zu tun, sondern mit den Antennenaufbauten auf den Botschaften.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Stefan Kaller: Das war in der Tat ein Thema.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Berlin-Mitte war ein Thema; -

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber die Frage Glasfaserknotenpunkt Frankfurt war kein Thema.

Zeuge Stefan Kaller: Also, gab es den schon 2003?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Aber eben noch nicht im heutigen Zustand; -

Zeuge Stefan Kaller: Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber es war schon damals ein sehr interessanter Knotenpunkt, und es scheint so zu sein,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Five Eyes eben nicht alles in Bude abgreifen können und dass Deutschland eben für sich genommen ein interessanter Punkt ist, und da wollte man ran.

Zeuge Stefan Kaller: Klar, ... (akustisch unverständlich).

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt interessiert mich, ob das BMI und die Spionageabteilung - - ob das ein Thema war vor Snowden, dass andere Dienste Interesse hatten, in Deutschland auf die Glasfaser zu kommen.

Zeuge Stefan Kaller: Ich kann mich nicht erinnern, dass das jemals ein Thema war, weder in meiner Zeit als Referatsleiter noch dann später als Unterabteilungsleiter. Es war immer ein Thema Antennen und sozusagen Auffangen der Funkstrahlen, ja, sage ich mal, nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und die Operationen „Eikonal“ und „Glo“, die ja auch so in den Jahren 2003 ff., „Eikonal“ vielleicht noch unter dem Begriff „Granat“ irgendwie - - Haben Sie von denen mal was gehört?

Zeuge Stefan Kaller: Also, die Stichworte sagen mir nichts; aber vielleicht helfen Sie mir, indem Sie mir inhaltlich mal einen Tipp geben, was sich hinter dem Stichwort verborgen hat. Vielleicht bin ich dann schlauer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesen Operationen ist man in Deutschland auf die Glasfaser gegangen in Kooperation mit ausländischen Nachrichtendiensten der Five Eyes.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, „man“. War vielleicht der BND - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, den kenne ich ja nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Und das ist doch eine interessante Frage jetzt auch für die Spionageabwehr. Offensichtlich hat eine deutsche Behörde in einem spionageabwehremegarelevanten Bereich ausländischen Nachrichtendiensten Zugriff auf deutsche Netze gegeben, auf Netze in Deutschland. Und jetzt habe ich ja erfahren, Sie haben sich mit dem SAW-Bericht und solchen Sachen beschäftigt. Haben Sie sich mal damit auseinandergesetzt, was das eigentlich rechtlich bedeutet, dass hier Milliarden von Daten über Jahre in Deutschland abgegriffen wurden vom Auslandsnachrichtendienst? Also, hat man sich das vorstellen können? Haben Sie da mal ein problemorientiertes Gespräch mit dem Bundesnachrichtendienst gesucht die letzten Monate?

Zeuge Stefan Kaller: Also, Herr Abgeordneter, Sie sind ja auch Jurist, nicht? Wenn man mit „offensichtlich“ kommt, hat man Begründungsmangel. Und so war es ja gerade bei Ihnen: „Offensichtlich hat ...“ Also, für mich hat gar nichts. Für mich hat der BND weder dieses getan noch jenes. Ich kenne den BND nicht; ich weiß nicht, was er gemacht hat und was er getan hat. Und solange das der Fall ist, habe ich überhaupt keinen Anlass, das zu tun.

Zweitens. Sollte - sollte! - eine deutsche Behörde, so wie Sie das ganz offensichtlich wissen, so gehandelt haben, ist es kein fremder Nachrichtendienst, der Spionageabwehr auslöst, sondern ein einheimischer Nachrichtendienst, der irgendetwas macht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist halt die interessante Frage, Herr Kaller.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was ich Ihnen erzähle, kann Ihnen ja nicht völlig neu sein; denn es steht seit Jahren in der Presse. Übrigens auch schon bevor dieser Untersuchungsausschuss gearbeitet hat, hat doch irgendjemand von Regierungsseite durchgestochen, dass es eine Operation - ja, so was gibt es - wie „Eikonal“ gegeben hat. Und da denke ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

mir, für eine sorgfältige Abteilung Spionageabwehr im Bundesinnenministerium, zuständig für diesen Bereich - bisher hat man nur über Antennen in Berlin-Mitte geredet -, müssen doch alle Sicherungen durchgeknallt sein: Um Gottes Willen, die waren in Deutschland mit einem ausländischen Nachrichtendienst, mit nicht zertifizierten Hard- und Softwareelementen auf der Glasfaser und haben milliardenfach Daten ausgeleitet.

Zeuge Stefan Kaller: Also, diese Information, über die Sie so gefestigt verfügen, kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unfassbar.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Es gab vielleicht Presseberichterstattung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben - -

Zeuge Stefan Kaller: Nach all dem, an was ich mich erinnern kann - nach all dem, an was ich mich erinnern kann -, gab es keinen Vorgang, der mir zur Kenntnis gelangt ist, der diesen Inhalt hat, den Sie gerade aussprechen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich Ihnen gerne eine Akte vorhalten; die ist Geheim eingestuft. Aber da geht es in einer Information innerhalb des BMI um die Bedrohung durch ausländische Nachrichtendienste insbesondere im Bereich von IT- und TK-Firmen. Und vielleicht können Sie ja einmal sagen, ob Ihnen das schon mal begegnet ist und ob Sie dann das anders darstellen würden, als wie Sie es eben gesagt haben. Und ansonsten würde ich beantragen, dass wir zu „Eikon“ und „Glo“ dem Bundesinnenministerium, der zuständigen Abteilung für Spionageabwehr, mehrere Hundert Ordner Akten übermitteln, damit man sich um das Problem mal kümmern kann.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert und liest darin)

Zeuge Stefan Kaller: So, Sie meinen hier g, ja?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie scheinen das Dokument zu kennen. Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Moment. Ich muss mal gucken. Ich muss erst mal gucken, ob ich da auch - -

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja, ja, wir haben Zeit. Gucken Sie es sich erst mal in Ruhe an, stehen ja mehrere Themen und mehrere Dinge - - Kennen Sie den E-Mail-Schreiber?

Zeuge Stefan Kaller: Sie meinen den Verfasser?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Klar, das war ein Nachbarreferat in der anderen Abteilung. So viel kann ich ja hier sagen, nicht?

(Nina Warken (CDU/CSU):
Konstantin, könntest du
mal die Fundstelle - -)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es steht auch bei Tagebuchnummer 25/14, MAT A BMI-7/1.

Zeuge Stefan Kaller: Aber das ist kompliziert formuliert, da brauche ich ein bisschen. Ich bitte um Nachsicht. Also g, nicht? Den Absatz meinen Sie?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Stefan Kaller: IT- und TK-Firmen, so viel - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht auch um h.

(Der Zeuge blättert und
liest weiter in den ihm zu-
vor vorgelegten Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es geht um die Gefahrenlage unter Spionageabwehr Gesichtspunkten.

Zeuge Stefan Kaller: Gut, also, ich kann das - - Also, da bin ich jedenfalls nicht bereit, mich mit Ihnen hier inhaltlich über diesen Text auseinanderzusetzen. Ich stelle fest, der wurde - - Da steht „Erbitte Kenntnisgabe an Referatsleiter IS II“; das war ich. Ich gehe davon aus, dass ich Kenntnisnahme hatte. Ich kann mich nicht erinnern; aber wenn das so verfügt ist, erfolgt das auch, auch wenn ich das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich auch. Und ich habe hier auch eine Abzeichnung, die ist, glaube ich, bei Ihnen nicht da ist. Das - -

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nein, ich habe hier keine; aber ich glaube das. Also, das ist so. Der Inhalt dieses Vermerkes wird mir jetzt bei einer schnellen Sichtung - - den durchdringe ich nicht. Deswegen stelle ich mich da auch nicht einem Inhaltsgespräch. Ich sehe aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können gar nicht über den Inhalt reden, weil der Geheim ist.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, eben, dürfen wir auch nicht, nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Stefan Kaller: Genau, okay. Ah, das erleichtert die Sache für den Moment. Allerdings schlägt hier der Verfasser vor - das kann ich doch vorlesen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie können da gar nichts vorlesen.

Zeuge Stefan Kaller: Also gut, dann unter Ziffer 2 wird ein Verfahrensvorschlag gemacht, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: - und zwar in der Federführung der Abteilung, von der dieser Vermerk stammt, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: - die ja nicht meine Abteilung ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Stefan Kaller: Ob und inwieweit eine solche Vorlage dann erstellt worden ist, kann ich Ihnen aus der Erinnerung heraus nicht beantworten. Da wissen Sie vielleicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es nur, Herr Kaller - - Ja, das verstehe ich.

Zeuge Stefan Kaller: Das Thema, was hier - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt eines von vielen Hundert Dokumenten, die Sie wahrscheinlich in dem Jahr abgezeichnet oder gesehen haben sollen oder wie auch immer. Mir geht es darum: Wir spüren der Frage nach: Waren die von Edward Snowden zur Kenntnis gebrachten Informationen der Spionageabwehr Deutschlands tatsächlich gänzlich unbekannt? Und wenn ich das lese, halte ich das für eine abwegige These.

Zeuge Stefan Kaller: Aber wer hat die These denn erhoben?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So habe ich Sie verstanden. Sie haben gesagt: Wir haben nicht über Abgriffe auf Glasfaser und IT- -

Zeuge Stefan Kaller: Ach! Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Entschuldigung, dann können Sie es ja korrigieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Ja, gut, dass Sie es mir sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Nein, mir ging es doch - - Also, wenn ich das - - Ich weiß jetzt nicht, was ich gerade gesagt habe. Mir ging es einfach um die Kenntnis um die enorme technische Fähigkeit der NSA, über bestimmte technische Ausleitungen, zum Beispiel von Überseekabeln oder auch von Datenleitungen in den Vereinigten Staaten oder auch vielleicht durch - - in der Luft, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: - überhaupt in der Lage zu sein, eine so umfassende, also quantitativ so umfassende Menge von Metadaten zu sichern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So steht es hier drin. In einem Papier von -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann jetzt so zum Schluss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - 2005, 15.09.2005 - das darf ich hoffentlich sagen -, das Ihnen zur Kenntnis gegeben wurde -,

Zeuge Stefan Kaller: Nein, also - - Nein, also das steht da nicht. Also, ich überfliege jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und nicht Sommer 2013, „Edward Snowden, schöne Grüße“, sondern das war eine Gefahrenbeschreibung, genau hier, Punkt h: „Was gibt es für technische Möglichkeiten?“, und das steht da exakt so drin. Und deswegen verstehe ich nicht - -

Zeuge Stefan Kaller: Lese ich ganz anders. Lese ich anders, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen wir das nachher in geheimer Sitzung noch mal genau besprechen.

Zeuge Stefan Kaller: Guter Vorschlag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist eindeutig in der Sprache.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es jetzt weiter bei der CDU/CSU. Frau Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Es tut mir leid, es geht jetzt etwas durcheinander. Ich würde noch mal das Thema wechseln hin zur Sonderauswertung und zu den aufzuklärenden Vorwürfen. Herr Kaller, dem Ausschuss liegt ein Schreiben des BfV-Präsidenten vom 28.10.13 vor, das an diesem Tag auch der US-Botschaft in Berlin, also dem Vertreter des JIS, übergeben wurde. Das Schreiben trägt den Betreff „Anfrage zu nachrichtendienstlichen Sachverhalten“, wurde offensichtlich von SAW TAD erstellt oder vorbereitet. Und in dem Schreiben bittet Herr Dr. Maaßen um Übersendung einer Übersicht aller in Deutschland tätigen Angehörigen von US-Nachrichtendiensten sowie um Prüfung einer Reihe von Firmen, die gemäß bilateraler Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind. Weiter bittet er um Informationen bezüglich des sogenannten Special Collection Service. Ich kann Ihnen das Schreiben auch gerne vorlegen lassen, wenn Sie möchten. Das Schreiben klingt für mich ein wenig so, als habe das BfV bis zu diesem Zeitpunkt keine Kenntnis oder näheren Informationen zu den sogenannten Contractors, also zu den Firmen, die gemäß bilateraler Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind, sowie auch zum Special Collection Service gehabt. Welche Kenntnisse waren denn bei Ihnen im BMI vorhanden zu den Fragen?

Zeuge Stefan Kaller: Als - - Da muss ich mich jetzt auf eine Erinnerung berufen, die ich in Zusammenhang mit DOCPER habe, die ist jetzt nicht ganz scharf. Ich erinnere mich dunkel daran, dass unser Völkerrechtsreferat schon beteiligt war in der Frage der Statusprüfung von diesen Contractors. Ich weiß aber nicht, in welchem Zusammenhang das der Fall war. Ich erinnere mich nur, dass ich - - Ich meine, ich hätte das mal irgendwo gelesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Zum Verständnis: Das war aber, bevor man das Verfahren umgestellt hatte, auch schon.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, genau. Ich meine ja, dass das vorher war, nicht? Aus Sicht der Spionageabwehr kann ich mich nicht daran erinnern, mit DOCPER befasst gewesen zu sein - bis dann die Verfahrensumstellung dann in der Tat kam, nicht?

Nina Warken (CDU/CSU): Und hatten Sie auch schon mal was vom angeblichen Special Collection Service gehört?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Der BfV-Präsident hat in dem Schreiben, das wohl unmittelbar auf die Berichterstattung vom Vortag in der *Süddeutschen Zeitung* und *Spiegel* dann erstellt wurde, auch vorgeschlagen, dass man Begehungstermine für die US-Botschaft in Berlin und das Generalkonsulat in Frankfurt vereinbart. Wir haben erfahren, dass es zumindest keine schriftliche Antwort der Amerikaner auf diese Bitte hin, solche Begehungstermine zu vereinbaren, gab. Man hat dann von der US-Seite wohl nur eine Auflistung bekommen mit 50 in Deutschland aktiven ND-Mitarbeitern der USA, die man aber wohl zum Großteil schon kannte. Sind Ihnen denn weitere Reaktionen oder Antworten auf das Schreiben bekannt? Haben Sie persönlich oder Mitarbeiter aus dem BMI mal mündlich oder schriftlich nachgefasst?

Zeuge Stefan Kaller: Also, mir ist erinnerlich, dass der Präsident des Bundesamtes in der Tat eine solche Anfrage an die US-Botschaft gerichtet hat. Ob es ein Antwortverhalten gab, überhaupt ein Antwortverhalten gab und wie es ausgesehen hat, weiß ich nicht. Aber ich glaube, es ist so, wie Sie sagen, Frau Abgeordnete. Im Ergebnis gab es da keine Zutrittserlaubnis.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben auch nicht mehr nachgefasst, und da ist Ihnen auch nichts bekannt?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, ich habe gar nichts.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie das Schreiben denn vorher gebilligt oder erst danach zur Kenntnis bekommen?

Zeuge Stefan Kaller: Weiß ich nicht. Das weiß ich einfach nicht mehr. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ob das Vorgehen mit Ihnen abgestimmt war oder mit der Hausleitung vor allem.

Zeuge Stefan Kaller: Das weiß ich nicht, das weiß ich nicht. Aber eine Sache war klar: dass nach Snowden, immer nach Snowden, in Bezug auf die USA Fragenkataloge entwickelt und Fragen gestellt werden, ja, und die haben auch etwas zu tun mit dem Personenbestand und auch mit räumlichen Gegebenheiten; denn wir hatten ja ein Interesse daran, zu erfahren, was hat es mit den Dachaufbauten auf sich, nicht? Und ein Weg, so etwas vielleicht aufzuklären, besteht darin, die Botschaft mal zu betreten. Ich halte es für nachvollziehbar, dass eine ausländische Botschaft sagt: Vielen Dank, auf Besuche von Sicherheitsbehörden legen wir nun gerade nicht den größten Wert. - Ja, das ist so.

Nina Warken (CDU/CSU): Bei dem erwähnten Special Collection Service handelt es sich ja laut Presseberichten, die sich wiederum auf Snowden-Dokumente und auf Unterlagen, die von WikiLeaks veröffentlicht wurden, stützen, um eine Art Spezialeinheit, in der angeblich NSA und CIA zusammenarbeiten. Es soll angeblich weltweit 80 solcher Horchposten in Botschaftsgebäuden und Konsulaten geben. Und es wird eben behauptet, dass der Special Collection Service auch aus der US-Botschaft in Berlin heraus agiere und insbesondere die Kommunikation im Regierungsviertel überwache. Konnte diese Presseberichterstattung denn verifiziert werden?

Zeuge Stefan Kaller: Meines Wissens nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Erscheint Ihnen das plausibel?

Zeuge Stefan Kaller: Da würde ich mal ganz vorsichtig sagen, das hängt sicherlich davon ab, in



Nur zur dienstlichen Verwendung

welchem Land sich eine US-Botschaft genau befindet.

Nina Warken (CDU/CSU): Es gab ja schon lange vor dem Jahr 2013 Warnungen von BfV und BMI vor dem Risiko eines Abhörens aus den Botschaftsgebäuden im Berliner Regierungsviertel. Das hatten Sie, meine ich, vorhin auch erwähnt. Und es wurden ja um die Jahrtausendwende auch schon erste Gefährdungsanalysen für Berlin-Mitte erstellt. Ich habe die Warnungen allerdings immer so verstanden, dass sie sich auf eine mögliche Überwachung des Mobilfunkverkehrs beziehen. Oder gibt es auch Grund zur Annahme, dass aus den Botschaftsgebäuden in Berlin oder aus dem Konsulat in Frankfurt auch die leitungsgebundene Kommunikation abgeschöpft und überwacht wird?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, dafür gibt es keine Hinweise. Das ist natürlich eine theoretische Möglichkeit. Wenn ein Telekommunikationskabel unter einer Botschaft laufen sollte, dann wäre es natürlich rein theoretisch möglich, dass sich die Botschaftsbewohner nach unten an das Kabel herangraben und dann möglicherweise eine technische Möglichkeit besteht, Informationen abzufassen. Aber das scheint mir eher eine sehr theoretische Annahme zu sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Sind Sie dem Verdacht dann auch mal konkret nachgegangen? Der Vorwurf wird ja auch unter anderem hier im Ausschuss immer wieder geäußert.

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich würde jetzt gerne mal auf das Thema XKeyscore zu sprechen kommen. Herr Dr. Maaßen hat in seiner Vernehmung vor dem Ausschuss noch mal dargestellt, dass XKeyscore dem BfV allein zur Verbesserung der dortigen Analysefähigkeiten dienen soll, und das BfV habe sich auch, anders als es immer in der Presse dargestellt wird, keinesfalls dazu verpflichtet, Daten massenhaft an die NSA weiterzuleiten. Übermittlung erfolge nur im Einzelfall; was auch die anderen Zeugen des BfV so versichert haben hier im Ausschuss. Haben Sie denn als für die Fachaufsicht über das BfV zuständiger

Abteilungsleiter im BMI andere Erkenntnisse zur Nutzung von XKeyscore?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, dazu habe ich keine andere Erkenntnis. XKeyscore ist kein Instrument zur Erfassung von Daten, sondern es dient ausschließlich der Auswertung bereits rechtmäßig erhobener Daten. Es kann also dazu führen, dass bestimmte - ich habe mir das von Technikern erklären lassen, ich bin keiner - Internet- oder Messengerprotokolle - das scheint mir eine spezielle technische Sprache zu sein für bestimmte Kommunikationsübertragungen - von diesem Programm schnell aufgelöst werden können, sodass eine weitere Analyse dieser Daten möglich ist. Außerdem kann XKeyscore bestimmte Fragen, Verknüpfungsfragen an vorhandene Daten richten, die das Bundesamt im konventionellen Weg so nicht an Datenmengen richten kann. Also, ein Analyse- und Auswertetool, aber keineswegs ein Erfassungstool. Und eine irgendwie geartete Abrede, es gäbe dafür im Gegenzug irgendwelche Daten, die existiert schlicht und einfach nicht. Davon haben sich meine Mitarbeiter auch überzeugt, klar.

Nina Warken (CDU/CSU): Gibt es aus Ihrer Sicht dann Bedenken gegen den Einsatz von XKeyscore, so wie er jetzt im Testbetrieb oder dann auch eben später im Regelbetrieb erfolgen soll?

Zeuge Stefan Kaller: Also, XKeyscore ist seit - was haben wir heute? 07.07. - einer Woche im Wirkbetrieb. Auch mir war bewusst, dass die Testphase lang war. Das können wir auch besser machen, schneller. Jetzt ist es im Wirkbetrieb, und es läuft.

Nina Warken (CDU/CSU): Ist ja für uns schon mal eine interessante Information. Vielen Dank. - Zur Frage, wann die Bundesregierung erfahren habe, dass das BfV XKeyscore erhalten habe, heißt das in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion Mitte August 2013:

Mit Schreiben vom 16. April 2013 hat das BfV darüber berichtet, dass die NSA sich grundsätzlich bereit erklärt hat, die Software zur



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfügung zu stellen. Über erste Sondierungen wurde BMI Anfang 2012 informiert. Über den Erhalt von „XKeyscore“ hat das BfV am 22. Juli 2013 berichtet.

Waren Sie denn von Anfang an persönlich, also seit Anfang 2012, informiert, bzw. wie ist denn die Information des BMI Anfang 2012 erfolgt, schriftlich oder bei Besprechungen oder auf andere Weise?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, kann ich Ihnen nicht sagen, kann ich Ihnen nicht sagen. Meine erste bewusste Kontaktaufnahme mit dem Thema XKeyscore war im Sommer 2013, also ein paar Wochen nach Snowden, weil dann der Name dieses Programmes in den Snowden-Veröffentlichungen auftauchte und jemand aus meiner Abteilung mich und Herrn Staatssekretär Fritsche darauf hinwies, dass ein gleichnamiges Programm auch im Test des Bundesamtes sei. Ich will nicht ausschließen, dass ich vielleicht auch vorher schon im Hoch- oder Runterlauf, sagen wir mal, abgezeichnet habe, dass es so etwas gibt. Aber bewusst erreicht hat es mich erst in dem Moment. Das mag, Frau Abgeordnete, vielleicht auf Sie ungewöhnlich wirken, weil dieses Programm dann ja eine enorme Aufmerksamkeit bekommen hat, die ihm gar nicht zusteht; aber der Hype war da. Es ist einfach so.

Ich erwarte sowohl vom Bundeskriminalamt als auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz, dass es sich fortlaufend aktiv nach allen verfügbaren technischen Tools informiert, die es auf dem Markt gibt. Das sind vor allen Dingen Partnerbehörden, das ist auch der private Markt. Das betrifft Fahrzeuge und Kriminaltechnik, das betrifft aber auch Softwaretools und Falllösungskomponenten. Das ist eine pure Selbstverständlichkeit, eine pure Selbstverständlichkeit! Und ich erwarte - und das erfüllen die Behörden auch -, dass sie das scouten und machen und beschaffen. Und in keinem Fall muss eine solche Beschaffung an das BMI gemeldet werden, geschweige denn an den Abteilungsleiter ÖS. Das ist schlicht und einfach nicht erforderlich. Das ist Alltagsroutine, das ist selbstverständliches Handwerk. Deswegen ist es mir als Abteilungsleiter im

Juli, aber eben im Zusammenhang mit Snowden, also mit der Namensgleichheit aus dem amerikanischen Programm, bekannt geworden.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie und Ihre Mitarbeiter dann in irgendeiner Weise Vorgaben für die testweise Erprobung der Software gemacht? Sie dann wahrscheinlich nicht, aber Ihre Mitarbeiter. Ist Ihnen da was bekannt?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, jetzt in der Rückschau, nachdem ich mich natürlich auch noch mal etwas um dieses Programm gekümmert habe, habe ich verstanden, dass verschiedene technische Testläufe nötig waren. Es handelt sich im Kern zunächst einmal um eine Frage der Verschlusssachensicherheit dieses Programmes, also: Ist es sicher gegen Zu-/Abflüsse? Das wird selbstverständlich erwartet vom technischen Sicherheitsreferat des BfV. Das sind komplexe Prüfungen, die teilweise auch mit anderen Fachbehörden durchgeführt werden. Das ist in der Tat geschehen in den letzten Jahren, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie die Terms of Reference, also die Vereinbarungen zur Nutzungsüberlassung, vorab gebilligt?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, die kenne ich gar nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Die kennen Sie gar nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Also, jedenfalls ich kann mich jetzt nicht dran erinnern. Also, wenn ich sie irgendwann mal gehabt habe, okay; aber ich kann mich nicht dran erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge Berzen, der schon hier war, sagte auf die Frage, wie sich denn die ersten Snowden-Enthüllungen im Jahr 2013 auf den Test von XKeyscore ausgewirkt hatten, dass der Testbetrieb daraufhin für 14 Tage ausgesetzt worden sei, und die Entscheidung, den Betrieb wieder aufzunehmen, sei dann unter Beteiligung der Amtsleitung und des damaligen Staatssekretärs im BMI Fritsche getroffen worden. Und Herr Dr. Maaßen hat uns das hier auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

bestätigt und erläutert, dass man sich eben aufgrund der Presseberichterstattung zunächst ein eigenes Bild vom Testbetrieb im BfV habe machen wollen. Und die Vorbereitungsunterlagen für Herrn Fritsche für seinen Besuch im BfV am 23.07.2013 gingen damals auf dem Dienstweg auch über Ihren Schreibtisch. Haben Sie auch an der Präsentation bzw. dem Briefing im BfV teilgenommen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, habe ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie nicht. - Was war denn aus Ihrer Sicht der Anlass, den Testbetrieb zunächst auszusetzen? Auf wessen Veranlassung geschah das?

Zeuge Stefan Kaller: Kann ich nur spekulieren. Pure Spek- - Wollen Sie Spekulationen hören, oder soll ich lieber sagen, ich weiß es nicht?

Nina Warken (CDU/CSU): Sie können sagen, Sie wissen es nicht. Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich weiß es nicht. Ich kann es mir nur so erklären, dass Herr Fritsche wegen des erheblichen Presseechos und der tatsächlichen - - dieser Namensgleichheit und gleichzeitig der Ungewissheit: „Was ist eigentlich das XKeyscore-Programm, das die NSA angeblich hat, und was hat das mit unserem zu tun - - dass er der Sache auf den Grund gehen wollte und musste und gesagt hat: Jetzt setzen wir das erst mal aus. - Ja, das hätte ich auch so getan.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatte ich ja gerade schon erwähnt, dass es diese Vorbereitungsunterlagen gab, die auch über Ihren Schreibtisch gegangen sind. Ich weiß nicht, würden Sie die gerne sehen? Dann können wir die Ihnen auch vorlegen lassen. Ich wollte - -

Zeuge Stefan Kaller: Das kommt jetzt erst mal darauf an, was Sie daraus vielleicht an mich herantragen möchten.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte nur wissen, welchen Eindruck Sie denn hatten anhand dieser Unterlagen zur Sicherheit des Tests. Gab es da aus Ihrer Sicht Anlass für weitere Prüfungen?

Hatten Sie weiteren Informationsbedarf? Und hielten Sie dann auch die Entscheidung, den Testbetrieb wieder fortzusetzen, für richtig?

Zeuge Stefan Kaller: Habe ich das paraphrasiert?

Nina Warken (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Stefan Kaller: Habe ich das abgezeichnet, das Schriftstück?

Nina Warken (CDU/CSU): Das weiß ich jetzt gar nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Da würde ich nur mal einfach gucken.

Nina Warken (CDU/CSU): Auf unserem Exemplar jetzt nicht, aber - - Also, Sie können sich jetzt gar nicht erinnern, das gesehen haben.

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Stefan Kaller: Aber ich will das nicht bestreiten. Ich habe damals eine Menge gesehen, und wir haben uns ziemlich arbeitsteilig verhalten, Herr Fritsche und ich, wir hatten eine Menge Sachen zu organisieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, meine Frage war ja, ob Sie noch sich erinnern, welchen Eindruck Sie hatten bzw. ob aus Ihrer Sicht weitere Prüfungen notwendig waren. Wenn Sie jetzt sagen, Sie können sich jetzt auch gar nicht an das Dokument im Moment erinnern, dann erübrigt sich das ja.

Zeuge Stefan Kaller: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich möchte noch mal zurückkommen auf den Vorwurf, der immer wieder in der Presse erhoben wird auch, dass es eine Art unsauberer Deal mit der NSA gegeben hat. *Zeit Online* hat behauptet Ende August 2015, die sogenannten Terms of Reference im Volltext zu veröffentlichen. Ich will jetzt gar nicht, dass Sie bestätigen, ob es tatsächlich die Terms of Reference sind, die da die *Zeit* veröffentlicht hat oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht. Die Vereinbarung ist ja nach wie vor eingestuft. Aber mir geht es um was anderes. Der Hauptvorwurf der Berichterstattung ist ja, dass sich das BfV verpflichtet habe - ich zitiere -

die mithilfe von XKeyscore gewonnenen Informationen so weit wie irgend möglich mit der NSA zu teilen. Das war der Deal: Daten gegen Software.

Was kann man denn - - Oder was kann denn die Formulierung aus Ihrer Sicht „so weit wie irgend möglich“ tatsächlich bedeuten?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, okay, ich versuche es mal. Also, ich kenne diese Terms nicht, ich kann jetzt auch nicht die Belastbarkeit dieser Passage bestätigen; aber ich tue mal so, als wäre das so, nicht? Wir teilen alle Informationen, die wir über islamistische Gefährder haben, so weit als möglich mit den Amerikanern, und nicht nur mit denen: Wir teilen sie mit unseren europäischen Partnern, wir teilen sie mit Europol. Und wehe, wir täten es nicht! Wehe, wir täten es nicht! Dazu brauche ich keinen Deal; das mache ich auch ohne so einen Deal. Und da brauche ich auch keine Leistung, das mache ich auch so; denn das wirkliche, das wirkliche Austauschgeschäft besteht darin, dass uns die Amerikaner hoffentlich weiterhin werthaltige Informationen geben - hoffentlich! - und wir das aber auch tun, wenn wir werthaltige Informationen haben, und die in der Tat engen, aber praktikablen gesetzlichen Übermittlungsvoraussetzungen vorliegen. That's the deal, mit oder ohne Terms of Reference, nicht? Und das ist der Rahmen, der strikt eingehalten wird, den wir aber auch ausschöpfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann würde „so weit ... möglich“ heißen „nicht so weit irgendwie technisch möglich“, sondern „so weit ... möglich“ würde dann bedeuten „so weit rechtlich möglich“.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, klar. Alle, ausnahmslos alle Informationsaustauschhandlungen oder -verabredungen oder MoUs oder, oder, oder, oder ste-

hen immer unter dem Vorbehalt unseres nationalen Rechts, ausnahmslos - ob es drinsteht oder nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, nachdem wir jetzt gleich auch sowieso unterbrechen müssen, würde ich es jetzt mal - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Müssen wir nicht, ist verschoben.

Nina Warken (CDU/CSU): Müssen wir nicht? Ah, okay, gut. Dann nutze ich die Zeit noch weiter. - Es kam vorhin ja schon die Frage nach den Übermittlungen von Daten durch deutsche Dienste zur Terrorismusbekämpfung an US-Dienste und die Nutzung für sogenannte Targeted Killings. Sind denn Datenübermittlungen durch das BfV an Nachrichtendienste der Five Eyes aus Ihrer Sicht ursächlich für gezielte Tötungen durch US-Drohnenangriffe?

Zeuge Stefan Kaller: Eindeutige Antwort: Nein. Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie das näher begründen?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das kann ich tun. Es gibt bis heute, für mich jedenfalls, keinen Hinweis darauf, dass eine Kampfdrohne, die einen Terroristen getötet hat, erstens direkt auf diesen gezielt war. Ich weiß nicht, ob die Personen, die gestorben sind, unmittelbar im Zielflug waren oder ob sie möglicherweise bei einer Person standen, die Zielobjekt war. Ich weiß es nicht.

Zweitens. Nach meiner festen Überzeugung sind die übermittelten Daten nicht geeignet, zielgenau eine Person zu lokalisieren. Es werden keine GPS-Daten übergeben, es werden allgemeine Personendatenkränze und Handynummern übergeben. Die sind nicht geeignet, eine Drohne an das Ziel heranzuführen. Dafür streitet auch eine Plausibilitätserwägung. Ich kann mir vorstellen - ich weiß das alles nicht -, dass der Einsatz einer Drohne ein recht kompliziertes, teures und natürlich auch moralisch durchaus schwerwiegendes Vorhaben ist. Ich kann mir einfach nicht vorstel-



Nur zur dienstlichen Verwendung

len, dass die Amerikaner allein aufgrund der Ortung eines Handys, wie immer sie es orten, dann ein solches Manöver starten, sondern selbst wenn irgendwo eine Person wäre, die irgendein Handy hätte: Es müssten und es werden, ohne dass ich es kenne, weitere Schritte zur exakten Identifizierung dieser Person erfolgen. Deswegen ist es für mich denklogisch und auch von der Praxis her ausgeschlossen, dass ein deutsches Datum georeferenziell zielgenau eine Drohne ins Ziel geführt hat.

Des Weiteren - das ist Ihnen ja nicht unbekannt - gibt es den Disclaimer, also eine Verwendungsbeschränkung für solche Daten. Disclaimer sind üblich im nachrichtendienstlichen Geschäft. Hier gibt es sie auch. Ich habe keinen Grund zur Annahme - und den müsste ich schon haben; Misstrauen alleine reicht mir nicht -, dass die Amerikaner sich über den Disclaimer hinwegsetzen würden.

So. Aus alldem folgt für mich: Es gibt keinen Nachweis - es gibt keinen Nachweis! - eines unmittelbaren Kausalverlaufs eines gelieferten deutschen Datums für einen gezielten tödlichen Angriff auf einen Kämpfer im Kampfgebiet.

Nina Warken (CDU/CSU): Nun stehen die Vorwürfe oder standen ja immer mal wieder im Raum, auch in der Presse. Hat man dann im BfV Ihrer Kenntnis nach die Befürchtung gehabt, man könnte durch die Weitergabe von Handynummern oder anderen Daten dazu beitragen, dass Menschen, möglicherweise auch Deutsche, durch solche Targeted Killings ums Leben kommen? Und haben Sie da in irgendeiner Weise seitens des BMI darauf reagiert, auf diese Bedenken?

Zeuge Stefan Kaller: Also, welche inneren Erwägungen im Einzelnen dazu führten, dass Herr Dr. Romann diesen Erlass abgesetzt hat, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber geben Sie mir mal Gelegenheit für eine kleine Erklärung. Ich habe die Diskussion ja in der Presse verfolgt. Ich habe wirklich den Eindruck, dass es Leute gibt, die in der Vorstellungswelt leben, dass es für Menschen wie mich oder meine Mitarbeiter oder die Damen und Herren in den Sicherheitsbehörden in ir-

gendeiner Weise gleichgültig oder vielleicht sogar - ich mag es kaum aussprechen - befriedigend ist, zu hören, dass Menschen in den Kampfgebieten ums Leben kommen. Damit möchte ich mal hier ganz klar aufräumen. Es ist auch für mich, meine Kollegen und meine Mitarbeiter ein trauriges Ereignis, wenn wir von Todesfällen in den Kampfgebieten hören. Da ist aber auch nichts - nichts! - von Genugtuung oder auch nur Gleichgültigkeit. Das berührt uns täglich. Das ist der geistige Hintergrund, vor dem ich, meine Mitarbeiter und meine Kolleginnen und Kollegen in den Sicherheitsbehörden mit diesem Sachverhalt umgehen. Den nehmen wir sehr ernst. Wir können die Zustände in den Kampfgebieten nicht unmittelbar positiv beeinflussen, nicht das Bundesinnenministerium mit seiner Abteilung ÖS; aber wir haben eine Vorstellung davon, was dort passiert. Und wir nehmen es ernst, wir gehen damit sorgfältig um. Und nicht zuletzt diese innere Haltung mag - ich spekuliere, weil ich nicht dabei war; mag! - Anlass gewesen sein für diese Erlassverfassung oder die Diskussion darum.

Danke, Frau Abgeordnete, für diese Gelegenheit. Das war mir mal ein Bedürfnis, das mal klar zu sagen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Danke. - Dann geht es weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Kaller, ich habe noch mal eine Frage zu Ihrem beruflichen Hintergrund.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das übernimmt sonst immer gerne unser Ausschussvorsitzender zu Beginn, und wir haben das diesmal ausgelassen, müssten wir es vielleicht nachholen. Wir haben hier Angaben ab 2000 zu Ihnen. Waren Sie denn vorher auch in dem Bereich BMI, BfV, Ähnliches beschäftigt?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, trage ich gerne nach. Ich war nach meinem zweiten Staatsexamen zwei Jahre Rechtsanwalt in Köln und bin 1990 eingestellt worden im BMI und habe dort ungefähr zwei Jahre für den Zivil- und Katastrophenschutz



Nur zur dienstlichen Verwendung

gearbeitet und dann etwa sechs oder sieben Jahre im Bereich des Ausländerrechts.

Martina Renner (DIE LINKE): Des?

Zeuge Stefan Kaller: Ausländerrechts. Und bin dann - ich weiß es - - oder vielleicht bis 98 - - Ich war dann noch zwei Jahre Redenschreiber - damals war Otto Schily Innenminister - und bin dann, glaube ich, 2000 gewechselt in das Referat P 1. Also, das war mein erster fachlicher Kontakt mit Sicherheitsthemen im engeren Sinne.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und Sie hatten vormals auch keine Berührungspunkte zum BfV?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nein. Absolut nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich würde gerne mit Ihnen noch ein paar Fragen erörtern, die für uns auch noch wichtig sind. Und zwar ist bei uns ein bisschen Unklarheit entstanden zu einer Operation, die der Bundesnachrichtendienst mit der CIA durchgeführt hat, die Operation „Glo“, wie wir sie hier nennen sollen. Und da hat der ehemalige BND-Präsident, Herr Uhr-lau, gemutmaßt hier im Ausschuss, dass es sein könnte, dass bei dieser Operation der BND nur Beifahrer gewesen sei und eigentlich vielleicht das BfV damit noch was zu tun hätte.

Zeuge Stefan Kaller: Frau Renner, da müssen Sie mir helfen und sagen, was „Glo“ war.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage Ihnen, um was es geht. Genau, es ging um einen Datenab-griff unter Legende bei einem Telekommunikationsanbieter, MCI WorldCom, heute Verizon, in Hilden bei Düsseldorf, und da sind Daten ausgeleitet worden, und das war eine gemeinsame Operation. Und die CIA ist ja nun nicht der genuine Partner des Bundesnachrichtendienstes, sondern eher das BfV; vielleicht ist Herr Uhr-lau deswegen darauf gekommen. Oder ich weiß es nicht. Aber haben Sie von solchen Operationen mal was gehört, -

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - dass man irgend-wo außerhalb von G-10-Maßnahmen einen US-Anbieter abhört in Deutschland?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Unter anderem Namen vielleicht als Operation?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, also ist mir nicht erinnerlich; aber ich muss aus äußerster Vorsicht jetzt auf Sie reagieren, indem ich sage, ich kann mich nicht erinnern. Also, ich meine, ja, dann ziehen Sie irgendein - ich meine das jetzt gar nicht böse - Ding aus 2003, wo ich mal einen Haken gemacht habe, und da steht dann so ein Kürzel. Aber ich erinnere mich wirklich nicht dran, Frau Abgeordnete. Also, wann war das denn?

Martina Renner (DIE LINKE): Würde man im Rahmen einer G-10- - Mitte der 2000er-Jahre.

Zeuge Stefan Kaller: Wann?

Martina Renner (DIE LINKE): Mitte der 2000er-Jahre. - Würde man denn im Rahmen einer G-10-Maßnahme auch an einen US-Anbieter herangehen?

Zeuge Stefan Kaller: Im Rahmen einer G-10-Maßnahme an einen US-Anbieter. Also, theoretisch ja; nur, ein US-Anbieter mit Sitz außerhalb des Bundesgebietes, der würde vermutlich unsere G-10-Anordnung nicht umsetzen - ja? -, weil der sagt: Also, das interessiert mich nicht, was aus einem anderen Land für komische Anordnungen kommen. - Ein US-Anbieter aber, der im Bundesgebiet eine Niederlassung hat, ja, den erreichen wir selbstverständlich auch mit G-10-Anträgen. Ja. Aber das sind eben immer Individualmaßnahmen, und ich habe Sie jetzt eher so verstanden, dass es da vielleicht um andere Ausleitungen ging. Aber da will ich mich gar nicht hineinfantasieren; ich kenne das Ding eben nicht, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Das BfV hat außerhalb der G-10-Maßnahmen keine Möglichkeiten, rechtlich wie tatsächlich, Daten zu erheben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Das Bundesamt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine jetzt aus Telekommunikationsverkehren natürlich. Also, ich meine aus - nicht? - - Also, ich meine jetzt nicht Zeitunglesen, ja? Also klar.

Zeuge Stefan Kaller: Nein, habe ich schon verstanden. Nein, nein. Das Bundesamt ist ausschließlich gesetzlich und tatsächlich auf Individualmaßnahmen beschränkt. Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Daten aus Überwachung von sozialen Netzwerken werden auch nur im Rahmen von G-10-Anordnungen getroffen?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, Moment, Moment, Moment! So einfach ist das nicht. Also, im Rahmen der offenen Beobachtung Internet kann und darf das Bundesamt allgemein öffentlich zugängliche Informationen erheben, auch im Internet. Also, wenn - was weiß ich? - Rechtsextremisten eine Internetseite betreiben - ja? -, wo sie sich austauschen, dann darf - und ich füge hinzu: soll und muss - das Bundesamt sich darum kümmern. Aber das ist jetzt keine Telekommunikation - nicht? -, sondern das ist ja elektronische Oberfläche.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meinte jetzt auch den Bereich nicht der offenen Kommunikation, sondern die Kommunikation dort über Direktnachrichten, in Gruppen, in geschlossenen Gruppen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, immer G 10.

Martina Renner (DIE LINKE): Immer G 10.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da gibt es keine - -

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und steht der Einsatz - Sie sagten ja jetzt, seit einer Woche ist XKeyscore im Wirkbetrieb - - Steht die Nutzung von XKeyscore im BfV in irgendeinem Verhältnis

zu diesen Daten, die aus sozialen Netzwerken erhoben werden?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Wir müssen dann noch mal unterscheiden. Offene soziale Netzwerke, also die jeder betreten kann, die haben mit XKeyscore nichts zu tun. Das ist die offene Internetauswertung im Bereich extremistischer Webseiten. Eine extremistische Kommunikation, also eine WhatsApp-Kommunikation oder ein E-Mail-Verkehr oder ein Telefonat, das das Bundesamt aufgrund einer G-10-Anordnung erlangt: Ja, diese Daten können über XKeyscore ausgewertet werden. So wie ich es gerade beschrieben habe: Entweder es hilft, das Protokoll lesbar zu machen, oder ich richte Fragen an das System, um zum Beispiel bislang nicht erkannte Personenzusammenhänge herzustellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist - - Sie schließen auch aus, dass man in diese Gruppen oder Chats und Ähnliches gelangt, indem man über Legende sich im Internet bewegt. Also, ich rede die ganze Zeit um Datenerfassung außerhalb von G-10-Maßnahmen - ja?-, darum geht es mir.

Zeuge Stefan Kaller: Ist schon klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Findet irgendwas im BfV statt an Datenerfassung mit oder ohne den AND, -

Zeuge Stefan Kaller: Okay, okay, jetzt verstehe ich. Ah, jetzt verstehe ich.

Martina Renner (DIE LINKE): - wo vielleicht Daten getauscht werden oder so?

Zeuge Stefan Kaller: Okay, gut. Sagen wir mal so: Da reden wir in öffentlicher Sitzung nicht drüber. Ich bringe mal ein Beispiel. War das presseöffentlich?

(Der Zeuge wendet sich an
Vertreter der
Bundesregierung)

Martina Renner (DIE LINKE): OSS?

Zeuge Stefan Kaller: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, reden wir über OSS.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, vielleicht reden wir hier jetzt nicht über OSS. - Nein, das tun wir nicht. Ich beantworte Ihnen die Frage dann aber gerne in der vertraulichen Sitzung, ja?

Martina Renner (DIE LINKE): Aber bräuchte man für solche meiner Meinung nach durch das Kommunikationsgeheimnis geschützte Inhalte nicht auch eine G-10-Anordnung?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, weil es ja keine technische Ausleitung über einen Provider ist, sondern weil es eine unmittelbare Teilnahme am Verkehr ist. Ich kann Ihnen das mal als Beispiel verdeutlichen: Wir gehen mal weg von der Technik. Wir wissen, irgendwo treffen sich Extremisten jeden Dienstagabend und reden miteinander. Jetzt kann ich da natürlich auch, wenn ich das schaffe, einen Mitarbeiter einer Verfassungsschutzbehörde hinschicken, und der sitzt dann vielleicht am Tisch oder am Tisch daneben, sperrt die Ohren auf und schreibt mit oder merkt es sich. Dafür brauche ich keine G-10-Anordnung, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei diesen - - Mir geht es ja im Kern um XKeyscore und den Einsatzbereich von XKeyscore, weil wir wollen natürlich bis heute verstehen, ich sage mal, warum die NSA und auch der Bundesnachrichtendienst so hohes Interesse daran haben, dass das BfV XKeyscore einsetzt -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): - genau -,

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und ob es dann da in diesem Interesse auch irgendeine Form von Zug-um-Zug-Geschäft gegeben hat, das heißt, dass es eine Erwartung gab auf Gegenleistung, dass also Daten zurückgegeben wurden, sei es an den BND, sei es an die NSA, nicht?

Zeuge Stefan Kaller: Genau. Ich verstehe die Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da könnten diese besonderen Qualitäten des BfV, was das Durcharbeiten von sozialen Netzwerken angeht, ein Bereich sein, der gerade im Bereich Islamismus möglicherweise auch für andere von hohem Wert ist.

Zeuge Stefan Kaller: Ich verstehe Ihre Frage. Also, ich kann Ihnen noch mal sagen: Es gibt nicht solche Vertragsabreden: Ich gebe dir dieses, und du gibst mir jenes. - Es ist in hohem Interesse zum Beispiel eines amerikanischen Dienstes, dass unsere Dienste hoch leistungsfähig sind. Das ist sowieso in unserem Interesse, in meinem jedenfalls; aber unsere Partner teilen dieses Interesse und unterstützen es durch Hilfeleistung aller möglichen Art - aller möglichen Art! -, auch der Lieferung eines Programmes. Dem steht aber nicht die Erwartung entgegen, dass wir dafür als Bezahlung bestimmte Informationen geben. Es entspricht allerdings der Üblichkeit und auch unserem eigenen Interesse, wenn wir mit rechtmäßigen Mitteln Daten haben, die Aussagekraft haben zum Beispiel über einen islamistischen Terrorismus und die unter den § 19 III zu subsumieren sind, dass wir die zur Verfügung stellen unseren Partnern, allen. Das täten wir aber auch dann, um jetzt in Ihrem Beispiel zu bleiben, wenn die uns nicht XKeyscore - - Dann blockieren wir ja nicht die Kommunikation, sondern die geht weiter, weil es eben dieses gemeinsame Interesse gibt. Also, dieser Do-ut-des-Zusammenhang, den würde ich eigentlich gerne auflösen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Stefan Kaller: Können wir vielleicht gleich ein kleines Püschchen machen? Ist das möglich, -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Bitte?

Zeuge Stefan Kaller: - gleich eine kleine Pause mal zu haben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Eine kleine Pause, ja. Was hätten Sie denn gerne? Zehn Minuten?

Zeuge Stefan Kaller: Zehn Minuten.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, dann machen wir eben eine - -

Zeuge Stefan Kaller: Ja, muss nicht jetzt sein, wir können irgendwie die Runde abschließen. Nur so, ich muss mal - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Nein, das geht auch jetzt. Dann machen Sie jetzt eben zehn Minuten Pause.

Zeuge Stefan Kaller: Bitte?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann machen wir jetzt eben zehn Minuten Pause.

Zeuge Stefan Kaller: Na, dann machen wir das - ja? -, einverstanden?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Okay.

(Unterbrechung von
15.17 bis 15.30 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So, dann steigen wir wieder in die Sitzung ein, alle frisch gestärkt. Ich bitte, Platz zu nehmen. - Es geht weiter bei der SPD Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Kaller, ich will das jetzt gar nicht noch mal weiter vertiefen, wo wir bei der Befragung in der ersten Runde stehen geblieben sind; also, ich sage es jetzt mal so, ich fasse das so zusammen: Der Auftritt von Herrn Maaßen hier im Untersuchungsausschuss war kein Anlass für Ihre Tätigkeit als Fachaufsicht, bei diesen wöchentlichen Jour-fixe-Treffen mit ihm darüber zu reden?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gut. Ich sage auch, dass mich das wundert, weil ich - ich habe das auch gegenüber der Presse so gesagt - empfand den Auftritt hier nicht nur gegenüber dem Parlament als arrogant, sondern zutiefst von einem unparlamentarischen und undemokratischen Geist getragen; aber da scheinen die Bewertungen offensichtlich auseinanderzugehen.

Ich würde mit Ihnen ganz gerne noch mal einen anderen Komplex erörtern, und zwar das ist das Thema No-Spy-Abkommen. Wann haben Sie zum ersten Mal von diesem Begriff gehört?

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich habe relativ früh gehört oder gelesen, dass es Überlegungen gibt, mit den Vereinigten Staaten eine Abrede in diese Richtung zu treffen. Der Begriff „No Spy“, den habe ich erst später aufgenommen; ich kann Ihnen aber nicht genau sagen, wann.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das irgendwie - Sie werden jetzt nicht daran - - Also, wir nageln hier niemanden ans Kreuz, wir nageln auch niemanden fest, aber können Sie in etwa auf der Zeitachse einordnen, wie sich das verhalten hat? Wir hatten dann ja im Sommer 2013 die Snowden-Veröffentlichungen, die dann eben doch zu dem großen Aha-Erlebnis geführt hatten; das war - erinnern wir uns - damals mitten im Wahlkampf, Bundestagswahlkampf. Ich glaube, der damalige Innenminister war Herr Friedrich, der Kanzleramtsminister war Herr Pofalla, und man ist dann doch, auch nicht zuletzt aufgrund des regen parlamentarischen Betriebs mit parlamentarischen Anfragen - - hatte man ja dann den Kontakt mit der amerikanischen Seite gesucht. Es gab Reisen. Vielleicht können Sie da irgendwie versuchen, das noch mal so mehr oder weniger ein bisschen einzuordnen, wann für Sie zum ersten Mal die Information eines möglichen Abkommens auf dem Tisch lag und wann Sie zum ersten Mal den Begriff dann „No Spy“ gehört haben.

Zeuge Stefan Kaller: Also, das muss gewesen sein Juli/August 2013, also zeitnah an der ersten Veröffentlichung. Meiner Erinnerung nach habe ich das aber nicht gelesen, sondern gesprächsweise vernommen. Insgesamt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Gesprächsweise vernommen in so Runden wie dieser - -

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich muss es jetzt wirklich - - Ich nehme an, bei Herrn Fritsche.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ich nehme mal an, dass ich - - Ich war nun häufig dann im Dienstzimmer bei Herrn Fritsche. Er hat ja, sagen wir mal, die wesentlichen Steuerungsakzente gesetzt in der Abarbeitung dieser Ereignisse, und ich muss jetzt mal annehmen, es war in einem solchen Zusammenhang.

Christian Flisek (SPD): Ja. Es gab ja auch eine Delegation: Herr Maaßen als Präsident des BfV war da Mitglied dieser Delegation, Herr Staatssekretär Fritsche, Herr BND-Präsident Schindler und der Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt, Herr Heiß; die sind nach Washington gereist. Insofern trifft das zu, wie Sie es geschildert haben, Juli/August; das war so um den 5. August. Und nach unserem Kenntnisstand ist damals von amerikanischer Seite offensichtlich - so berichten das die Teilnehmer dieser Delegationsreise - der Gedanke eines solchen Abkommens ins Spiel gebracht worden.

Zeuge Stefan Kaller: Das deckt sich mit meinem, ich muss sagen, Zeitungswissen.

Christian Flisek (SPD): Ja. Und Sie waren - aber nur jetzt zur Richtigstellung - in diesem Jahr 2013 nicht in den USA gewesen?

Zeuge Stefan Kaller: Das ist richtig, Herr Abgeordneter. Ich war nicht in den USA. Gut, jetzt muss ich wieder überlegen, also Moment: Ich war nach Snowden, also nach 10. Juni oder wann das war, bis zum Ende des Jahres 2013 selbst nicht in den USA, möglicherweise war ich vorher in den USA in Begleitung von Minister Dr. Friedrich.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Er ist ja einmal im Jahr in die USA gefahren und hat dort die üblichen Kontakte gepflegt. Gut möglich, dass ich ihn auch im Frühjahr 2013 begleitet habe.

Christian Flisek (SPD): Frühjahr.

Zeuge Stefan Kaller: Frühjahr, also vor Snowden.

Christian Flisek (SPD): Also wenn Sie ihn begleitet haben, dann war das in jedem Fall vor Snowden?

Zeuge Stefan Kaller: Auf jeden Fall. Ich erinnere mich, wenn ich das sagen darf, nämlich genau daran, als dann nach Snowden Herr Dr. Friedrich in die USA gereist ist. Da ging es um die Frage der Begleitung, und das wäre mein Job gewesen, weil Abteilungsleiter begleitet Minister; so ist die Aufstellung. Ich hatte einen Familienurlaub gebucht und reserviert, und der Minister war so freundlich, mich diesen Urlaub auch dann nehmen zu lassen. Er hat dann einen anderen Begleiter ausgewählt, also deswegen - - Ich hatte schon zwei Familienurlaube absagen müssen aus dienstlichen Gründen, und dann hat er gesagt: Dann fahren Sie mal, ich nehme jemand anderes mit.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, es gab eine Reise des Bundesministers Friedrich im Kontext nach den Snowden-Enthüllungen noch mal in die USA; da waren Sie aber, obwohl es üblich gewesen wäre, so wie Sie gesagt haben, nicht dabei aus privaten Gründen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, so war es.

Christian Flisek (SPD): Waren Sie dann im Jahr 2014 in den USA noch mal gewesen? Reisen Sie so viel?

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich reise in Begleitung des jeweiligen Bundesinnenministers im Prinzip jedes Jahr mit nach Washington.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Nun fällt das auch mal aus, so eine Reise. Jetzt muss ich mal - - 2014 - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Mir geht es jetzt um Folgendes: Ist bei einer Reise in die USA, an der Sie teilgenommen haben, das Thema „Wie geht es jetzt weiter mit diesem sogenannten No-Spy-Abkommen?“ irgendwie mal Thema gewesen bzw. wenn Sie sozusagen da waren in Begleitung des Innenministers? Man hat sich ja dann sicherlich auch die Reiseberichte durchgelesen und informieren lassen von den Reisen, zum Beispiel von Bundesminister Friedrich im Juli/August 2013, von der Delegation, die ich gerade angesprochen habe, 5. August. Was hatten Sie da für einen Kenntnisstand?

Zeuge Stefan Kaller: Also, nach der Rückkehr von Minister Friedrich von der Julireise in die USA, die ich ja nicht begleitet hatte, habe ich Rückmeldungen bekommen, mündlich; ich kann mich nicht erinnern, dass ich einen schriftlichen Dienstreisebericht gelesen hätte.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ich kann das jetzt nicht ausschließen, aber ich kann mich nicht daran erinnern. Und diese Rückmeldung hatte zwei Komponenten. Erstens. In Bezug auf die Aufklärung dessen, was NSA tut und macht, konnte die Reise von Herrn Dr. Friedrich keine weitergehenden Erkenntnisse bringen. Und zweitens. Er hatte die Zusage eines seiner Gesprächspartner, dass die USA definitiv keine Wirtschaftsspionage gegen die Bundesrepublik Deutschland betreiben. Das sind die beiden Eckwerte, die mir als Informationen zurückgefloßen sind und die ich mir auch merken konnte.

Vielleicht darf ich noch auf eines hinweisen, was in Ihre Fragerichtung geht, Herr Abgeordneter: Die Frage mit diesem No-Spy-Abkommen, die habe ich mal mit Herrn Fritsche besprochen - also er hat das mit mir besprochen; so rum funktioniert es -, und ich weiß, er hat gesagt: Dieses Abkommen wird ausschließlich vom Bundeskanzleramt und vom BND bearbeitet und geführt. Wir, BMI, haben damit nichts zu tun. - Und das war über die ganze Diskussion hinweg bis zur Beendigung dieser Diskussion auch mein persönlicher Stand und auch meine Ausrichtung: Wir, BMI, nicht. - Es hat mir auch eingeleuchtet. Ich

habe mir zuerst überlegt: „Ja wieso? Wir haben doch auch einen Nachrichtendienst“; aber ich habe mir das so erklärt, die Konstruktion ist hier so: Der Auslandsdienst des einen Landes macht nichts im anderen Land und der Auslandsdienst dieses Landes nichts in unserem Land; so war ja die Konstruktion. Und vor dem Hintergrund hat es mir eingeleuchtet, dass das eine Angelegenheit ist, die Auslandsdienste miteinander klären, aber eben nicht der Inlandsdienst.

Christian Flisek (SPD): Leuchtet mir grundsätzlich auch ein, wenngleich das natürlich ein Bereich ist, der äußerster Relevanz auch für den Geschäftsbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz - Stichwort Spionageabwehr - hat. Denn wenn man sich sicher sein könnte, quasi durch eine vertragliche Garantie, dass man von diesem Partner in bestimmten Punkten nichts mehr zu befürchten hätte, dann könnte man vorhandene Ressourcen, die man eventuell dort einsetzen müsste, ja anderweitig verwenden und auch planen.

Zeuge Stefan Kaller: Genau, deswegen hat man das ja auch - -

Christian Flisek (SPD): Ich meine, Sie sind ja - - Sie haben das gerade im Zusammenhang mit Snowden auch angedeutet, dass Sie aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrung im Bereich der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit Nachrichtendiensten da Erfahrungen haben über wie Geheimdienste arbeiten und funktionieren. Ich frage Sie mal - das habe ich nämlich auch Herrn Maaßen gefragt, und das ist etwas, das ich mich eigentlich die ganze Zeit frage -: Wenn tatsächlich so etwas verhandelt worden wäre, ernsthaft verhandelt worden wäre, sei es zwischen Diensten, sei es auf der Ebene der Administration oder in gegenseitigem Einvernehmen, wie auch immer, würde es nicht allen Regeln des Geschäfts widersprechen, dass man dann sozusagen mitten im deutschen Bundestagswahlkampf in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit tritt und sagt: „Wow, das Angebot ist da, wir verhandeln das mit den Amerikanern. Wir, die Deutschen, haben vielleicht als Einzige, so scheint es, ein solches Privileg; wir verhandeln jetzt mit den Amerikanern über den Abschluss eines solchen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abkommens“? Sie verstehen, was ich damit meine, ja? Ich halte das - - Also, ich bin jetzt nicht so lange im Geschäft wie Sie - ich beschäftige mich jetzt seit zweieinhalb Jahren mit Nachrichtendiensten -, aber nach allem, was wir hier haben an Schwierigkeiten mit Einstufung und Geheimhaltung, würde ich sagen: Die Tatsache, dass man so was - - Also, umgekehrt gesprochen: Wenn man so was so auf die Bühne der Öffentlichkeit tragen würde, dann wäre das der Todesstoß für jede, aber wirklich für jede Verhandlung.

Zeuge Stefan Kaller: Okay.

Christian Flisek (SPD): Wie schätzen Sie das ein?

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich verstehe Ihren Punkt. Sie sagen, wirksam und vernünftig kann es doch nur sein in äußerster Diskretion.

Christian Flisek (SPD): Genau, nach den Regeln des Geschäfts.

Zeuge Stefan Kaller: Wenn ich es aber nun öffentlich mache, dann widerspreche ich mir insofern und nehme den Dingen vielleicht Wirksamkeit. Also, das ist eine Einschätzung, Herr Abgeordneter, die Sie haben, die kann ich so absolut nicht teilen. Wir haben in der Vergangenheit viele Abreden gehabt. Denken Sie an die Schäuble-Chertoff-Vereinbarung von 2008, aus der heraus ja dann unter anderem auch die Counter Terrorism Group gekommen ist, ein vielschichtiges Zusammenarbeitsformat. Wir hatten ein Jahr später ein vergleichbares Abkommen mit den Israelis; auch daraus sind vielschichtige Kooperationen erwachsen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Zeuge Stefan Kaller: Also, es ist, sagen wir mal so, immer ein Punkt, wie ich die Abwägung treffe zwischen einer Vereinbarung, die ich schließe, und der Politik, die ich damit nach außen betreibe. Und da, sage ich Ihnen auch, Herr Abgeordneter, bin ich an der Grenze meiner Möglichkeiten; denn in der Schnittstelle bin ich unter der Grenze politischer Betrachtung und Würdigung.

Christian Flisek (SPD): Ist ja gut, wenn man die Grenzen auch hier darlegt. Sie haben jetzt nur gerade gesagt, Sie teilen die Einschätzung nicht. Ich will nur an einer Stelle noch mal darauf hinweisen. Ich meine, wäre es so - und wir haben uns jetzt wirklich umgehört, und scheinbar sind solche No-Spy-Abkommen mit solchem Umfang in Bezug auf Amerika, auf die USA, etwas eher sehr Kostbares, Rares, wenn nicht vielleicht sogar ein Unikat - - Wenn Deutschland so etwas abschließen würde, bekäme, so ein Privileg mit den Amerikanern, mit so mächtigen Geheimdiensten, dann würde das natürlich, ich würde schon mal sagen, global ziemliche Eifersüchteleien auf die Tagesordnung rufen. Alleine schon aus diesem Grunde, wissen Sie, verwundert es mich, wie man im Wissen um anstehende Verhandlungen, die ja noch nicht abgeschlossen sind - wir haben ja noch keinen Vertrag -, im Wissen um die Tatsache, dass man erst ein Angebot auf dem Tisch hat, in so einer Weise öffentlich damit umgeht. Ich frage Sie, weil ich mir erhoffe, dass dann vielleicht noch mal eine plausiblere Erklärung kommt. Ich habe mir meine Schlüsse natürlich schon daraus gezogen; das wissen Sie. Ich habe das für eine große Nebelkerze gehalten.

Gut. - Ganz kurz noch mal zu XKeyscore: Was uns da ja natürlich beschäftigt hat im Amt, war die Tatsache, dass man echt über so viele Jahre einen Probetrieb da jetzt fährt, einen Testbetrieb. Halten Sie das als Fachaufsicht - ich spreche Sie genau in dieser Funktion an - angesichts der Tatsache, dass es sich ja doch um ein scheinbar sehr wirkmächtiges Tool handelt, das ja dort nicht für die Erfassung, sondern für die Analyse herangezogen werden soll, für sachzweckmäßig, dass man das so betreibt, wie das da betrieben wird? Wir haben nachgefragt. Es gibt keine Meilensteine, es gibt kein Prüfprogramm: Wann will man wo sein, wann will man mal was abgeschlossen haben? Man hat also nichts Substantielles, sondern das geht - ich überspitze jetzt mal - einfach mal so dahin. So ist unser Eindruck, weil normalerweise solche Testphasen doch irgendwie mit Arbeitspaketen - - Es ist wie ein Projekt; ein Projektmanagement wird aufgesetzt, ja; davon finden wir nichts. Sehen Sie das als Fachaufsichtsbehörde normal an, dass man das so betreibt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich hatte ja gerade gesagt, seit einer Woche ist es im Wirkbetrieb, und ich bin auch, sagen wir mal, ein bisschen aufgestellt wie Sie, dass mir die Prüfphase auch lange vorkommt. Jetzt ist es nun auch so: Ich verstehe nicht die technischen Parameter und die Mitwirkenden im Einzelnen, die einen solchen Testlauf sozusagen begleiten und zertifizieren. Ich möchte deswegen jetzt hier keine Kritik an dem Verfahren äußern, aber Ihnen durchaus zu erkennen geben, dass wir das künftig einfach schneller machen müssen.

Christian Flisek (SPD): Glauben Sie denn, ohne Snowden hätte diese Testphase - - wäre sie kürzer gewesen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, das glaube ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Das glauben Sie nicht. Also Sie glauben, Snowden hat keinerlei - - die Snowden-Veröffentlichungen haben auf die Frage, wie intensiv, wie lang, wie viel Zeit man sich mit der Testphase gelassen hat, keinerlei Auswirkungen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Snowden hatte die Auswirkung, dass es eine kurze Aussetzung gab dieses Programms, um überhaupt mal festzustellen, was ist das für eines, wo ist es identisch, wo ist es nicht identisch. Das war sicherlich in Ordnung und angemessen; aber nein, das sehe ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie da mal nachgefasst irgendwie? Haben Sie mal nachgefragt, -

Zeuge Stefan Kaller: Warum das so lange dauert?

Christian Flisek (SPD): - warum das so lange dauert?

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe nachgefasst. Ja, ich habe meinen Mitarbeiter gebeten, als ich jetzt das Schreiben herausgeschickt habe „Freigabe Wirkbetrieb“, mir bitte einmal abzubilden, woran es im Einzelnen lag. Das wird jetzt herausgefunden.

Christian Flisek (SPD): Das wird herausgefunden; das ist interessant.

Zeuge Stefan Kaller: Na ja, klar.

Christian Flisek (SPD): Ich gucke gerade wieder mal so in Richtung Regierungsbank, weil das natürlich für uns dann auch interessant sein könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Rest müssten wir dann gleich klären, aber man hat es, glaube ich, wahrgenommen und mitgenommen.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich glaube, das hat der Zeuge so nicht gemeint, dass jetzt was herausgegeben wird, -

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

MR Torsten Akmann (BMI): - wenn Sie das meinen.

Christian Flisek (SPD): Das habe ich auch nicht so verstanden, den Zeugen habe ich nicht so verstanden. Ich habe den Zeugen so verstanden, dass das jetzt mal - - dass da mal nachgefasst wird und dann vielleicht ein Bericht existiert, und der kann halt für uns interessant sein. Das habe ich gesagt, nicht mehr und nicht weniger.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann vieles für uns interessant sein!)

Da müssen wir uns mal überlegen, wie wir da zusammenkommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Herzlichen Dank. Das können jetzt die Kollegen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eruieren, und Herr Kollege Ströbele fängt an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Kaller, zunächst eine Frage zu dem, was Sie gesagt haben, dass Sie das nie ausschließen konnten, dass Freunde in Deutschland Spionage betreiben; also befreundete Länder sind da ja mit gemeint. Haben Sie sich denn mal in Deutschland kundig gemacht, ob Deutsche im Ausland, im befreundeten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausland, in den USA, in Frankreich, also bei Freunden, Spionage betreiben?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, da habe ich mich nie kundig gemacht, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Wäre ja leicht gewesen, wenn Sie mal mit Ihren Kollegen beim BND reden.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, aber das ist nicht meine berufliche Aufgabe. Ich betreibe ja nicht die Spionageabwehr für USA oder Kanada, sondern - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht kann man da was lernen, wenn man hört, wie die das machen, dass die anderen das da auch so machen.

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ist das ein absurder Gedanke, oder wie?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen ja inzwischen, dass die es heftig getrieben haben, -

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nichts, also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - gerade die elektronische - -

Zeuge Stefan Kaller: Sie werden von mir nicht hören, dass ich irgendetwas absurd finde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Kaller: Sie werden von mir nicht hören, dass ich irgendetwas absurd finde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Okay. Gut. - Zweites Thema: Sie haben auch gesagt, dass Sie - was ich erst mal positiv sehe - keinerlei ernsthafte Zweifel an der

Authentizität der Dokumente von Snowden haben. Seit wann sind Sie dieser Meinung, wenn man jetzt mal von Juni 2013 ab rechnet?

Zeuge Stefan Kaller: Also, ein genaues Datum kann ich Ihnen nicht nennen. Die Unterlagen von Snowden wurden ja, soweit verfügbar, von verschiedenen Fachbehörden geprüft, und in diesem Prozess, den ich mal in meiner Wahrnehmung abschließen möchte mit Juni 2014 - - Das war so der erste Geschäftsprozess, wo - ich hatte das ja gesagt - diese Projektgruppe im BMI gearbeitet hat. Da hat sich im Laufe dieser Monate - ich habe das auch mit Kollegen besprochen - bei mir einfach das Bild verfestigt: Ja, also da spricht sehr viel für Authentizität.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie diese Ihre Auffassung im Bundesinnenministerium mit anderen geteilt, oder waren Sie da eine Einzelmeinung? Ich nehme mal an, Sie haben sich mit anderen darüber unterhalten: „Stimmt das denn?“, oder „Ist das ein Spinner?“, oder „Ist das gefälscht?“, oder so.

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich antworte mal umgekehrt: Ich bin von meinen Vorgesetzten nie - also erinnerlich, ich muss immer sagen: erinnerlich - gefragt worden: Sag mal, können das denn Fälschungen sein, oder ist das selbst gebastelt? - Die Situation gab es in meiner Wahrnehmung nicht, sondern ich habe mit meinen Mitarbeitern in der Projektgruppe - da waren Techniker dabei, da waren Juristen dabei, also so querbeet - immer wieder den Sachstand erfahren, mir berichten lassen und Gespräche darüber geführt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie an Besprechungen beteiligt sowohl mit Personen Ihrer Behörde, also des Bundesinnenministeriums und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, aber auch anderer Behörden, BND, Kanzleramt, wo über diese Frage gesprochen wurde?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Nach meiner Erinnerung nicht. Ich habe meine Informationen ausschließlich von meinen BMI-Mitarbeitern bezogen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt gar nicht mehr nur interne, sondern überhaupt Besprechungen. Da kommt ja in Betracht: Präsidentenlage oder Besprechung im Kanzleramt oder Besprechung bei irgendwelchen Gremien.

Zeuge Stefan Kaller: Sie meinen jetzt zu Snowden allgemein, jetzt nicht in Bezug auf die Authentizität?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wo über die Problematik gesprochen wurde, wie ernst das denn zu nehmen sei - so fasse ich das mal zusammen -, was sich aus den Dokumenten ergibt.

Zeuge Stefan Kaller: Also, da kann ich jetzt nur sehr allgemein antworten, Herr Abgeordneter. Ich war gelegentlich im Kontrollgremium Begleiter, weiß jetzt aber nicht genau, an welchen Tagen und zu welchen Gesprächsanlässen; möglicherweise ist da gesprochen worden. Dann nehme ich regelmäßig an der ND-Lage teil, also an der großen Runde. Da ist vielleicht auch über Snowden gesprochen worden - das mag schon sein -, aber ich kann es nicht konkret erinnern. In der P-Lage bin ich ja üblicherweise nicht, es sei denn, ich vertrete den abwesenden Staatssekretär oder Staatssekretärin. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob ich in dem Zeitraum mal in der Situation war. Das ist möglich; aber ich kann das einfach nicht erinnern. Ich war nie, wenn Sie mich so abfragen, niemals persönlich in den Räumlichkeiten des Bundesnachrichtendienstes - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich Sie ja jetzt nicht gefragt, sondern ich habe Sie gefragt, ob in Ihrer Gegenwart vielleicht andere gesagt haben: „Das ist doch alles Spinnerei“, oder: „Das kann man ja gar nicht verifizieren“, oder: „Wir haben ja bisher noch keine Urkunden gesehen“, wobei ja davon auszugehen ist, dass es schriftliche Urkunden dazu gar nicht gibt, sondern die nur im Netz sind. Also, da waren Sie nie dabei, dass da mal gesagt worden ist: „Das ist doch alles ganz zweifelhaft“?

Zeuge Stefan Kaller: Also, in dieser pointierten Deutlichkeit, die Sie mir jetzt vorgeben als Er widerungsgrundlage, sage ich Ihnen: Niemand hat mir es gegenüber als „Spinnerei“ betrachtet. Niemand hat mir gegenüber gesagt: Also, das ist völlig unwahrscheinlich. - Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat denn mal jemand gesagt, bei diesen Telefonnummern, die da ja auftauchen, auch der Kanzlerin, aber auch vor allen Dingen anderer: „Weiß man ja gar nicht, die letzten vier Ziffern sind ja geixt, solange man das nicht weiß, kann man das ja überhaupt nicht nachprüfen“?

Zeuge Stefan Kaller: Gut, also, das ist jetzt, sagen wir mal, ein sehr spezielles Thema, und wenn ich mich richtig erinnere - aber korrigieren Sie mich bitte -, stammt diese Presseveröffentlichung der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* mit dieser Abbildung dieser Kanzlerdaten nicht unmittelbar aus dem Snowden-Fundus, sondern nach meiner Information hat der *Spiegel* diese Informationen gehabt und hat damit gearbeitet. Und was diesen Punkt angeht, ist das nach meiner Wahrnehmung - - Der Umstand, dass das Kanzlerinnenhandy in irgendeiner Weise - da können wir noch darüber sprechen - abgehört wurde, der ist dem Grundsatz nach als plausibel erachtet worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als was?

Zeuge Stefan Kaller: Als plausibel, aber natürlich nie als nachgewiesen, ja, nie als nachgewiesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie an Besprechungen dabei - also sowohl in Ihrem Hause als auch mit den verschiedenen Stellen, die ich angesprochen habe -, wo darüber geredet wurde, welche Stellungnahme gibt man jetzt nach außen ab, also beispielsweise gegenüber den Abgeordneten - es gab ja viele Anfragen -, gegenüber der Öffentlichkeit? Gab es da so eine Art Strategiebesprechungen, in denen dann gesagt worden ist - ich sage es mal ganz krass -: Entweder alles abstreiten und sagen, wir wissen von gar nichts, oder zu sagen, das und



Nur zur dienstlichen Verwendung

das wissen wir, oder - - Ich kann mir vorstellen - - Es war ja eine heiße Zeit damals. Es gab viele Sondersitzungen, auch des PKG. Es gab ja immer wieder, auch über den Sommer, neue Veröffentlichungen. Ist da mal gesprochen worden? Und wenn, dann mit welchem Inhalt?

Zeuge Stefan Kaller: In meiner Gegenwart hat eine solche Strategiebesprechung, wie Sie es jetzt erfragen, nicht stattgefunden. Meine Funktion - und das haben Sie ja gerade dargestellt - bestand, was das Parlament angeht, darin, die Anfragen natürlich auch zu sehen als Abteilungsleiter, und Unterlagen für das Kontrollgremium sehe ich auch, soweit verschriftlichte sogenannte Sprechzettel herangeliefert werden, aber auch nur soweit sie den Geschäftsbereich des BMI angehen; also solche des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder des BMI selber. Die anderen sehe ich auch nicht, vom BND oder so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben nie gehört - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssen jetzt wieder wechseln, weil die Zeit um ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur abschließend zu diesem Komplex; ich habe da noch ein paar, das machen wir dann anschließend. - Sie haben nie so Sprachregelung, vielleicht nicht gleich Strategie aber Sprachregelung - - Es liegt doch nahe, dass man sich darüber verständigt: Wie geht man damit gegenüber der Öffentlichkeit um, gegenüber Abgeordneten, gegenüber anderen anfragenden Medien oder so? Nie irgend so was gesprochen? Nie? Kein Mensch?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, also nicht mit mir. Ich bin auch, sagen wir mal, davon nicht so überzeugt, dass es so was geben muss. Unsere Aufgabe, auch meine Aufgabe, bestand damals, unter hohem Zeitdruck in der enormen Kurztaktigkeit der Informationen, der öffentlichen Schlussfolgerungen, die daraus gezogen wurden, der politi-

schen Auseinandersetzung, die natürlich stattgefunden hat, immer schnell für eine möglichst sachgerechte Bewertung zu sorgen in Bezug auf die verschiedenen einzelnen Punkte, die es damals gab; das war mein Job. Alles natürlich immer vor dem Hintergrund: Medienwissen, Teilwissen, Wahrhaftigkeit, nicht richterlich prüfbar, Annahmen, so, diese Gemengelage einer fachlich-politischen, öffentlichkeitswirksamen sehr kurzen Taktfolge von Informationen. Aber so eine Strategie - - Also, ich kann jetzt nicht für andere sprechen, die ich nicht begleitet habe, aber die macht für mich auch so gar keinen Sinn, weil es gibt nur eine Strategie: Schnell und wahrhaftig reagieren und das Aufklärungs- -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das wäre die richtige, aber man kann ja auch alles abstreiten.

Zeuge Stefan Kaller: Herr Ströbele, ich meine, Tag für Tag hatte ich Dokumente in der Presse mit Informationen, wo prima facie der erste Anschein dafür spricht: Also damit muss ich mich mal ernsthaft auseinandersetzen. So. Dann hatten wir diese *Spiegel*-Ente mit den 500 Millionen Daten, und dann haben wir die abgeräumt. So ging es halt Tag für Tag; das wissen Sie ja noch. Da stellt sich nicht die Frage - - Und ich möchte mal sagen, für das Bundesinnenministerium stellt sich nie auch nur die Frage: Ich streite jetzt erst mal ab, und dann sehen wir mal. Sorry, so arbeiten wir nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Jetzt müssten wir den anderen Fraktionen wieder Gelegenheit geben, Fragen zu stellen. Und es kommt als Nächstes die CDU/CSU Fraktion dran.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch ein paar Fragen zur Fach- und Rechtsaufsicht. Wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Daten an einen AND weitergegeben werden und dieser gibt die Daten dann auch an Dritte, -

Zeuge Stefan Kaller: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): - hat Herr Dr. Maaßen hier ausgeführt, muss der AND vorher nachfragen, ob er das darf.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist dort das Verfahren? Wird das schriftlich angefragt? Wer bearbeitet das? Wer überprüft, dass Daten nicht außerhalb einer Zustimmung weitergegeben werden? Und was passiert, wenn man Kenntnis erlangt, dass sich ein Partner nicht daran hält?

Zeuge Stefan Kaller: Also, Frau Abgeordnete, das ist eine Frage aus der Praxis der Sachbearbeiter der Sicherheitsbehörden. Das kann ich Ihnen nicht aus eigenem Erleben oder eigenem Handeln jetzt näher beschreiben. Aber Sie haben es richtig beschrieben: Eine Information, die der Nachrichtendienst an einen anderen Dienst gibt, steht unter einer Verwendungsbeschränkung. Und Weitergabe an Dritte nur, wenn vorher gefragt wird, ob er das darf.

Ihre Frage: Wer kontrolliert, ob der Dritte sich daran hält? Nun, die Frage ist schwer zu beantworten. Wenn ich zum Beispiel an den niederländischen Dienst eine Information gebe, wie soll ich dann den niederländischen Dienst kontrollieren, dass er worttreu bleibt? Hier gilt ein hohes Maß an Vertrauen, und zwar auch an berechtigtem Vertrauen, denn die Regel ist: Wer sich einmal nicht daran hält, sondern sich dann mal so drüber hinwegsetzt, der verletzt eine elementare Regel der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, und er müsste befürchten, dass er unter Umständen aus dem Informationsfluss genommen wird, und zwar nicht nur von dem Dienst, dem er sozusagen das Wort gebrochen hat, sondern auch von der Community.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, klingt als Theorie gut, in der Praxis führen selbst solche Vorgänge wie Markus R. zu wenig nachhaltigem Auf-

die-Finger-Klopfen gegenüber den ANDs; aber gut.

Zeuge Stefan Kaller: Woher wissen Sie das? Was macht Sie da so sicher?

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wenn man das vergleicht mit vielen anderen Vorgängen, die es gegeben hat, ist es einer in der Relevanz, wo man sich schon fragt, ob dort nicht eine etwas tiefgreifendere Reaktion nötig gewesen wäre.

Zeuge Stefan Kaller: Also, Markus R. war ja kein Informationsbeispiel. Sie meinen jetzt Sanktionen. Es gab eine sehr deutliche und klare Sanktion.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, das wissen wir, aber - -

Zeuge Stefan Kaller: Na ja, wenn die Ihnen nicht reicht, okay.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): De Maizière reist nach USA und schließt MoUs ab! Also, ganz so krass kann es ja nicht gewesen sein!)

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das meinte ich. - Und die Frage war jetzt aber nicht daran gerichtet, wie die Selbstkontrolle des BfV funktioniert, sondern wie die Rechts- und Fachaufsicht kontrolliert. Der obliegt es ja zum Beispiel, sich einen Eindruck darüber zu verschaffen, ob bei einer Datenweitergabe an einen AND in den Fällen, wo dort dann die Daten an weitere Dritte gehen, auch dieses Verfahren eingehalten wird. Ja. Also sonst braucht man ja keine Rechts- und Fachaufsicht, dann sparen wir ein paar Personalstellen im BMI; das ist auch gut vielleicht. Aber wer lässt sich denn zum Beispiel mal diese Schriftwechsel bei Datenweitergabe an Dritte durch einen AND vorlegen?

Zeuge Stefan Kaller: Das sind Mitarbeiter meines Referates.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und wer ist zum Beispiel ganz konkret für Datenweitergabe an ANDs zuständig?

Zeuge Stefan Kaller: Jeder Referent und Sachbearbeiter, der mit diesem Phänomenbereich zu tun hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine jetzt, wer ganz konkret. Also bei Ihnen im BMI.

Zeuge Stefan Kaller: Wollen Sie jetzt einen Namen wissen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. In Ihrer Abteilung: Wer beschäftigt sich mit Daten - - mit der Rechts- und Fachaufsicht zur Datenweitergabe an AND? Wen kann ich dazu fragen? Das habe ich vorhin auch schon - - Also wer überprüft zum Beispiel hinsichtlich der Einhaltung von § 19 III usw. Wer ist das?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Ich habe vorhin schon versucht, zu antworten; ich versuche es noch mal. Diese eine Person gibt es nicht. Es gibt nicht diesen einen, der phänomenübergreifend den § 19 III prüft.

Martina Renner (DIE LINKE): Datenweitergabe an AND.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, schauen Sie, es gibt im Linksextremismus Fallbeispiele für Datenweitergabe an AND; dann macht das der Sachbearbeiter im Bundesamt Linksextremismus.

Martina Renner (DIE LINKE): Im BMI. Ich will doch wissen, wer im BMI zuständig ist.

Zeuge Stefan Kaller: Die Fachaufsicht ist dann der Referatsleiter oder die Referatsleiterin Linksextremismus. Es gibt im Rechtsextremismus Fälle, wo wir an AND Informationen geben oder erfragen, Erkenntnisfragen richten. Dann macht es der Referatsleiter Rechtsextremismus. Es gibt im Bereich des Ausländerextremismus Datenübergaben an andere Dienste. Dann macht es der Referatsleiter Ausländerextremismus. Verstehen Sie, diese Prüfung ist geknüpft an die

Facharbeit. Derjenige, der diesen Fachbereich bearbeitet und verantwortet, übt die vollständige Fachaufsicht aus in das Arbeitsreferat des BfV. Es gibt also nicht einen Beamten, von dem ich sagen: Du bist §-19-III-Prüfer, sondern es gibt viele, weil das eben auch Teil der Arbeit ist.

Martina Renner (DIE LINKE): In Zusammenhang mit XKeyscore würde uns ja dann wahrscheinlich der Referatsleiter/Referatsleiterin Islamismus interessieren.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Der/die im BMI könnte dann etwas sagen zu diesen Fragen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, aber XKeyscore wiederum ist ja nicht ein Programm, was darauf ausgerichtet ist, Daten weiterzugeben, sondern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen wir noch nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Na ja, ich sage es Ihnen; glauben Sie es mir oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Deswegen sitzen wir hier.

Zeuge Stefan Kaller: XKeyscore ist ein Analyse- und Auswertetool.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Meldungen werden ja weitergegeben.

Zeuge Stefan Kaller: Die Meldungen? Welche Meldungen meinen Sie?

Martina Renner (DIE LINKE): Die Meldungen. Sie wissen doch, was eine Meldung ist. Das Produkt für den Kunden.

Zeuge Stefan Kaller: Ich weiß schon, was eine Meldung ist. Sie meinen jetzt also, XKeyscore produziert eine Meldung?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. XKeyscore ist ja vor allem ein Instrument, was Effizienz und Schnelligkeit generiert in diesen Datenmengen



Nur zur dienstlichen Verwendung

und bestimmte Hashwerte lesbar macht, was Perseus nicht kann usw. Und daraus entstehen natürlich auch Meldungen zu - - zum Beispiel, welcher Islamist mit welchem anderen Islamisten Kontakt hat, worüber, wann, wozu. Und diese Meldungen werden doch geteilt.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Genau.

Zeuge Stefan Kaller: Moment. Wenn die Voraussetzungen des § 19 III vorliegen. Das bestimmen aber nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will ja die ganze Zeit wissen, wer im BMI sich anguckt, ob die Vorschriften zu dem Datenaustausch mit ANDs eingehalten werden. Das ist die ganze Zeit meine Frage an Sie als zuständiger Abteilungsleiter.

Zeuge Stefan Kaller: Ich verstehe auch Ihre Frage; aber meine Antwort stellt Sie nicht zufrieden. Ich kann Ihnen ja keine andere Antwort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber der Referatsleiter Islamismus muss da was wissen, weil bei XKeyscore sind ja nur G-10-Maßnahmen aus dem Bereich Islamismus bearbeitet worden.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, der Referatsleiter wird Ihnen - - So ist das.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist Ihre Auffassung dahin gehend - - Oder anders herum: Wer überprüft im BMI, dass bei Dateien, die das BfV führt, die notwendigen Dateianordnungen eingeholt werden?

Zeuge Stefan Kaller: Hm, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie mir jetzt nicht mehr sagen: Das macht der Referatsleiter Islamismus.

Zeuge Stefan Kaller: Das hatte ich jetzt auch nicht vor. Ich würde mal Folgendes sagen: Immer

dann, wenn es problematisch ist, ob wir überhaupt eine Dateianordnung benötigen oder ob wir die, wie bei XKeyscore, gar nicht gesondert benötigen, würden alle Mitarbeiter diese Frage dem Referatsleiter für das Recht des Verfassungsschutzes vorlegen. Das ist unser Referat ÖS I 2.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat entschieden, dass man für XKeyscore keine gesonderte Dateianordnung benötigt?

Zeuge Stefan Kaller: Das kann ich Ihnen jetzt, sorry, aus dem Stegreif nicht sagen; da müsste ich einfach nachgucken. Ich nehme an, es war dieser Mitarbeiter; aber das ist eine Annahme. Das ist eine Annahme.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie kennen diese Annahme?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich teile sie sogar, ich halte sie für richtig. Das ist völlig richtig. XKeyscore braucht keine Dateianordnung.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

Zeuge Stefan Kaller: Weil die dort generierten Daten ja bereits aus Perseus stammen; und da ist es völlig ausreichend, dass die Perseus-Dateianordnung besteht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir vielleicht wechseln, außer es gibt neue, konkrete Nachfragen. Sonst wäre die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne das nachher noch mal hinsichtlich der Frage, ob man für XKeyscore eine eigene Dateianordnung benötigt, mit Ihnen weiter diskutieren. Ich denke, aus § 46 Absatz 1 Bundesdatenschutzgesetz - - schlussfolgert, dass man eine eigene Dateianordnung für XKeyscore benötigt, und deswegen würde mich interessieren, wer zu dieser Auffassung im BMI gekommen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann wären wir jetzt bei der nächsten Fraktion, die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, ich habe eigentlich nur noch zu einem Komplex ein, zwei Fragen, Herr Kaller. Und zwar: Wir beschäftigen uns ja hier intensiv mit den Amerikanern und mit den US-Diensten; aber vom Auftrag her müssen wir uns natürlich auch um die Five Eyes insgesamt kümmern. Und so ein wenig im Schatten ist das Vereinigte Königreich. Da würde ich Sie ganz gerne mal fragen: Wenn man so eine Gesamtschau mal macht auf die Akten, dann hat man so ein bisschen den Eindruck, dass die Aufklärungsbemühungen gegenüber den britischen Diensten eher mit angezogener Handbremse gefahren sind. Also wenn man gerade mal so USA vergleicht, Großbritannien, dann wirkt das in Bezug auf Großbritannien nicht so richtig intensiv und nachhaltig, nachfassend. Ist dieser Eindruck richtig, oder sagen Sie - - Wenn ja, wenn er richtig ist, woran könnte es liegen aus Ihrer Einschätzung? Und vielleicht wollen Sie dem aber auch komplett entgegenreten.

Zeuge Stefan Kaller: Es ist jetzt schwer für mich, zu beantworten, weil die Gewichtung der Bearbeitungsintensität USA oder Großbritannien, die kann ich jetzt nicht objektiv vornehmen, Herr Abgeordneter. Der Eindruck ist wahrscheinlich deswegen entstanden - und vielleicht ist auch was dran -, weil natürlich in der ganzen öffentlichen Diskussion und vor allen Dingen der Intensität der möglichen Datennahmen die USA einfach intensiv vorne sind.

Christian Flisek (SPD): Einfach? Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Zeuge Stefan Kaller: Intensiv. Also von der Quantität her vorne sind. Damit will ich überhaupt nicht - -

Christian Flisek (SPD): Das würden Sie aber so sagen, dass es da so - -

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich würde das so sagen, weil - -

Christian Flisek (SPD): Ich fasse jetzt gerade mal dazwischen, weil Sie gesagt haben, Sie waren ja doch Stück weit, als diese Snowden-Veröffentlichungen da waren, überrascht. Und jetzt haben

wir ja bekanntlicherweise keinen UK-Whistleblower, aber Sie würden irgendwo sagen, aus Ihrer Einschätzung, ohne dass man das jetzt - - Das ist eine Einschätzung, dass das, was die Amerikaner machen, im Vergleich zu dem, was UK macht, quantitativ schon ein Unterschied ist.

Zeuge Stefan Kaller: Ich schätze es so ein, Herr Abgeordneter; aber da muss ich mit meinen Fachleuten Rücksprache nehmen, ob das auch einer objektiven Betrachtung standhält.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie jemals Kontakt zu Offiziellen auf britischer Seite?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich war bei zwei, drei Gesprächen dabei, die Herr Fritsche geführt hat. Jetzt kann ich Ihnen aber nicht mehr sagen, welche Personen das auf britischer Seite waren.

Christian Flisek (SPD): Also - - Vielleicht - - Ich frage gerade nach, weil wir haben einen Vermerk in den Akten über ein Gespräch, das Herr Staatssekretär Fritsche am 11. Dezember 2013 mit dem United Kingdom Deputy National Security Advisor, Oliver Robbins, geführt hat.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ist das das?

Zeuge Stefan Kaller: Robbins ist richtig.

Christian Flisek (SPD): Robbins ist richtig, okay. Das ist ja quasi auch der Vorgänger von dem, der uns jetzt hier immer Briefe schreibt. Und im Vergleich jetzt mal zu dem, was wir so derzeit an Post bekommen, klang zumindest das in diesem Vermerk so, dass man da etwas gesprächsbereiter war. Also, konkret wurde da in Aussicht gestellt, dass man dem PKGr zur Verfügung stehen würde. Man regte auch an, dass man eben Gespräche führen sollte, Parlamentarier sollten Gespräche führen mit dem Kontrollausschuss Intelligence and Security Committee der Briten. Ist aus dieser Gesprächsatmosphäre, für britische Verhältnisse, sage ich jetzt mal, konstruktiven Gesprächsatmosphäre - - sind da Resultate herausgekommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass zum Beispiel ein Besuch im Kontrollgremium stattgefunden hätte oder dass es auf anderen Ebenen Gespräche in diese Richtung gab, zumal die Briten ja stets gesagt haben, sie sagen uns eben nichts. Wir haben ja auch die gleichen Kataloge an die Briten geschickt - das war ja der parallele Ansatz wie bei den Vereinigten Staaten -, und sie haben es, vielleicht etwas höflicher - - aber letztendlich haben sie sich ja nicht geäußert.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich habe hier - MAT A BMI-1/11a, Blatt 87 ff. - eben von diesem Deputy National Security Advisor, Oliver Robbins, gegenüber Herrn Staatssekretär Fritsche die Aussage - ich zitiere jetzt mal aus dem Vermerk -: Er selbst ist bereit, dem PKGr zur Verfügung zu stehen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, dann wird er das so gesagt haben, der Herr Robbins.

Christian Flisek (SPD): Das ist ja grandios.

Zeuge Stefan Kaller: Finde ich auch.

Christian Flisek (SPD): Wurde dieses Angebot dem PKGr übermittelt?

Zeuge Stefan Kaller: Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Herr Ströbele hört gar nicht zu; sonst könnte ich an seinem Augenzwinkern jetzt irgendwie eine Reaktion - - Nein. Also, da können Sie gar nichts zu sagen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Weil ich finde das ja schon - - Noch mal: Die Briten sind da sehr, sehr zugedeckt an und für sich. Wenn das jetzt wirklich so sein sollte, dass nach Snowden im Dezember 2013 so eine Person persönlich bereit sei, in einem deutschen parlamentarischen Kontrollgremium als Zeuge zur Verfügung zu stehen - - Mich wundert das, ganz offen, warum dieser Faden nicht aufgegriffen worden ist. Aber da wissen Sie gar nichts zu?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wer müsste das denn wissen, was aus diesem Angebot geworden ist? Herr Staatssekretär Fritsche selber?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, oder der damalige Vorsitzende des Kontrollgremiums. Ich weiß nicht, wer war das? War das schon Herr Binninger oder - - Ich weiß es nicht. Ich kann es Ihnen einfach nicht sagen, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Ja, da müssen wir noch mal nachfassen, okay. - Irgendwie muss ja dann mal die Stimmung gekippt sein, zumindest wenn ich die Post sehe, die wir so kriegen. Können Sie das irgendwo festmachen?

Zeuge Stefan Kaller: Wie meinen Sie das, „die Stimmung gekippt“?

Christian Flisek (SPD): Na ja, also uns gegenüber wird halt hier mehr oder weniger signalisiert, dass keinerlei wirkliche Kooperationsbereitschaft besteht. Ich sage jetzt mal so ein bisschen flapsig, es wird auch signalisiert, so nach dem Motto: Es ist die feine, britische Art, über solche Themen überhaupt nicht zu reden. Und das sticht halt heraus hier, dieses Angebot.

Zeuge Stefan Kaller: Jetzt verstehe ich das auch vor dem Hintergrund. Das wirkt sehr kooperativ, nicht.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Und noch mal: Wir haben auch von amerikanischer Seite immerhin eine gewisse Kooperationsbereitschaft ja signalisiert bekommen. Man hat nie irgendwie - bis zu einem bestimmten Zeitpunkt - gesagt: Wir machen generell die Türen dicht. - Im Gegenteil, man hat immer betont, man hat Respekt vor parlamentarischer Kontrolle, und man kennt eben auch Untersuchungsausschüsse, und man würde immer gerne dann im Einzelfall Entscheidungen treffen. Das sticht, wie gesagt, hier heraus, und deswegen - - Aber gut, wenn Sie dazu nichts sagen können. Sie haben auch keine Anhaltspunkte dafür, dass irgendwo mal dann für Sie wahrnehmbar der Kontakt mit den Briten in irgendeiner Weise gekippt sein könnte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Also ehrlich gesagt: Ich fand die britische Haltung immer schon sehr zurückhaltend, -

Christian Flisek (SPD): Very special.

Zeuge Stefan Kaller: - um es mal so zu sagen.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut. Dann haben wir in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen an Sie, Herr Kaller. Erst mal herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele macht da weiter, wo er aufgehört hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nein, ich will erst noch mal eine Anschlussfrage an das, was der Kollege Flisek jetzt gefragt hat - - Erinnern Sie sich, dass Sie dabei waren oder davon wissen, von einem Gespräch am 20.02.2014., Herr Minister de Maizière mit seiner Kollegin aus London?

Zeuge Stefan Kaller: Frau May?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Wann war das? Am 20.02.2014? Mit Frau May?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die neue Koalition kam im Oktober/November 2013, -

Zeuge Stefan Kaller: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann wurde Herr de Maizière Ihr Chef.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann soll da ein Gespräch stattgefunden haben. Vielleicht hilft das. Kennen Sie die, oder erinnern Sie sich an ein Gespräch über - -

Zeuge Stefan Kaller: Ich war oft dabei, wenn er Frau May getroffen hat, sehr häufig; aber ob das jetzt am 20. Februar war - es tut mir wirklich leid -, das kann ich nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ist es möglich, dass da G6 war in Deutschland? Waren wir da in Dresden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Kaller: War da G6 in Dresden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nicht G6, sondern das soll hier in Berlin gewesen sein, in der Parlamentarischen Gesellschaft.

Zeuge Stefan Kaller: Okay. Ich kann mich nicht an diesen Tag und an ein Gespräch - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier, da drüben.

Zeuge Stefan Kaller: Im BMI?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, BMI ist hier nicht. Parlamentarische Gesellschaft, das ist das.

Zeuge Stefan Kaller: Also, in der Parlamentarischen Gesellschaft war ich, glaube ich, noch nie in Berlin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Stefan Kaller: Also, glaube ich. Manchmal folge ich ruckartig Delegationen und weiß gar nicht, wo ich bin; das ist schon mal so. Aber ich glaube nicht, dass ich schon mal in der Parlamentarischen Gesellschaft war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich meine: Wie häufig waren Sie denn in den letzten Jahren - mit dem Minister wahrscheinlich häufiger - in Deutschland mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau May zusammen? Die macht ja jetzt vielleicht noch Karriere.

Zeuge Stefan Kaller: Was die Zeitungen so sagen. - Also, ich habe Frau May ja immer nur getroffen, wenn der Minister sie traf und ich Teil der Delegation des Ministers war. Ich treffe Frau May ja nicht so - oder sie mich nicht. Wir müssen das immer schön nach den Sternchen sortieren hier. Und ich denke mal, es waren vielleicht zehn Treffen, die der Bundesinnenminister mit Frau May hatte, wo ich dabei war, an allen möglichen Orten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, über andere können Sie ja wenig sagen.

Zeuge Stefan Kaller: Eben. Und deswegen weiß ich auch nicht, was das am 20.02. jetzt war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also ich bekomme jetzt gerade hier eine Mail von Herrn Stefan Kaller vom 10. Februar 2014.

Zeuge Stefan Kaller: Vom 10.?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wurde mir in Kopie jetzt hier vorgelegt.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ist schon klar, dass ich die Ihnen nicht geschickt habe. Ich habe Ihnen noch nie eine Mail geschickt.

(Heiterkeit)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da steht: „Schon mal zK. Werde teilnehmen.“

Und da geht es um dieses Gespräch mit Frau May. Vorangegangen war vom 6. Februar - -

Zeuge Stefan Kaller: Also, Herr Ströbele, da müssen Sie mir den Vorgang mal zeigen, dann kann ich den überhaupt mal einordnen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er

sowie ein Vertreter der
Bundesregierung nehmen
Einblick)

Sie trauen mir viel zu; das freut mich. So, da schreibt mir die Vicky an alle möglichen: Minister hat das gebilligt, bitte auch AL ÖS. Und da schreibe ich: „Schon mal zK. Werde teilnehmen“, und frage Themen ab. Ich will mich ja nun wirklich nicht drücken; wo ich war, war ich und sage es Ihnen auch. Nur, ich kann Ihnen nicht sagen, ob ich die Ankündigung „Werde teilnehmen“ vom 10. Februar dann am 20. Februar auch wahrgemacht habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ich verstecke das nicht vor Ihnen; ich kann es einfach nicht mehr sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Weil in dem Gespräch soll es auch um das Thema Tempora -

Zeuge Stefan Kaller: Genau, Tempora, ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - gegangen sein. Tempora, das sagt uns doch allen was.

Zeuge Stefan Kaller: Mir jedenfalls.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns auch!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sehen Sie.

Zeuge Stefan Kaller: Sehen Sie. Ich darf das mal vorlesen. Ist das Geheim?

(Der Zeuge wendet sich an
Vertreter der
Bundesregierung)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ist nichts Geheim.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Also, da steht als Ergebnisvermerk dieses Gespräches Folgendes - ich weiß nicht, wer den verfasst hat. - Doch, jetzt sehe ich es: mein Kollege; den Namen muss ich ja nicht nennen -, Tempora:

H. Minister betonte die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Dienste, die gezielte Informationsbeschaffung gegenüber Partnern sei jedoch nicht hinnehmbar; dies habe er auch gegenüber US-Seite deutlich gemacht. Es werde voraussichtlich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss geben; er warb dafür, von UK-Seite nicht vor-schnell die Aussage vor dem Ausschuss auszuschließen.

Ja, der Bundesinnenminister ist Parlamentarier durch und durch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Stefan Kaller: Das finde ich ja gut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie was vorgelesen. Jetzt frage ich Sie: Kommt Ihre Erinnerung? Ein Gespräch, wo es - - Und Thema soll auch Tempora gewesen sein.

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Ich habe - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht sogar um den Untersuchungsausschuss. Oder haben Sie nicht so häufig - -

Zeuge Stefan Kaller: Herr Abgeordneter, dieses Schriftstück legt ja die Annahme nahe, dass ich zehn Tage später da war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sonst hätte ich Ihnen ja nicht vorgehalten.

Zeuge Stefan Kaller: Ich weiß. Ich kann Ihnen aber trotzdem nicht sagen, was ich am 20. Februar 2014 nun tatsächlich gemacht habe. Verstehen Sie, es ist eben einfach so.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie einen Kalender? Können Sie nachgucken?)

- Was habe ich?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Kalender, in dem Sie eventuell nachgucken können!)

- Ja, nicht dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, mir kommt es ja jetzt darauf an - - Ich erinnere mich auch schlecht an Daten, und wenn das ein paar Jahre her ist, noch weniger. Aber es kommt ja auf den Inhalt an. Vielleicht kommt einem dann das - - Deshalb frage ich Sie immer wieder: War das so viel an solchen Gesprächen, wo Sie mit Frau May - - und wo dieses hier Thema war, was hier Untersuchungsausschuss ist? Dämmert es da, da war was? Weil mich natürlich interessiert: Was hat die eigentlich gesagt?

Zeuge Stefan Kaller: Klar, mich ja auch, aber ich kann es Ihnen - - Ich habe keine Erinnerung an ein Gespräch der beiden Minister, wo es um den Inhalt dessen ging, was dieser Gesprächsvermerk jetzt gibt. Ich habe daran leider keine Erinnerung. Tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwie weg.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, vielleicht nie da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Wissen Sie denn, jetzt mal unabhängig von diesem Vermerk und von diesem konkreten Gespräch, ob sich Frau May - ist ja nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwer in der britischen Regierung - oder jemand anders mal überhaupt dazu geäußert haben? Haben die gesagt: „Snowden, Snowden? Wir wissen gar nicht, was das ist. Alle fragen uns nach Snowden, keine Ahnung. Tempora haben wir noch nie gehört. Hat das was mit dem Wetter zu tun oder so?“, oder haben die gesagt: „Ja, ja, das ist schon richtig“, das wäre das andere Extrem, „das stimmt schon alles, aber wir wollen dazu nach Außen nichts sagen“, oder irgendwas zwischendrin, dass sie gesagt haben, rumgedrückt haben, zu Erkennen gegeben haben: „Das wird wohl stimmen“, oder so, aber sie wollen sich dazu nicht äußern?

Zeuge Stefan Kaller: Also ich habe dazu keinerlei Erinnerung an eine Äußerung von Home Secretary May in Bezug auf diese Themen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und anderen britischen Stellen? Das findet sich ja auch in den Akten, dass Sie sogar ständigen Kontakt mit denen haben sollen, also mit Briten, mit der britischen Administration.

Zeuge Stefan Kaller: Wer hat jetzt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Sie persönlich, sondern das Ministerium.

Zeuge Stefan Kaller: Das mag schon sein. Wir haben auch regelmäßigen Kontakt. Ich allerdings hatte keinen Kontakt zu irgendjemandem, der gesagt haben könnte, was Sie gerade fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht? Ja, aber das sind doch Sicherheitsleute oder auch die Dienste oder die Verantwortlichen der Dienste, oder nicht?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, klar, das sind alles Sicherheitsleute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, also ein bisschen komisch kommt es mir jetzt, dass Sie da so Ihr Gedächtnis verlieren. Ich war selber auch in London, auch nach den Ereignissen, irgendwie im Herbst, und

ich habe da auch im Parlament mit welchen gesprochen, und die wussten sofort, um was es geht, und haben dann - das waren Abgeordnete, Mitglieder des Kontrollgremiums dort - zwar keine Einzelheiten erzählt oder so, aber Meinungen geäußert. Ich kann mir vorstellen, auf Ihrer Ebene wird das doch ähnlich sein. Sie haben aber keinerlei Ahnung, ob Sie nur über das Wetter geredet haben oder auch über diese Vorwürfe - immerhin schwerwiegende Vorwürfe; da werden Sie mir ja recht geben, hoffentlich - gegen einen EU-Partner - noch. Ist ja nichts Normales, was jeden Tag passiert. Die spionieren hier aus und sollen massenweise Daten von Deutschen abschöpfen.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ich kann mich nur wiederholen, Herr Abgeordneter: Ich selber habe keine Erinnerung an Gespräche mit Frau May. Ich selber war auch in der Snowden-Zeit nicht in London, auch nicht alleine als Head of Delegation. Ich kann Ihnen nur sagen, welche Fragen von Deutschland aus an die britische Seite gesendet wurden und unbeantwortet blieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir dann wieder wechseln. Nachdem die Union keine Fragen mehr hat, wären wir direkt wieder bei der Fraktion Die Linke. Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Da sind wir wieder bei den Dateianordnungen, wo wir eben aufgehört haben. Ich würde Sie einfach trotzdem noch mal bitten, mir zu benennen, wer, und zwar mit Name oder Dienstbezeichnung, zuständig ist im BMI in der Rechts- und Fachaufsicht, gegenüber dem BfV zu kontrollieren, dass dort für Dateien Dateianordnungen bestehen.

Zeuge Stefan Kaller: Das ist der Referatsleiter ÖS I 2, Herr Marscholke.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, okay, alles klar. Und wer - - Können Sie sich daran erinnern, wer jetzt zu der Auffassung gekommen ist, dass man für XKeyscore keine Dateianordnung benötigt?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, da kann ich mich nicht daran erinnern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Rahmen haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass es diese Auffassung gibt?

Zeuge Stefan Kaller: Das habe ich - - Warten Sie mal, jetzt muss ich genau überlegen. Also, meine eigene Wahrnehmung XKeyscore begann ja nach Snowden, und in dem Zusammenhang weiß ich nicht, ob ich das gehört hatte. Ich habe mich vor 14 Tagen, als ich den Erlass unterschrieben habe, nunmehr den Wirkbetrieb aufzunehmen, darüber unterhalten, und ich meine auch, es war ein Gespräch mit Herrn Marschollek. Ich meine auch, aber bin mir nicht ganz sicher; es kann auch ein Referent sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Maschollek ist doch schon mal eine Hausnummer.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehen Sie eine Zuständigkeit der BfDI für XKeyscore im BfV?

Zeuge Stefan Kaller: Für XKeyscore im BfV. Da möchte ich Ihnen jetzt nicht spontan eine Antwort geben, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Spontan muss das gar nicht sein.

Zeuge Stefan Kaller: Na gut, ich habe auch kein gefestigtes Wissen über diese Frage in mir. Das würde ich Ihnen gerne geben, aber habe ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne - - Kein gefestigtes Wissen, also, Sie können auch ungefestigtes Wissen, Erfahrungswissen, wie man so schön sagt, hier zum Besten geben.

Zeuge Stefan Kaller: Tue ich an dieser Stelle nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht? Ist es mal thematisiert worden, ob die BfDI zuständig ist?

Zeuge Stefan Kaller: Kann ich mich nicht daran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich nicht daran erinnern?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, es gibt im Moment eine ganz andere - - Was heißt, es gibt im Moment? Es gibt schon seit langem einen, sagen wir mal, Auffassungsunterschied über die Kontrollbefugnisse BfDI in Bezug auf G-10-Daten. Und da sprechen wir der BfDI die Kontrollbefugnis ab; das lässt sich aus verschiedenen Normen ableiten. BfDI sieht es anders. Ja, das ist so. Aber ob diese Erkenntnislage jetzt frei übertragbar ist auf XKeyscore, Auswertergebnisse, verstehen Sie, das will ich jetzt nicht vorschnell bejahen oder verneinen, sondern da muss ich einfach noch mal nachfragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ist denn zu der Auffassung gekommen, dass für G-10-Daten die BfDI nicht zuständig ist?

Zeuge Stefan Kaller: Der Abteilungsleiter ÖS und seine Mitarbeiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie?

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das haben Sie auch kommuniziert mit der BfDI?

Zeuge Stefan Kaller: Also ich persönlich - - Weiß ich jetzt nicht, ob ich das unterschrieben habe; aber aus meiner Abteilung wird es schon jemand getan haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und daraus ergibt sich dann wahrscheinlich auch, dass es keine Notwendigkeit für eine Dateianordnung für XKeyscore gibt, weil da werden ja nur G-10-Daten verarbeitet. Kann das sein, dass man auf diesem rechtsirrigen Weg sich bewegt im BfV?

Zeuge Stefan Kaller: Dass man was bewegt? Dass man? Ich habe das nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann das sein, dass man sich auf diesem rechtsirrigen Weg im BfV bewegt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Nein, das kann nicht sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu der Frage, ob es für XKeyscore eine Dateianordnung benötigt, haben Sie keine Erinnerung, ob es dazu auch eine Auseinandersetzung mit der BfDI gab, eine Diskussion?

Zeuge Stefan Kaller: Habe ich keine Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne aus einem Schreiben von Frau Voßhoff an mich - nicht an den Ausschuss - zitieren.

Zeuge Stefan Kaller: An wen jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Ein Schreiben von Frau Voßhoff.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte sie am 3. Mai gebeten um eine Einordnung hinsichtlich der Erforderlichkeit einer Dateianordnung im BfV für XKeyscore.

Zeuge Stefan Kaller: Am 3. Mai dieses Jahres, nehme ich an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und sie hat mir am 1. Juli dieses Jahres geantwortet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das ein Ausschussdokument?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man das dem Ausschuss zugänglich machen?

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann ich dann im Nachgang dem Ausschuss zugänglich machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann würden wir es mit einer Drucksachenummer versehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann versehen wir es mit einer Drucksache. - Ich will auch nur auf zwei - es ist ein längeres Schreiben - Punkte eingehen. Sie schreibt:

Eine abschließende Bewertung der BfDI gegenüber dem BfV in Bezug auf die Frage, ob für die Verwendung der Software „XKeyscore“ (XKS) eine Dateianordnung (DAO) erforderlich ist, ist aufgrund ausstehender bzw. ergänzungsbedürftiger Informationen des BfV noch nicht erfolgt. Das BfV bestreitet nicht nur die Notwendigkeit einer DAO, sondern auch meine Zuständigkeit in Bezug auf XKS.

Zeuge Stefan Kaller: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist das, was Sie uns eben referiert haben, ja?

Zeuge Stefan Kaller: Weiß ich nicht. Also, ich bin nicht bereit, jetzt einen Inhaltsabgleich meiner Ausführungen mit dem, was Sie mir hier jetzt aus dem Mai dieses Jahres vorlegen, vorzunehmen. Entschuldigen Sie, Frau Renner, das mache ich nicht. Das Schreiben können Sie mir geben; wahrscheinlich haben wir es schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Das können Sie nicht bekommen haben; das ist ein Schreiben an mich. Das kann ich dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Zeuge Stefan Kaller: Dann wird sie uns das inhaltsgleich wahrscheinlich auch schon mitgeteilt haben, die Frau Voßhoff. Nehme ich einfach mal an, dass Sie hier einen Sach- und Streitstand referieren, der dem BMI bekannt ist oder dem BfV. Das nehme ich einfach mal an, ohne das jetzt zu wissen. Das werde ich hier nicht mit Ihnen stante pede - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Die Notwendigkeit einer Dateianordnung für XKeyscore ist aber für uns untersuchungsgegenständlich, -

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - also vollumfänglich, da reden wir hier notfalls noch zwei Stunden drüber; weil es ist vollkommen klar: Wenn die Notwendigkeit besteht nach Bundesdatenschutzgesetz und BfV-Gesetz usw. und nicht vorhanden ist, muss sofort die Datei außer Vollzug gesetzt werden - - und die Daten gelöscht werden. Das ist die Rechtsfolge daraus. Die kennen Sie sicherlich, oder?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Ich nehme das zur Kenntnis, Frau Abgeordnete, dass Sie das so sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Deswegen ist das für uns auch keine Bagatelle, sondern irgendwie eine zentrale Frage.

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe auch nicht von einer Bagatelle gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt wissen wir, dass seit einer Woche das Ganze in Wirkbetrieb gegangen ist, anscheinend ohne Dateianordnung, und meiner Meinung nach ist das nicht zulässig, was da erfolgt.

Zeuge Stefan Kaller: Nehme ich zur Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Ich möchte Ihnen aber gerne auch noch neben der Frage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur ganz kurz eine Zwischenfrage. Wenn wir das Schreiben kriegen - - Ich habe es immer noch nicht so schnell nachvollziehen können, ich will aber nichts aufhalten: Wenn es um den Wirkbetrieb geht, dann wären wir außerhalb des Untersuchungszeitraums.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das stimmt, dann sagen wir im -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es nur nicht so schnell mitgekriegt, sorry, vielleicht geht es auch anderen so.

Martina Renner (DIE LINKE): - Wirktestbetrieb. Im Probebetrieb, im wie auch immer genannten Betrieb, der davor stattgefunden hat, fehlte ja die Dateianordnung auch. Ändert ja an der Sache nichts. Es hat sich jetzt nur noch mal verschärft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Es war nur zu schnell für mich.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Hier steht nun drin, das BfV bestreitet die Notwendigkeit einer Dateianordnung und auch die Zuständigkeit der BfDI. Finde ich tatsächlich beide Aussagen - und dafür muss ja das BMI auch geradestehen, wenn das BfV das so sieht -

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - für ausgesprochen fragwürdig. Es gibt aber auch eine inhaltliche Bewertung hinsichtlich der Frage, ob man eine Dateianordnung für XKeyscore benötigt, und da kann ich Ihnen auch noch kurz referieren:

Ausgehend von der im Bezugsschreiben dargestellten Datenverarbeitung (Erstellung von Fingerprints) handelt es sich bei dem in XKS enthaltenen Datenbestand um personenbezogene Daten, die nicht nur nach bestimmten Merkmalen ausgewertet werden können, sondern auch tatsächlich ausgewertet werden. Somit handelt es sich bei XKS nach dem von Ihnen dargelegten Sachverhalt um eine Datei im Sinne des § 46 Abs. 1 BDSG. Folglich besteht für diese eine Dateianordnungspflicht des BfV nach § 14 BVerfSchG. Der Gesetzgeber verlangt für jede Datei eine Dateianordnung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist Ihnen diese Auffassung bekannt, dass man für XKeyscore eine Dateianordnung benötigt?

Zeuge Stefan Kaller: Frau Abgeordnete, mir ist bekannt, dass BfDI das vermutlich fordert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Und mir ist bekannt, dass sie nicht nötig ist, ja. Und mir ist bekannt, dass wir in einer Vielzahl von Einzelfällen mit dem BfDI unterschiedliche Auffassungen haben, ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Und für die Auffassung im BMI, dass die Dateianordnung nicht erforderlich ist, übernehmen Sie die Verantwortung?

Zeuge Stefan Kaller: So ist es. Genau so ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Das ist doch sehr gut, dann kann man auch in dieser Frage wissen, an wen man sich da zu wenden hat. - Dann hätte ich gerne noch zu der Ausleitung von Daten an ANDs die Nachfrage. Sie sagten ja vorhin, dafür ist dann der Referatsleiter im jeweiligen Phänomenbereich zuständig. Könnten Sie mir da noch sagen, wer das für den Bereich Islamismus ist?

Zeuge Stefan Kaller: Das Referat hat aktuell keinen amtierenden Referatsleiter; der hat das Referat verlassen vor geraumer Zeit. Das macht jetzt Herr Koch. Er ist Referent und nimmt die Funktion des stellvertretenden Referatsleiters wahr.

Martina Renner (DIE LINKE): Und vor Herrn Koch? Weil, das ist ja möglicherweise - -

Zeuge Stefan Kaller: Vor Herren Koch war es Herr Selen. Selen, S - E - L - E - N.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, alles klar. Also die sind noch für die Frage, Überprüfung des Themas und so weiter zuständig.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wollen wir einmal schauen, ob die Fraktion der SPD noch Fragen im öffentlichen Teil hat? - Nein. Gut. - Dann wären wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre sachdienlicher, wenn man die Fragen nacheinander stellen könnte, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das können Sie doch, Herr Kollege Ströbele. Sollen denn die anderen gar nicht mehr dürfen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da muss man immer wieder von vorne anfangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie machen immer so lustige Anmerkungen, Herr Kollege Ströbele, aber das gehört doch zur parlamentarischen Fairness dazu, dass andere Fraktionen auch Fragen stellen dürfen. Das muss man doch nicht immer beklagen und kritisieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gehört dazu, aber trotzdem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es wäre doch ganz schlimm, wenn nur Sie Fragen stellen könnten dürften. Dann würden doch alle ganz traurig sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allem wenn ich nachher alleine dran bin, machen Sie immer noch die Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wenn keiner mehr will, dann dürfen Sie ganz alleine, und alle anderen bleiben sogar, weil die Fragen so klug sind, und die hören Ihnen dann endlos zu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht jetzt alles von meiner Zeit wieder ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, die Zeit läuft noch gar nicht. Ich lasse die ja immer ein paar Minuten bei Ihnen länger laufen, obwohl Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich ja immer beschweren, Herr Kollege Ströbele; so eine Toleranz habe ich hier. Auf geht's!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kaller, können Sie sich daran erinnern, dass Sie mal an einem Antwortschreiben beteiligt gewesen sind, das Sie dann auch gebilligt haben, an den Kollegen Dr. Reinhard Brandl, der Bezug genommen hat auf eine Petition der Piratenpartei für eine Klage gegen Großbritannien vor dem EGMR, also dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wegen Tempora. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Stefan Kaller: Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir das mal zeigen könnten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das kann ich nicht; das habe ich hier gerade jetzt nicht liegen. Ich kann die Fundstelle sagen, aber ich - - Sie waren da Abteilungsleiter, und da kommt es mir darauf an - - also zwei Sätze, einer, der im Entwurf drin war und dann rausgestrichen worden ist, und einen anderen. Ich kann Ihnen das ja mal vorlesen: „Die Bundesregierung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Ströbele, wenn Sie die Fundstelle sagen, können wir nachblättern; vielleicht haben wir es dokumentiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 11.09.2013. Fundstelle: MAT A BMI-1/3b, Blatt 76. Also, ein Schreiben vom 11. September 2013, relativ nah an der aufregenden Zeit.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert und liest darin)

Zeuge Stefan Kaller: Da muss ich erst mal gucken. Da muss ich mich erst mal orientieren, Herr Abgeordneter, ich bitte um Nachsicht. - Also, an Herrn Brandl. Ja. Okay. Jetzt, wo Sie es mir zeigen. Ja, ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ich weiß nicht, ob ich es damals tatsächlich gesehen und bewertet habe. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Habe ich es abgezeichnet?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber mir kommt es darauf an - - erst mal auf den ersten Satz, wo steht, dass Sie mit den Behörden Großbritanniens im ständigen Kontakt sind, -

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Das sind die Fragen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - um die in der Presse erhobenen Vorwürfe, insbesondere im Zusammenhang mit Tempora, aufzuklären.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das sind die Fragenkataloge an die Briten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ständigen Kontakt.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich jetzt erinnern, -

Zeuge Stefan Kaller: Nein, ich kann mich nicht daran erinnern. Ich lese - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass Sie an den Kollegen geschrieben haben.

Zeuge Stefan Kaller: ... (akustisch unverständlich)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ging es ja immerhin um eine mögliche Klage oder Petition, steht hier, -

Zeuge Stefan Kaller: Also ich schreibe nie an Abgeordnete.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - an den Europäischen Gerichtshof.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Das macht unser Parlamentarischer Staatssekretär, wenn überhaupt. Ich antworte keinen Abgeordneten. Das darf ich gar nicht. Nein. Ich erinnere mich nicht an den Inhalt dieses Schreibens. Ich weiß auch nicht, was Herr Dr. Brandl an das BMI adressiert hat. Ich nehme das hier zur Kenntnis, und -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Stefan Kaller: - ich kann Ihre Fragen beantworten, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das soll von Ihnen dann gebilligt worden sein. Also es gibt noch - kann ich Ihnen auch noch geben - eine weitere Mail von Herrn Kaller, Stefan. Da steht, offenbar zu diesem Schreiben:

Okay. Danke.

Also das ist okay wohl, dieses Schreiben. Danke.

Auf AA und BMJ verzichten wir.
Gruß K.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Das habe ich geschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie gewesen sein?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, ganz bestimmt. Genau. Das war dann zwei Tage später wahrscheinlich, nicht? Am 13.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Stefan Kaller: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da kommt es mir jetzt drauf an. Den ersten Satz habe ich Ihnen ja schon vorgelesen.

Zeuge Stefan Kaller: Mhm. Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gab es ursprünglich einen zweiten Satz. Der hieß:

Bislang gibt es keine konkreten Anhaltspunkte, dass deutsche Bürger durch britische Behörden in ihren Rechten verletzt wurden.

Zeuge Stefan Kaller: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dieser Satz findet sich aber in dem Okay-Schreiben nicht mehr drin.

Zeuge Stefan Kaller: Woher wissen Sie das? Moment.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da eine Erklärung für? Und können Sie den Satz erklären?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Ich verstehe immer noch nicht - - Also ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen ein bisschen lauter reden, sonst kommt das hier nicht richtig an, und ins Mikrofon.

Zeuge Stefan Kaller: Also, in dem Entwurf vom 11., da ist der Satz drin, den Sie ansprechen:

Bislang gibt es keine ...

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Okay. So. Dann ist das am 12. in einer scheinbar überarbeiteten Version -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Stefan Kaller: - erweitert worden oder verändert worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Und - so meine Annahme - der Grund war die Mitzeichnung BK-Amt und Referat V I 4.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Das nehme ich mal so an; denn ich bearbeite so etwas nicht persönlich. So. Und da lautet der Antwortvorschlag jetzt abweichend und enthält diesen einen Satz nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Darauf wollen Sie hinaus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und das deutet doch darauf hin, dass da inzwischen oder überhaupt - weiß man nicht - vielleicht doch konkrete Anhaltspunkte dafür da waren. Deshalb wurde der Satz herausgenommen. Sonst gibt das ja keinen Sinn.

Zeuge Stefan Kaller: Och.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also einmal steht: Wir haben keine Anhaltspunkte. - Dann nimmt man den Satz raus. Jetzt fragt man sich: Warum haben die das herausgenommen? - Weil es nicht stimmt oder nicht mehr stimmt; kann ja auch sein.

Zeuge Stefan Kaller: Das ist Ihre Auslegung, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich. Es liegt nahe, oder nicht?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Ich weiß - - Das liegt für mich nicht nahe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liegt für Sie nicht nahe.

Zeuge Stefan Kaller: Es ist eine Möglichkeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reiner Zufall, wollte man ein Blatt Papier sparen.

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Das ist ja länger geworden. Da haben wir ja Papier verschwendet. Nein, nein. Das ist eine Möglichkeit. Eine andere - - Ich kann es Ihnen aber nicht sagen. Ich weiß nicht, wie der Mitzeichnungsprozess abgelaufen ist und warum dieser Satz nicht mehr drinsteht. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich kann jetzt Theorien anstellen. Möglicherweise passte er nicht in das Begehren des Herrn Dr. Brandl. Möglicherweise war seine Frage darauf gar nicht gerichtet. Ich weiß es nicht. Also, ich kann auch nur feststellen, was Sie mir gerade vorhalten. Der Entwurf hat eine Änderung angenommen, die ich feststelle. Und wie er nun herausgegangen ist, weiß ich übrigens auch nicht. Fragen wir mal Herrn Dr. Brandl. Vielleicht hat er noch - - So, das ist alles.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können auch nicht sagen, was der Satz für eine Bedeutung hatte?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, kann ich nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ob Sie das überprüft haben oder so. Also Sie sagen, der ist raus, wissen Sie nicht, kann so oder so gewesen sein.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also denkmöglich ist alles.

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fast alles.

Zeuge Stefan Kaller: Auch nicht fast alles. Denkmöglich ist bei uns immer nur das Vernünftige.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Dann verlasse ich dieses Kapitel und komme zu einem anderen. Haben Sie im Bundes-



Nur zur dienstlichen Verwendung

innenministerium - das müssen Sie nicht persönlich gewesen sein, sondern irgendjemand anders kann es auch gewesen sein - mal Überlegungen angestellt, ob das Bundesinnenministerium zulassen könnte, möglicherweise sogar absichern könnte, wenn Herr Snowden nach Deutschland kommt? Sie wissen ja, dass das immer wieder in der Diskussion war, und wir haben ja auch hier beschlossen, ihn zu hören. Dazu müsste er hierher kommen als Zeuge. Sind da mal Überlegungen angestellt worden -

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - über erstens die Frage mit der Auslieferung und so - kann man ja so oder so sehen -, zweitens die Fragen: „Ist er hier sicher, oder ist er hier nicht sicher, vor den Amerikanern oder vor anderen?“?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Also, solche Überlegungen sind mit Sicherheit angestellt worden. Das wäre dann allerdings unsere Abteilung M, Migration, weil es sich ja um Fragen handelt der Einreise, des Aufenthalts, Aufenthaltsgewährung. Ich sage das mal so im weitesten Sinne. Und an diesen Fragen bin ich nicht beteiligt, weil ich ja nicht über Einreise und Aufenthalt zu entscheiden habe. Und Snowden ist ja US-Bürger. Damit ist er ja Drittstaatsangehöriger und entfällt sozusagen diesem ganzen Bereich. Ich erinnere mich, es gab dann einen Bericht der Bundesregierung, meine ich, an den Innenausschuss oder ans Kontrollgremium - das weiß ich nicht mehr genau -, wo nach meiner Erinnerung alle möglichen Aspekte einer rechtlichen Betrachtung einer Aufenthaltsnahme von Snowden in abstracto erörtert wurden. Den gab es mal. Aber da kann ich jetzt weder sagen, was in dem Bericht im Einzelnen drinstand, noch bin ich da geeignete Auskunftsperson; denn das Aufenthaltsrecht oder das Asylrecht betrifft ja nicht meinen Bereich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber vielleicht wissen Sie das Ergebnis. Haben Sie, oder das Ministerium jetzt, die Möglichkeit gesehen, ihn hierher zu holen, einreisen zu lassen und dann zu sichern? Oder haben Sie gesagt: „Das geht alles gar nicht. Einreisen geht

aus dem und dem Grund nicht, und sichern geht auch nicht“?

Zeuge Stefan Kaller: Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter. Daran war ich nicht beteiligt. Das Einzige, was ich Ihnen sagen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn Sie von einem solchen Schreiben wissen, wissen Sie vielleicht das Ergebnis.

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Da habe ich mir also wirklich - - Ich lese solche Berichte immer nur dort, wo mein Bereich eine Rolle spielt. Ich könnte Ihnen etwas zu dem Auslieferungsantrag sagen, weil ich da - - Also internationale Rechtsilfe, Auslieferung ist mein Fachbereich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das ist ja interessant.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Aber das ist ja nicht der Punkt, den Sie meinen, sondern Sie meinen ja sozusagen Einreise und Aufenthalt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann meine ich jetzt das mal mit dem Asyl - - Das haben wir hier ja auch schon mehrfach erörtert, ob die Bundesregierung dazu mal eine Stellungnahme abgibt, ja oder nein. Was ist denn Ihre Auffassung dazu oder die Ihrer Abteilung oder des Hauses?

Zeuge Stefan Kaller: Zum Asyl?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Habe ich keine Auffassung zu. Das Asylrecht ist ebenso wie das Ausländerrecht Teil der Abteilung M, Migration.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Da haben Sie nichts mit zu tun. Mit was haben Sie zu tun, noch mal?

Zeuge Stefan Kaller: Ich hatte gerade Auslieferung - - Internationale Rechtshilfe, das ist - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Genau.

Zeuge Stefan Kaller: Also das Ersuchen, was ja noch vom BMJ geprüft wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist ja fast noch interessanter, nämlich die Frage: Welche Auffassung vertreten Sie denn da? Müsste Herr Snowden ausgeliefert werden, ja oder nein?

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich habe da eine ganz klare Haltung zu, Herr Abgeordneter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu vielleicht noch die Bundesregierung. Herr Akmann meldet sich.

MR Torsten Akmann (BMI): Das sind jetzt schon seit längerem alles Fragen, die eigentlich in die Beratungssitzungen gehören. Die Bundesregierung hat dazu ja auch einen Bericht geschrieben. Sie bekommen regelmäßig Auskunft vom BMJV in dieser Frage. Das hat in dieser Zeugeneinvernahme nichts zu suchen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso das denn?

Zeuge Stefan Kaller: Genau. Und meine Haltung ist, um den Satz zu Ende zu bringen: Das ist Angelegenheit des BMJV, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe dazu keine Haltung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben da keine Meinung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten auch jetzt im Zweifel wechseln, außer die Fraktion Die Linke hat keine Fragen mehr. - Ach so. Okay. Sonst hätte Herr Ströbele weitermachen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich habe noch zwei Komplexe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Daten aus G-10-Erfassungen haben welchen Einstufungsgrad?

Zeuge Stefan Kaller: Och, da fragen Sie mich was. Kann ich Ihnen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber einen hohen wahrscheinlich.

Zeuge Stefan Kaller: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Einen hohen wahrscheinlich, oder?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das kommt auf den Inhalt eines Datums an. Es gilt dann allerdings natürlich das Sonderregime für den Umgang mit G-10-Daten. Das hat jetzt nicht unmittelbar etwas damit zu tun, welcher Geheimhaltungsstufe ich es zuordne, sondern das ist ein Sonderregime.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn diese Daten auf einer Festplatte oder einem USB-Stick zwischen Köln und Berlin hin- und herreisen, muss es darüber eine Niederlegung geben, so eine Art - ich nenne das jetzt mal - Empfangsschein, Quittierbuch, so etwas?

Zeuge Stefan Kaller: Och, das kann ich Ihnen nicht sagen. Kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil das weiß der Geheimschutzbeauftragte des BfV? Also die Rechts- und Fachaufsicht weiß es nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Oh. Langsam, langsam, langsam! Der Abteilungsleiter ÖS weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Kaller: Die Rechts- und Fachaufsicht des Bundesinnenministeriums umfasst 120 Personen, und ich bin zuversichtlich, dass eine dabei ist, die es weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Die muss ich dann fragen, wie es ist, wenn solche Vorgänge nicht quittiert und dokumentiert werden. - Haben Sie davon gehört, dass diese Kurierdienste zwischen Köln und Berlin für das BfV vom BND erledigt werden?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben davon hier gehört und waren überrascht, dass das BfV keinen eigenen Kurierdienst hat.

Zeuge Stefan Kaller: Ich bin nicht überrascht. Behörden des Bundes leisten sich gegenseitig Amtshilfe.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das BfV hat einen Kurierdienst.

Zeuge Stefan Kaller: Das BfV hat einen Fahrdienst.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Und ich nehme an, dass dieser Fahrdienst nicht nur Menschen, sondern unter Umständen auch Post befördert. Das nehme ich mal so an bei einer Behörde, die zwei Standorte hat. Wissen tue ich das nicht. Also, bei aller Liebe, aber um Kurierfahrer - - Aber gut, mal ein neues Feld.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sind wir wahrscheinlich mit dem Thema schon relativ schnell durch, weil Sie dazu nichts wissen. - Dann würde ich Sie gerne fragen, ob Sie Vorschriften kennen für Mitarbeiter/-innen des BfV hinsichtlich der Befragung von Gefangenen im Ausland in sogenannten Foltergefängnissen.

Zeuge Stefan Kaller: Oh. Nein. Ich kenne keine Vorschriften für Mitarbeiter des BfV, die in Fol-

tergefängnissen wären. Und würde ich einen Mitarbeiter des BfV kennen, der dahin geht, den würde ich aber ganz schnell abbremsen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Das ist die Vorschrift. Die setze ich jetzt so fest.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Dienstreisen gehen über den Vorgesetzten? Und wenn ich zum Beispiel in ein Militärgefängnis der USA in Afghanistan reise, wer kriegt das auf den Tisch?

Zeuge Stefan Kaller: Also, das kann ich Ihnen nicht konkret sagen. Bei uns ist es so: Auslandsdienstreisen - - Also normalerweise genehmigen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das BfV ist ja ein Inlandsgeheimdienst. Deswegen interessieren mich Auslandsreisen des BfV besonders.

Zeuge Stefan Kaller: Ist klar. Ich wollte Ihnen ja nur - - Ich will ja nur konstruktiv mit Ihnen umgehen in der Frage. Im BMI ist es so: Dienstreisen genehmigt der nächste Vorgesetzte, Auslandsdienstreisen meines Wissens der Staatssekretär. So. Jetzt weiß ich nicht, wie das im Bundesamt für Verfassungsschutz geregelt ist, ob es dann auch so ist, dass das sozusagen dann schon auf die Leitungsebene geht, weil es eben eine Auslandsdienstreise ist, oder ob es da vielleicht eine Vorschrift gibt, dass die auch der nächste Vorgesetzte unterschreibt. Kann ich Ihnen einfach nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Einen Erlass vom 10.04.2006 zur Frage, wann man im Ausland in solchen Militärgefängnissen befragen darf, kennen Sie nicht?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, kenne ich nicht. Von wem ist denn der Erlass? War ich Pressesprecher? Von wem ist der Erlass, den Sie zitieren?

Martina Renner (DIE LINKE): Der Erlass war damals vom BMI.

Zeuge Stefan Kaller: Von wem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Vom BMI.

Zeuge Stefan Kaller: Ein BMI-Erlass? Okay. Ja. Lasse ich mir mal vorlegen. Interessant.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber wenn Sie ihn nicht kennen.

Zeuge Stefan Kaller: Also ich erinnere - - Ich muss ja immer korrekt sein. Ich erinnere mich nicht daran, ihn zu kennen. Okay?

Martina Renner (DIE LINKE): Aber haben Sie denn aktiv Kenntnis darüber, dass BfV-Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen im Ausland in Militärfängnissen befragt, vielleicht im Rahmen von - -

Zeuge Stefan Kaller: Also, nach meinem Informationsstand als AL ÖS seit dem 1. Januar 2012, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Und davor auch nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Vorher war ich nicht in der Funktion. Daher habe ich dann auch keine Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann kennen Sie eigentlich XKeyscore? Erst seit den Snowden-Veröffentlichungen oder schon davor?

Zeuge Stefan Kaller: Also, bewusst wurde es mir mit den Snowden-Veröffentlichungen. Ich will aber nicht ausschließen, dass bei irgendeinem Vorgang, den ich vielleicht auch in der Laufleiste hatte - - dass es da mal eine Erwähnung fand. Also es geht ziemlich viel Papier durch, und es mag so sein. Aber eine bewusste Wahrnehmung - „Oha, da gibt es dieses Programm mit dem Namen und das kann das und das“ - habe ich nach Snowden gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gibt es weitere Hard- oder Software, die vonseiten eines US-amerikanischen oder britischen Geheimdienstes übergeben wurden ans BfV, die dort im Einsatz sind oder waren?

Zeuge Stefan Kaller: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich halte das für denkbar, aber ich kann Ihnen das nicht jetzt positiv oder negativ beantworten. Ich habe ja schon darauf hingewiesen: Ich erwarte vom Bundesamt, dass es mit Partnerdiensten Wissen austauscht, aktiv und initiativ, Technik entgegennimmt und Technik ausleitet, um sich gegenseitig zu helfen. Das ist die Prämisse.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie - wir hatten ja vorhin den Bereich Spionageabwehr - sich vor dem Hintergrund - wir haben die Contractors ja schon am Anfang angesprochen - dahin gehend mal informieren lassen, inwieweit ANDs über Tarnfirmen in Deutschland auch versuchen, Technik an Behörden sozusagen heranzubringen, die dort dann im Einsatz in den Behörden möglicherweise zu unbemerkten Datenausleitungen führen könnte? Gab es solche Gedankenspiele, auch vielleicht im Zusammenhang mit SAW T?

Zeuge Stefan Kaller: Mit wem?

Martina Renner (DIE LINKE): Mit der Sonderaufklärung, SAW TAD.

Zeuge Stefan Kaller: Also, ich habe jetzt nicht den ganzen SAW-Bericht nun aktuell vor Augen. Aber ich glaube, an einen solchen Punkt kann ich mich nicht erinnern, dass der da Gegenstand einer Betrachtung war. Aber ich glaube es, weil das ist doch ein sehr auffälliger Hinweis, den Sie gerade geben. Ich glaube, das wäre mir schon auch aufgefallen beim Lesen. Aber ich muss eben, weil das ein umfassender Bericht ist, sagen: Ich glaube, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Aber die Problematik Tarnfirmen von ANDs ist durchaus Gegenstand gewesen? Oder ist man so weit gar nicht gegangen?

Zeuge Stefan Kaller: Also, mir ist ein solcher Ansatz aus den Snowden-Dokumenten gar nicht bekannt geworden - was nicht viel heißen muss. Die sind enorm umfangreich und nicht selbst-



Nur zur dienstlichen Verwendung

erklärend. Möglicherweise finden sich da ja solche Hinweise drin. Aber nach meiner Erinnerung ist das nicht von der SAW untersucht worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber das ist ja sehr naheliegend. Ich meine, das BfV und der BND unterhalten ja auch Tarnfirmen. Und dann ist es doch sehr naheliegend, dann anzunehmen, dass ANDs das auch machen. Und wenn man dann unterstellt, dass Gegenstände aus den Snowden-Dokumenten möglicherweise in Deutschland umgesetzt werden, also Überwachungsmaßnahmen, muss man ja auch dahin gucken, dass die nicht unbedingt irgendwie mit einem Namensschild „NSA“ rumrennen, sondern das möglicherweise auch auf anderen Wegen machen, genauso wie das das BfV oder der BND ja auch tun.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das ist ein bisschen anders. Aber das müssen wir nicht vertiefen. Also mir ist keine Tarnfirma bekannt eines amerikanischen Dienstes in Deutschland. Kennen Sie eine?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich arbeite nicht für das BfV.

Zeuge Stefan Kaller: Das ist mir bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war jetzt nur eine Frage, weil - - Also unter Legende passiert ja relativ viel, und wenn man sich dann hinsichtlich der Aktivitäten - das ist ja Ihr Gegenstandsbereich auch, Spionageabwehr - im BMI mit Blick auf das BfV sozusagen ein umfassendes Bild machen will, muss man, glaube ich, diese Frage unter Legende auch in den Blick fassen. Wir haben hier auch mehrere Operationen unter Legende untersucht, zum Beispiel „Glotaic“.

Zeuge Stefan Kaller: Also ich nehme das - das meine ich jetzt auch ernst - gerne als Anregung mit aus diesem Gespräch; denn wir haben ja die sogenannte Sockelbearbeitung im Rahmen der Neuausrichtung. Da hatte ich ja drüber berichtet. Und die Frage, ob es möglicherweise auch Erkenntnisse zu ausländischen Tarnfirmen in Deutschland gibt, halte ich für eine gute Frage. Nehme ich mit und speise das ein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich habe dann keine weiteren Fragen. - Ja, es passt genau, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben wir jetzt nur noch die Fragen von Bündnis 90/Die Grünen, und dann brauche ich den Kollegen Ströbele auch nicht mehr zu unterbrechen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin mal gesagt zu der Frage, ob man mit Handydaten eine Drohne einsetzen kann, also so eine Killerdrohne, die dann Menschen liquidiert, da haben Sie gesagt, nach Ihrer Auffassung ist das denkunmöglich. Kann das sein?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Das habe ich nicht gesagt. Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie denn gesagt?

Zeuge Stefan Kaller: Oh Gott, wenn ich das wüsste! Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß nicht mehr, welchen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jedenfalls haben Sie es verneint.

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir uns darauf verständigen?

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Heftig verneint.

Zeuge Stefan Kaller: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie denn da sachkundig? Also sind Sie vom Fach? Kennen Sie sich aus, was man mit Handydaten machen kann?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Sie wissen ja, ich bin Jurist, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind Jurist.

Zeuge Stefan Kaller: - habe ich ja gesagt, und kein Techniker. Da verlasse ich mich auf die Expertise meiner Mitarbeiter und deren Rücksprachen mit anderen Experten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit anderen Experten. Haben Sie mal festgestellt, welche Experten da an dieser Auffassung beteiligt sind?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht. Ist Ihnen BSI bekannt?

Zeuge Stefan Kaller: Das BSI? Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Flüchtig, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, flüchtig. Den Herrn Könen kennen Sie auch?

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den mal gefragt? Die sind doch eigentlich zuständig, oder nicht? Also für die Frage jetzt nicht, -

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe Herrn Könen nicht befragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eine Drohne einzusetzen, sondern die Sachkunde zu haben: Was kann man - - Wie genau kann man was orten, was feststellen, Zielobjekt oder - -

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe mit Herrn Könen nicht gesprochen, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber es liegt doch eigentlich nahe. Also wir haben den hier auch gehört, unter anderem aus diesem Grund.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Sie haben ja auch nicht einen Personalkörper wie ich, wo Mitarbeiter sind, die methodisch und systematisch für meine Informationen Fremdinformationen generieren und aggregieren. Darin besteht meine Arbeit. Ich habe Mitarbeiter, die verdichten Informationen, die holen sich auch durchaus Informationen, die außerhalb des BMI sind, führen die wieder zusammen, aggregieren und teilen mir ein Resultat mit. So. Und die Ergebnisse, die ich habe, sagen genau das, was ich hier ausgeführt hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat denn mal in Ihrer Gegenwart, bei irgendeiner Besprechung, der Herr Könen so was gesagt? Ich meine, der ist Fachmann, oder nicht? Würden Sie auch sagen?

Zeuge Stefan Kaller: Nein. Also Herr Könen ist bestimmt kein Fachmann für US-Drohnen. Also ich will ihm jetzt nicht zu nahe treten, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich habe extra gesagt, nicht für Drohnen, sondern für Handy, was man mit Handydaten machen kann, also wie genau, wie konkret kann man da eine Person, die das in der Tasche hat oder in der Hand hat, orten.

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Mir ist nicht bekannt, dass Herr Könen da über persönliche Expertise verfügt. Ich will die ihm aber keineswegs absprechen. Ein tüchtiger Mann. Aber ich habe weder mit Herrn Könen gesprochen noch habe ich an Gesprächen teilgenommen, an denen wiederum Herr Könen beteiligt war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, vielleicht auch aus der Zeitung - Sie haben vorhin betont, dass Sie sehr ausführlich Zeitung lesen; das ist ja immer gut, ist man im Bilde -, dass wir hier im Untersuchungsausschuss einen Zeugen aus den USA be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fragt haben, einen ganzen Tag, der über 1 600 solcher Drohneinsätze als Drohnenpilot geleitet hat?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, der hieß Bryant, nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Das weiß ich aus der Zeitung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und der hat gesagt, das geht. Er hat das immer gemacht.

Zeuge Stefan Kaller: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie das angeregt zu zweifeln an Ihrer Auffassung?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Jurist?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sagen: Der spinnt, hat Halluzinationen gehabt. Oder wie?

Zeuge Stefan Kaller: Nein, nein, nein. Ach, Herr Ströbele, Sie polarisieren das so. Überhaupt nicht. Ich sage nicht, dass - - Passen Sie auf. Ich kenne den Mann nicht. Ich habe ihm nicht zugehört. Ich konnte ihm keine Fragen stellen. Und selbst wenn ich ihm Fragen stellen dürfte, würde ich ihm als Nichttechniker wahrscheinlich die falschen Fragen stellen oder, sagen wir mal, laienhafte Fragen. Also ich persönlich bin nicht in der Lage, einen Techniker qualifiziert zu befragen. Deswegen habe ich in meinem Team, in meiner Mannschaft, Menschen, die das können. Und diese Leute haben technische Sachkunde und haben vor allem die Fähigkeit, mit anderen Technikern so zu sprechen, dass die Kommunikation klar ist. Das ist nun mal so, wenn man eine Führungsposition hat. Und aus diesem heraus habe

ich bis heute die Meinung: Es ist nicht möglich. - Damit sagt kein Mensch etwas gegen Herrn Bryant, niemand. Verstehen Sie?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber der ist ja für seine Leistung sogar - - Er hat sogar einen Orden bekommen dafür in den USA. Also ich gehe mal davon aus, der hat, jedenfalls nach Auffassung der US-Luftwaffe, da Verdienste. Und der hat uns das jetzt hier genau alles erzählt. Und Sie lesen das in der Zeitung. Ist das ein Grund für einen Juristen, zu sagen: „Da muss ich doch mal meine Experten fragen, ob es nicht vielleicht doch sein kann“?

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe mehrere Gespräche mit meinen Experten geführt, und die bis heute gültige und einhellige fachliche Meinung ist: Ein Handy ist nicht geeignet, eine unmittelbare Zielführung herbeizuführen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder kann es auch sein, dass das nicht sein soll oder nicht sein darf, aber dass es verlässliche Expertisen gar nicht gibt bei Ihnen? Zum Beispiel auch die Frage: Vielleicht ist die Drohne so ausgestattet, dass sie auf der Grundlage zum Beispiel - - Wissen Sie, was ein IMSI-Catcher ist? Wahrscheinlich.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, laienhaft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so ähnlich wie ich. Ich weiß das auch nur vage. Da soll da so eine Art IMSI-Catcher dran montiert sein.

Zeuge Stefan Kaller: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und damit ginge das.

Zeuge Stefan Kaller: Nehme ich zur Kenntnis, diese Aussage von ihm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie mal nach bei Herrn Könen.

Zeuge Stefan Kaller: Ich frage Herrn Könen mal, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ist Ihnen denn ein Fall bekannt, dass bei Ihnen im Amt oder beim Bundesamt für Verfassungsschutz, die Ihnen dann das mitgeteilt haben, der Verdacht gekommen ist - - nachdem die Daten, Telefondaten über einen deutschen Staatsbürger geliefert haben an die Amerikaner, einige Zeit später diese Person per Drohne getötet worden ist? Kennen Sie die Geschichte, also den Verdacht jetzt?

Zeuge Stefan Kaller: Also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bünyamin heißt der Mann.

Zeuge Stefan Kaller: Bünyamin Erdogan. Ja, das weiß ich schon. Das war im Oktober 2010. Also, es hat Fälle gegeben, da wurden Daten übermittelt, auch Telefondaten. Und dann wurde jemand getötet. Klar. Nur - ich hatte es eingangs schon gesagt - ich habe keinen Beleg dafür, dass dieser Drohnenangriff gerade dieser Person gegolten hat. Möglicherweise war er in der Nähe eines anderen Zieles. Ich weiß es nicht. Ich weiß auch nicht, ob die Telefonnummer, die übermittelt wurde, für die Zielführung überhaupt eingesetzt wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das weiß ich auch nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Ich weiß auch nicht, ob Erdogan an dem Tag seines Todes, unabhängig davon, ob er direkt oder indirekt betroffen war, das Handy hatte. Weiß ich auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weiß ich auch nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Verstehen Sie? Also eine kausale Ableitung gibt es einfach nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Was ich feststelle, ist: Es gibt Übertragungen, und es gibt Todesfälle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Es gibt viele, die sterben durch ein Selbstmordattentat, die sterben im konventionellen Gefecht, die sterben durch die Drohne, die vielleicht andere angesteuert hat. Es gibt keine Ableitung in dem Kausalverlauf, den Sie, Herr Abgeordneter, für den wahrscheinlichsten halten, wenn ich Sie richtig verstehe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also gibt es da eine Wahrscheinlichkeit? Ich meine - -

Zeuge Stefan Kaller: Es gibt eine Unwahrscheinlichkeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe ja - - Wir haben ja auch dazu schon einige Zeugen hier gehört aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz, die gesagt haben, da gab eine Diskussion dann danach und das sollte ja dann dieser - -

Zeuge Stefan Kaller: Der Erlass.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieser Romann-Brief, der soll ja dann die Schlussfolgerung daraus gewesen sein, aus der Diskussion danach. Also, ich sage es jetzt mal mit meinen Worten: Da gab es Aufregung, und man hatte selber die Befürchtung, den Verdacht, dass das vielleicht sein könnte, weil das ist ja schon eigenartig. Die Person, über die man da Daten liefert, die wird - - Anschließend fällt die einem solchen Killakt zum Opfer. Das kann alles ganz anders sein, kann auch einer nebenan ihm irgendwie eine Bombe auf den Kopf gestellt haben oder so. Das wissen wir alles. Wir waren nicht dabei, und die US-Luftwaffe und der US-Geheimdienst stehen uns als Zeugen ja nicht zur Verfügung. Deshalb kann man nur von Wahrscheinlichkeiten ausgehen. Und Sie sagen: gar keine.

Zeuge Stefan Kaller: Ich sage, eine äußerst geringe, eher theoretische Wahrscheinlichkeit. Die Annahme, dass es keinen Zusammenhang gibt, ist hoch. Für mich steht es fest: Es ist kein georeferenzielles Datum, und es gibt keine Tötungshandlung, die in einem solchen Zusammenhang steht. Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denken Sie da manchmal drüber nach, -

Zeuge Stefan Kaller: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - über die mögliche Schuld?

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das tue ich. Sie waren, glaube ich, vorhin nicht hier.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Kaller: Ich glaube, Sie waren vorhin nicht im Raum, als ich da - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie sich allgemein über Opfer in kriegesischen Handlungen erklärt.

Zeuge Stefan Kaller: Ach, dann waren Sie doch dabei. Dann lesen Sie es noch mal nach. Ich war schon präziser. Ja. Ich will das hier nicht in die Länge ziehen. Aber wollen Sie mit mir mal ein Gedankenspiel machen? Aber dann müssen Sie auch antworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Stefan Kaller: Dann müssen Sie auch antworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer? Ich soll antworten?

Zeuge Stefan Kaller: Ja. Gedankenspiel ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, so rum geht es hier nicht. Das können wir woanders machen, aber hier nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Sehen Sie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier frage ich und Sie antworten. So ist das bei Zeugen, vielleicht immer unangenehm.

Zeuge Stefan Kaller: Deswegen frage ich Sie nach Ihrem Einverständnis, aber Sie - - Sie ahnen nämlich, auf was ich hinaus wollen würde. Aber okay. So ist die Regel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sind hier in der Zeugeneigenschaft.

Zeuge Stefan Kaller: Ich weiß.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abschließende Frage dazu: Ist Ihnen bekannt, dass in diesem Zusammenhang oder - - wissen wir nicht, in dem Zusammenhang - - aber im zeitlichen Zusammenhang, im nahen zeitlichen Zusammenhang auch ein Besuch stattgefunden haben soll von deutschen Geheimdienstlern, unter anderem vom Bundesamt für Verfassungsschutz, in Afghanistan?

Zeuge Stefan Kaller: Sie meinen jetzt diesen Bagram-Besuch. Meinen Sie das?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Ja, das hatten wir ja gerade schon mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Stefan Kaller: Das kenne ich ja nicht aus eigenem Erinnerungswissen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Das habe ich schon verstanden. Die Frage ist nur: -

Zeuge Stefan Kaller: Ich habe Zeitungswissen darüber.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sehen Sie da einen zeitlichen Zusammenhang?

Zeuge Stefan Kaller: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht.

Zeuge Stefan Kaller: Aber das liegt wirklich daran, Herr Abgeordneter, dass ich in die historischen Abläufe einfach nicht eingebunden war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich auch später nicht kundig gemacht.

Zeuge Stefan Kaller: Also, über einen solchen - - Das höre ich jetzt zum ersten Mal, dass es Ihre Überlegung gibt, einen inneren Zusammenhang herzustellen zwischen diesem Bagram-Besuch und einer Drohne. Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht lassen Sie sich mal informieren.

Zeuge Stefan Kaller: Mache ich. Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich gucke mal in die Runde. - Ich sehe keine weiteren Fragen. Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen, wenn der Zeuge noch in nichtöffentlicher Sitzung gebraucht wird, wovon ich jetzt ausgehe.

Ich würde daher folgenden Beschlussvorschlag machen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Kaller am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Oder Enthaltungen? - Dürfte es jetzt nicht mehr geben. - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir sind damit jetzt am Ende des öffentlichen Teils der Beweisaufnahme, und es folgt die nicht-öffentliche Vernehmung des Zeugen Kaller.

Wir würden jetzt im Anschluss sofort den Raum wechseln, dann eine kurze Beratungssitzung machen im Raum PLH 2.800 und im Anschluss dann auch den weiteren Punkt, den wir heute Morgen angesprochen haben. Danach schließt sich dann - das Ganze wird sich vermutlich eine knappe Stunde jetzt hinziehen - die nichtöffentliche, gegebenenfalls eingestufte Vernehmung von Ihnen, Herr Kaller, an. Also so ein Stündchen Pause, würde ich sagen, wird es sein. Dann können Sie sich erholen.

Zeuge Stefan Kaller: Hier wieder, oder wo?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wir sind dann im Raum drüben, PLH 2.800. Das ist der Raum, der für diese Arten geeignet ist.

Zeuge Stefan Kaller: Gut, weiß ich Bescheid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, Ihnen ganz herzlichen Dank, dass Sie alle da waren, der Öffentlichkeit, den Vertretern der Presse. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag, ein gutes Spiel im Anschluss. Und bis zum nächsten Mal. Eine schöne Sommerpause auch. Den einen oder anderen sieht man ja auch in der Sommerpause. Alles Gute! Bis zum nächsten Mal!

Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, öffentlich: 17.20 Uhr - Folgen
Beratungssitzung und
Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1

Mitarbeiter16 PA25

Von: [REDACTED]@bmi.bund.de
Gesendet: Freitag, 15. Juli 2016 11:41
An: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
Betreff: Zeuge Stefan Kaller - Protokoll-

Sehr geehrter Herr Georgii,

vielen Dank für die Übersendung des Protokolls. Nur eine kleine Ungenauigkeit:

Auf Seite 14 Absatz unten rechts, Satz 2 heißt es: „ Ich habe diese Funktion am 1. November 2012 übernommen als Nachfolger von Herrn Schindler.“

Richtig muss es heißen: ...am 1. Januar 2012.....

Ansonsten alles in Ordnung.

Mit freundlichen Grüßen

MD Stefan Kaller

Bundesministerium des Innern

Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit Alt-Moabit 140

10557 Berlin

Tel.: 030 18 681 [REDACTED]

Fax: 030 18 681 [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]@bmi.bund.de